H 8040 F
Nummer 22
April-Mai 1993
2,50 Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

"Ich habe gelernt, daß im Jahr 1993 das deutsche Ungeheuer wieder wach ist"

(Jaron Svoray)

Der israelische Journalist Jaron Svoray hatte getarnt als australischer Sympathisant in der deutschen Neonazi-Szene recherchiert.
Er stellte u.a. fest, daß die Neonazi-Szene weitaus größer ist als vom Verfassungsschutz angegeben.

Inhalt

Impressum

Herausgeber: Verlag Der Rechte Rand

● Rolandstraße 16Postfach 1324 ●

3000 Hannover 1Tel.: 0511/34 10 36

Postgiro Hannover

Nr.445586-301 • BLZ 250 100 30

Druck: Offizin, Kornstraße

3000 Hannover

Satz und Layout: R.Simon

Erscheinungsweise: 6x im Jahr

V.i.S.d.P. Klaus Harbart

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder

Editorial

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe thematisiert den Umgang staatlicher Stellen mit dem Thema Rechtsradikalismus. Hierbei gilt es festzustellen, daß der Staat mit seinen Einrichtungen rechtsextremistische Entwicklungen nicht ernst bzw. wahr nimmt. Stellvertretend für die Strafverfolgungsbehörden ist die Erklärung des Generalbundesanwalts von Stahl bedeutsam, in der er trotz der sich ausweitenden Ausländerfeindlichkeit und rechtsextremistischer Straftaten feststellt, daß eine größere Gefahr für die innere Sicherheit durch linksextremistische Gruppen bestehe. Dieses begründet er auch noch damit, daß sich im rechtsradikalen Bereich noch keine festen "organisatorischen Verbindungen" gebildet hätten!?? Seine Erklärung, daß die Anschläge aus diesem Bereich nicht geplant, sondern sich spontan unter Alkoholeinfluß entwickeln, findet sich bei vielen Tätern entschuldigend in ihren Strafprozessen wieder, so wie erst vor kurzem in einem Mordprozeß gegen Neonazis vor dem Stuttgarter Landgericht. Diese Bewertung und Argumentationshilfe zur Verharmlosung rechtsextremistischer Gewalt kommt nicht nur staatlichen Stellen mit ihren eher konservativen Grundhaltungen gelegen, sondern diese Verkehrung von Rechts und Links hat für das rechte Lager auch noch noch Aufforderungs- und Bestätigungscharakter, wie es sich in ihren Postillen zeigt. Unter dem Eindruck dieser Bewertung ist es hier schon verständlich, wie schnell die Generalbundesanwaltschaft die Ermittlungsverfahren gegen den "terroristischenEier- und Tomatentanz" vom 8.11.92 in Berlin übernommen hat, "...denn schließlich handelt es sich hier um einen besonders schweren Fall, weil die Attacke auf den Bundespräsidenten weltweites Aufsehen erregt hat." An die täglichen Anschläge und Morddrohungen durch Rechtsextremisten gegen Ausländer, Körperbehinderte, Andersdenkende, Juden und Gedenkstätten svheint sich unser oberster Anklagevertreter stellvertretend für den Staat gewöhnt zu haben, denn die Übeernahme dieser Verfahren fällt ihm äußerst schwer.

Der Rechte Rand hat aufgrund einer gegen Herausgeber un Redaktion gerichteten Bedrohung gegen die "Anti-Antifa Bonn" Strafanzeige erstattet. Das Strafverfahren wurde durch die Staatsanwaltschaft Bonn mit der Begründung eingestellt, "...daß ausreichende Anhaltspunkte dafür fehlen, daß es bei der unter dem Namen "Anti-Antifa Bonn" firmierenden Gruppe um eine auf Dauer angelegte, nach einem einheitlichen Willen handelnde, organisatorische Vereinigung handelt, deren Zielrichtung die Begehung von Straftaten sei." Weiterhin wurde festgestellt, daß die "... zweifellos provozierend und aggressiv formulierte Presseerklärung und das mit ihr überreichte Pamphlet 'Kampf dem roten Terror' ...in den entscheidenden Passagen zu wenig konkret und zudem mehrdeutig auslegbar sind. " Über den Umfang der Ermittlungen gegen die "Anti-Antifa Bonn" wurde hier nichts bekannt.

Am 25. Mai findet auf dem Münsterplatz in Bonn eine Vorabendkundgebung gegen den sogen. "Parteienkompromiß" u.a. von PRO ASYL und anderen Menschenrechtsorganisationen statt; am darauffolgenden Tag werden die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zum sogen. "Asylkompromiß" abstimmen.

Der nächste Rechte Rand erscheint Anfang Juli 1993. Redaktionsschluß ist der 15. Juni! (Längere Beiträge bitte vorher mit uns absprechen - Telefon: 0511/341036).

Liebe AbonnentInnen!

Die Umstellung der Postleitzahlen und die neuen Postgebühren machen auch dem Rechten Rand einige Arbeit.

Die Postleitzahlen müssen wir zum 1. Juli umstellen. Wir bitten daher alle, zu überprüfen, ob die angegebene Adresse auf dem Umschlag mit der tatsächlichen Adresse übereinstimmt. Sollte dies nicht der Fall sein, bitten wir um eine kurze Nachricht.

Diese Nachricht ist aber nicht nur wegen der Postleitzahlen für uns wichtig. Wegen der neuen Tarife wäre uns das Porto für eine Ausgabe von 60 auf 150 Pfennige angestiegen, eine Erhöhung, die wir unweigerlich mit den Abo-Preisen hätten weitergeben müssen. Aus diesem Grund haben wir uns um eine Postvertriebsnummer bemüht und erhalten. Ab 1. Mai können wir die Zeitung zu günstigeren Konditionen verschicken. Aber so ein Vorteil hat auch seinen Nachteil. Zeitungen, bei denen die Adresse nicht mehr stimmt, werden von nun an nicht mehr dem/r EmpfängerIn nachgesandt. Zugleich bekommen wir nur eine kurze Mitteilung, daß heißt, die Zeitung verschwindet im Altpapier. Wer in Zukunft vergißt, seine neue Adresse rechtzeitig anzugeben, muß auf seine geliebte Ausgabe verzichten. Wegen der erhöhten Portogebühren für Einzelsendungen senden wir nur noch nach, wenn die Kosten an uns erstattet werden!

Diese Regelung betrifft auch die Überweisungen für die Aboverlängerung. Die Rechnungen werden von uns kurz vor Erscheinen der letzten bezahlten Ausgabe verschickt. Ist die Rechnung aber nicht rechtzeitig vor Erscheinen der nächsten Nummer bei uns bezahlt worden, fällt die Adresse bei der Belieferung weg. Auch eine nachträgliche Mitteilung, das das geschehen ist, wird es in Zukunft nicht mehr geben.

Denkt also daran: Adressenänderungen sofort mitteilen und die neue Aborechnung, falls weiterer Bezug gewünscht, sofort bezahlen. Sonst könntet ihr aus dem Verteiler fliegen!

P. S. Solltet ihr irgendwie längere Zeit (über 3 Monate) keine neue Ausgabe erhalten haben, ist normalerweise was anderes schief gegangen. In diesem Fall wäre eine kurze Mitteilung ebenfalls sehr sinnvoll.

Der Vertrieb.

Klaus Harbart

Getrennt marschieren - vereint schlagen?

CDU-MdB Krause stellt sich als Referent für Deutsche Liga zur Verfügung

"Die nationalen Interesen des deutschen Volkes" lautete das Thema, zu dem der CDU-Bundestagsabgeordnete **Rudolf Krause** aus Bonese am 15. April im städtischen Gemeinschaftshaus "Op de Deel" in Empelde bei Hannover referieren sollte. Der Zuhörerschaft wurde er als einer der "berufene(n) Sprecher des deutschen Volkes" angekündigt, der seine "warnende Stimme Stimme gegen den Totalausverkauf deutscher Interessen" erhebe. Dem hannoverschen Kreisverband der "Deutschen Liga für Volk und Heimat", einer rechten Abspaltung von den "Republikanern", gilt der CDU-Rechtsaußen und Sprecher des ultrakonservativen "Deutschland-Forums" Krause als "prominente und absolut integre Persönlichkeit".

Kein Wunder, hatte Krause doch mit seiner "Denkschrift zu nationalen deutschen Fragen" den Neofaschisten aller Couleur aus der Seele gesprochen, als er sich darüber beklagte, daß "kriminellen Asylbetrügern mehr Aufmerksamkeit, Verständnis und Herzenswärme entgegengebracht wird als den eigenen deutschen Volksgenossen"(!), sowie von "christlich-germanischer Kameradschaft und Volksverbundenheit" schwadronierte. Ganz in das Weltbild rechtsextremer Parteigänger paßten auch Charakterisierungen der Medien als "einäugig" mit "kriminell-militante(r) Aggression" gegen "gesunde nationale Regungen", oder des Liberalismus als "staatszersetzend" und "krankhaft". Krauses Ansicht nach herrsche im gesamten Bildungssystem ein "charakterloser Internationalismus, selbstmörderischer Liberalismus und das Fehlen von Nationalstolz, nationaler Würde", etc. vor.

Die terroristischen Angriffe gegen Flüchtlingswohnheime, gegen Ausländer, politisch Mißliebige, Behinderte, Schwule usw. handelte er mit einem kurzen Hinweis auf "eine kleine Handvoll unerzogener Jugendlicher" ab.

Nach massiver Kritik an Krauses "Denkschrift", die selbst von CDU-Mitgliedern als "Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts" gewertet wurde, änderte er einige Passagen. So wurde z.B aus "Volksgenossen" "Volkszugehörige" und aus dem "krankhaften Liberalismus der Presse" wurde eine "in einer ungesunden Weise liberalistische(e)" Presse. Obwohl Krause dieser neuen Fassung seiner "Denkschrift" eine Synopse der kritisierten Passagen und der veränderten Formulierungen anhängte (damit auch die Dümmsten merkten, daß er seine Meinung nicht geändert hatte), wurde ein Ausschlußantrag aus der CDU wieder zurückgenommen, als er erklärte, rechtsextremes Gedankengut sei ihm fremd. Der Grund: Krause drohte, daß bei seinem Ausschluß rund 1000 Altmärker CDU-Mitglieder ihr Parteibuch zurückgeben würden. Innenminister Perschau assistierte und bestätigte, daß Krauses "nationalkonservatives" (sprich rechtsextremes) Gedankengut in der Altmark eine breite Basis fände. Den Verlust von 1000 rechtsextremen Parteigängern mochte die CDU dann doch nicht in Kauf nehmen. Krause blieb Mitglied.

Nichts desto trotz offenbarte der Krause immer wieder seine Vorliebe für die extreme Rechte. Mit dem REP-Chef **Schönhuber** traf er sich ebenso wie mit führenden Funktionären anderer neofaschistischer Parteien. Das Ergebnis seiner Gespräche offenbarte er jetzt in einer neuerlichen Denkschrift, den "Deutschlandpolitischen Überlegungen". Darin bezeichnet er "NPD, Republikaner, DVU und die aus Dissidenten dieser drei Parteien hervorgegangene Deutsche Liga" als "im wesentlichen verfassungskonform". Die REP soll er als "möglichen demokratischen Kristallisationspunkt konservativer und nationaler Kräfte" bezeichnet haben. Dementsprechend empfiehlt er den "nationalen Kräften" in der CDU konservative Allianzen mit den genannten Organisationen und regte an, die "rechtskonservativen, von der linken Presse-Mafia als rechtsextrem verunglimpften Parteien", die "durch einen großen Zustrom mutiger, aktiver, sauberer, national gesinnter Deutscher in Stadt und Land aufgefüllt" werden sollten, einem gemeinsamen Ziel unterzuordnen.



3000 Hannover, den 02.April 1993

In dieser bedrohlichen Lage sind berufene Sprecher des deutschen Volkes gefordert, ihre warnende Stimme gegen den Totalausverkauf deutscher Interessen zu erheben. Es ist uns gelungen, zwei prominente und absolut integre Persönlichkeiten als Redner für unsere nächste Versammlung zu gewinnen:

- Herrn Bundestagsabgeordneten Dr.Rudolf Krause (CDU) und
- Herrn Brigadegeneral a.D. Reinhard Uhle-Wettler (GfD)

Ihr Thema lautet:"Die nationalen Interessen des deutschen Volkes"

Aus der Einladung der "Deutschen Liga".

Angesichts derartiger Positionen war es kein Wunder, daß nicht nur die Mitglieder der hannoverschen "Deutschen Liga" der Veranstaltungseinladung folgten. Es erschienen die beiden hannoverschen REP-Ratsherren **Wruck** und **Lüdtke** (die sich in ihrer Heimatstadt bisher lediglich durch eine Flut ausländerfeindlicher Ratsanträge einen Namen machten) nebst einigen Parteifreunden ebenso wie der niedersächsische JN-Landesvorsitzende **Holger Apfel** (der auch an Veranstaltungen des mittlerweile verbotenen "Deutschen Kameradschaftsbundes" und am "Rudolf-Heß-Gedenkmarsch" der militanten Neonazis 1992 teilnahm) sowie der ehemalige REP-Landesvorsitzende und jetzige Funktionär der "Deutschen Partei" **Norbert Margraf.**

Enttäuschend dann, daß Rudolf Krause nicht erschien. Der Landes- und Kreisvorsitzende der DL **Richard Sperber** erklärte den erschienen 50 Interesssierten, daß Krause vor der Veranstaltung mit ihm, **Rigolf Henning** und einigen DL-Funktionären zusammengesessen und eine weitere Zusammenarbeit vereinbart habe. Da Krause jedoch innerhalb der CDU wegen seiner Kontakte zur "Deutschen Liga" massiv kritisiert würde, wollte er aus taktischen Gründen nicht während der Veranstaltung auftreten. Die Teilnehmer waren zwar enttäuscht, äußerten aber Verständnis dafür, daß gegenwärtig die Strategie "Getrennt marschieren - vereint schlagen" am wirkungsvollsten wäre. Grundlage dieses Verständnisses dürfte wohl die Hoffnung sein, daß Krause als CDU-Mitglied und -Bundestagsabgeordneter mit seinen Aussagen eine weitaus größere Öffentlichkeit erreicht und zudem als Kristallisationspunkt für die extreme Rechte innerhalb der CDU langfristig neue Potentiale für die rechtsextremen Parteien erschließen könnte. Eine große Anhängerschaft macht ihn nicht nur für die CDU interessant, sondern dürfte ihm im Falle eines Parteienwechsels eine weitere Politikerkarriere sichern.

Während das neue Krause-Papier bei der NPD auf großes Wohlgefallen gestoßen ist, hat der CDU-Landesvorstand Sachsen-Anhalt einen erneuten Ausschlußantrag gestellt. Krause selbst gibt sich derweil unschuldig: es handelt sich doch bei diesem Papier nicht um seine Auffassungen sondern lediglich um eine Zusammenfassung von Zuschriften auf seine "Denkschrift" vom vergangenen Jahr. Eigene Gedanken - so erklärte er - seien in dem neuen Papier kaum enthalten. Nachdem Krause öffentlich erwog, sich einer Partei rechts von der Union anzuschließen, reagierte das "Deutschlandforum" auf die Forderung von Bundeskanzler Kohl und CDU-Generalsekretär Hintze, sich von Krauses "Deutschlandpolitischen Gedanken" zu distanzieren: **Claus Jäger** erklärte als Sprecher des Forums, daß sich das "Deutschlandforum" von den Teilen des Krause-Papieres distanziere, die den Grundsätzen des Forums widersprächen. Gleichzeitig stellte sich das Forum hinter Krause und erklärte, dessen Erklärungsansatz aufgreifend, daß auch Krause sich diese inkriminierten Meinungen nicht zu eigen gemacht, sondern sie nur ungeschickt wiedergegeben habe. Dadurch sei in der Öffentlichkeit ein falscher Eindruck entstanden.

Für die "Deutsche Liga" Hannover mußte schließlich der Ex-Brigadegeneral **Reinhard Uhle-Wettler**, der der von ihm gegründeten "Gemeinschaft Deutscher Demokraten" vorsitzt, allein den Vortragsteil bestreiten.

Der Großteil der versammelten Neofaschisten stimmte jedoch Richard Sperber zu, der in seiner Einladung für die DL-Veranstaltung formuliert hatte: "Es muß daher unsere Aufgabe sein und bleiben, durch immer neue Initiativen die Zusammenarbeit im rechten Lager auf allen Ebenen zu fördern, mit dem Ziel, rechtzeitig vor der politischen Entscheidungsschlacht um Deutschland im Jahre 1994 die Einheit der nationalen Rechten zu schmieden."

Anton Maegerle

DSU - Marsch in Richtung Westdeutschland!

Der 5.Parteitag der "Deutschen Sozialen Union" (DSU) hat im April die sofortige Ausdehnung auf die westdeutschen Bundesländer beschlossen und damit den Bruch mit ihrer bayerischen Schwesterpartei CSU ausgelöst. Zum neuen Bundesvorsitzenden wurde der sächsische Landesvorsitzende Roberto Rink (33) mit 168 von 289 Stimmen gewählt; Stellvertreter wurde der thüringische Hochschullehrer Paul Latussek (56), Funktionär im "Bund der Vertriebenen" (BdV). Rink setzte sich gegen den seit Mai 1991 amtierenden Bundesvorsitzenden Reinhard Keller, 2.Bürgermeister von Dresden, durch, der als Gegner der Ausdehnung nach Westen nur 120 Stimmen erhielt. Die bayerische CSU stellte ihre Unterstützung für die gegenwärtig -nach Eigenangaben- 10.200 Mitglieder starke DSU sofort nach dem Beschluß ein; Parteichef Theo Waigel legte sein Amt als Ehrenvorsitzender nieder.

Gegründet wurde die DSU, der 1.200 Mandatsträger auf kommunaler Ebene angehören sollen, im Januar 1990 in Leipzig -mit Unterstützung der CSU- aus verschiedenen, im Herbst 1989 in der DDR entstandenen christlich-konservativen-nationalen Gruppen. In ihrem ersten Grundsatzprogramm (17.1.1990) definierte sich die DSU noch als "liberale Partei", die "für die Grundrechte des Bürgers und seine Freiheit eintritt". Zielgruppe der DSU sind im Superwahljahr 1994 nun Bürger, die verunsichert sind und den REP und DVU nachlaufen.

Daß die ideologischen Trennlinien zwischen DSU, REP und DVU schon von Beginn an poröse waren, dokumentierte eine Pressekonferenz der sächischen DSU am 29.November 1991. Vorgestellt wurde vom sächsischen DSU-Landesverband -neben dem thüringischen-, dem mitgliederstärksten der DSU in der Ex-DDR, das Diskussionspapier "Deutschland Pur", erarbeitet von der DSU-"Arbeitsgruppe Deutschland zuerst", in dem u.a. ein "genereller Asylanten-und Einwanderungsstopp für Deutschland" für nötig gehalten und der SPD im gleichem Atemzuge "nationales Versagen" und "Schönfärberei des Kommunismus" vorgeworfen wird.

Als Sprecher der Arbeitsgruppe fungierten Roberto Rink (Kraftfahrzeugingenieur, selbständiger Fuhrunternehmer), DSU-Landesvorsitzender in Sachsen und **Baldur Jahn** (freier Mitarbeiter der "Junge(n) Freiheit" und "Criticon"), Kreisvorsitzender der DSU in Gleithain (Sachsen). Rink und Jahn führen heute den DSU-Folge-Arbeitskreis "Geschichte und Zukunft Deutschlands". Dieser initiierte am 28.November letzten Jahres ein überparteiliches, überregionales "Offenes Forum" über deutsche und europäische Problemlagen, das im Abgeordnetensaal des Neuen Rathauses in Leipzig durchgeführt wurde. Starreferenten des Tages waren **Caspar von Schrenk-Notzing**, Herausgeber der intellektuellen Rechts-Postille "Criticon" und Brigadegeneral a.D. **Reinhard Uhle-Wettler**, der am 18.Januar 1991 im Münchener Eden-Hotel Wolff das Hauptreferat beim Gründungskongreß der "Deutschen Allianz-Vereinigte Rechte e.V." (heute: "Deutsche Liga für Volk und Heimat") hielt. Im Anschluß an das Forum, das sich auch in scharfen Tönen gegen die Maastrichter-Beschlüsse wandte, wurden die Arbeitskreise "Deutsche Neurose" und "Bundespräsident" gebildet, die sich mit der Rede des Bundespräsidenten zum 40.Jahrestag des 8.Mai 1945 und der Aufarbeitung der westdeutschen "Identitätsscheu" und "Identitätsflucht" beschäftigen wollen.

ANTON MAEGERLE

Prozeß wegen "Deutschem Gruß"

Gedächtnisschwund des DFA-Aktivisten Helmut Burkhardt

Im "Deutschen Standpunkt" (DS), einem monatlich erscheinenden inoffiziellen Parteiblättchen der von Martin Pape (geb. 1927) im September 1990 ins Leben gerufenen "Deutschen Freiheits- u.Arbeiterpartei" (DFA; Sitz: Stuttgart), wird in der November-Ausgabe `91 über den "Berlin-Besuch" der "DFA-Vorsitzenden" Pape, ehemals Gründer und langjähriger Bundesvorsitzender der neonazistischen "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP), und Helmut Burkhardt (geb. 1939) berichtet.

Einen Monat später, in der Dezemberausgabe des DS, als deren Herausgeber Pape fungiert, sind dieser und **Burkhardt** gemeinsam mit **Jürgen Mosler** (geb. 1955), Ex-FAP-Generalsekretär, vor dem Stuttgarter Landgericht, in dem gegen das "Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers" (KAH) wegen Fortsetzung der verbotenen "Aktionsfront Nationaler Sozialisten/ Nationale Aktivisten" (ANS/NA) seit nunmehr über zwei Jahren verhandelt wird, abgebildet.

In heiterer Runde präsentieren sich in der Februar '92-Ausgabe des DS Pape, Burkhardt, der Ritterkreuzträger **Otto Riehs** (geb. 1922) und der Hyperaktivist der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front", **Heinz Reisz** (geb. 1938), in gemütlicher Runde in Riehs Wohnung.

Soweit zur Vorgeschichte.

Am 23.März 1992 findet am Rande des Neonaziprozesses gegen die KAH-Kader um Mosler vor dem Sitzungssaal 153 des Stuttgarter Landgerichtes ein geplantes Treffen von Aktivisten und Sympathisanten der DFA, -die nicht beim Bundeswahlleiter in Wiesbaden registriert ist (!; Stand: 15.März 1993)- statt. Mit dabei sind Helmut Burkhardt, **August Spang** (geb. 1906) sowie dessen Sohn Wolfgang (geb.1938), Ewiggestrige, die ihre Gesinnung mit dem "Deutschen Gruß" bzw. "Hitler-Gruß" im Flur des Gerichtsgebäudes bekunden.

Dank anwesender engagierter Zeugen werden gegen das Gespann Spang und Burkhardt Verfahren wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (Art.86 a StGB) eingeleitet, in deren Folge die Hitler-Grüßer Spang vom Stuttgarter Amtsgericht zu Geldstrafen von 40 Tagessätzen zu je DM 60,- und zu je DM 100,- verurteilt werden. Gegen das Urteil haben August und **Wolfgang Spang**, an deren juristischer Seite der ehemalige Rechtsbeistand der verbotenen "Nationalistischen Front" (NF), der Rechtsanwalt **Günter Herzogenrath-Amelung** steht, zwischenzeitlich Berufung eingelegt.

Das Verfahren gegen Burkhardt, fand am 28. April statt. Verteidigt wurde der gelernte Kaufmann Burkhardt, der heute vom Anzeigenverkauf für ein Pirmasener Anzeigenblatt lebt, vom Hamburger Rechtsanwalt **Jürgen Rieger**, der in bewährter Manier Zeugen das Wort im Mund herumdrehte und diese mit Sprüchen wie "Da hätten Sie Jura studieren müssen!" einzuschüchtern versuchte.

Burkhardt selbst spielte vor Gericht den braven Biedermann, der im rechtsextremen Bereich nie eine Rolle gespielt habe. Niemals habe er irgendeine Funktion in rechtsextremen Parteien oder losen Vereinigungen innegehabt, betonte Burkhardt, der über Monate hinweg -neben Pape- gleichberechtigter Bundesvorsitzender der DFA war!

Eine glatte Lüge, ebenso wie seine Aussage, das Treffen im Gerichtsflur sei ein "reiner Zufall" gewesen; schreibt Pape doch selbst in der Mai-Ausgabe`92 des DS von einem geplanten DFA-Treffen.

Gegen den Vorwurf, er habe mit "Deutschem Gruß" gegrüßt, verwahrte sich Burkhardt. Stattdessen habe er lediglich mit beiden Händen, erhoben in Brusthöhe, eine Glastüre öffnen wollen.

Mit beim Prozeß, der im Mai fortgesetzt wird, war auch Pape, der ungeniert im Gerichtssaal Aufkleber wie "'Maastricht' heißt Bruch des Bündnisses mit USA" und seinen "Deutschen Standpunkt", für den er auch in der neonazistischen "Bauernschaft" von Thies Christophersen wirbt, verteilte.

Raimund Hethey

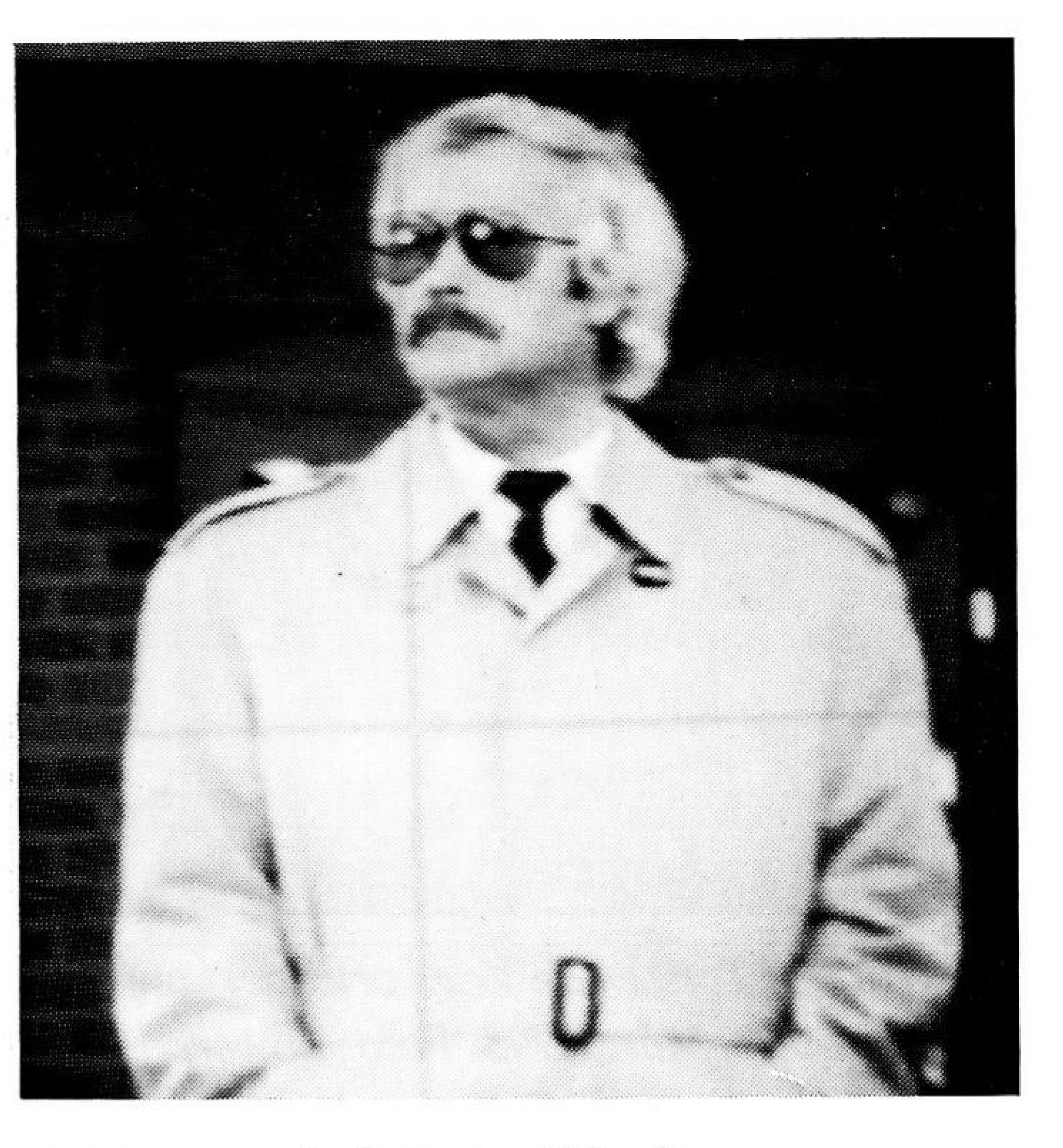
Der todsichere Umgang mit den Neo-Faschisten: man schütze sie vor Attacken der AntifaschistInnen und nehme sie am besten nicht wahr.

"Rache für Oldenburg!" tönte es auf dem Band des Delmenhorster Info-Telefons. Was war passiert? Zum 19. März hatte der "Deutsche Kameradschaftsbund" (DKB) verbotenerweise zu einem Treffen in die Oldenburger Kneipe "Zum Tönnchen" eingeladen. Großkotzig war die Veranstaltung auf dem "Nationalen Info-Telefon" der Neo-Faschisten angekündigt worden. Den "Schleusungspunkt" gab man mit "Oldenburger Hauptbahnhof" gleich mit an. Entschlossenen AntifaschistInnen bot sich am Bahnhof ein jämmerliches Bild. Eine Reihe von Jugendlichen mit Odalsrunen am Ärmel traute sich gar nicht, mit Abzeichen aus dem Bahnhofsgebäude zu gehen. Ihnen eilte die Polizei, zivil als Würstchenverzehrer getarnt und in Uniform zur Hilfe. Man zog die ängstlichen Jungen in die Bahnhofsgaststätte, nahm wohl die Personalien auf und entließ sie dann sicheren Weges zur Veranstaltung. Ein unauffällig wirkender graumelierter Herr im hellen Trenchcoat beobachtete interessiert die Szenerie. Da die Oldenburger Kripo sich voll auf die AntifaschistInnen konzentrierte entging ihr dieser Mann natürlich. Es war der neue shooting-star der Neo-Faschisten, **Wolfgang Juchem**, der sich mit Brille getarnt auf dem Bahnhofsgelände herumtrieb. Die Angst seiner Zöglinge machte es ihm unmöglich, zum Veranstaltungsort vorzudringen. Als sich AntifaschistInnen an seine Fersen hefteten - er war auch ihnen zu spät aufgefallen - rannte er eiligen Schrittes aus dem Bahnhofsgebäude, sprang in ein fahrendes Taxi und jagte fast 2 Stunden durch Oldenburg, ohne vor dem jugendlichen Nachwuchs sprechen zu können.

Einige Wochen vorher am selben Bahnhof. 15 Jugendliche mit einem Aufnäher "Deutscher Kameradschaftsbund" verteilten ein Flugblatt des "Freundeskreises 'Freiheit für Deutschland'" aus Bochum. Drei Bahnpolizisten beobachteten die Szenerie. Ein Oldenburger Zeitungskäufer macht die Beamten darauf aufmerksam, daß der DKB verboten sei. Achselzucken und ein "gehen Sie doch!" waren die Reaktion. KollegInnen von der politischen Polizei hatten keine Lust auf einen Einsatz, sie wollten lediglich "einen Satz" Flugblätter fürs Amt.

Die Verbotsverfügungen haben die Neo-Faschisten bisher nicht in ihrer Arbeit behindert, weil sie nicht konsequent durchgeführt worden sind. Innenminister Glogowskis munterer Spruch "wir haben die Waffen gegen die Rechtsextremen geschärft" war nichts als heiße Luft. Gewiß, der selbsternannte "Führer" des DKB, **Thorsten de Vries**, hat vor Gericht einen Prozeß wegen seines Steckbriefes gegen den DGB-Kreisvorsitzenden Klöpper aus Wilhelmshaven verloren und während eines Konzertes in der Wilhelmshavener Stadthalle eine Tracht Prügel bezogen, aber das sind Marginalien. In der Realität produzieren der Innenminister und seine Behörden ständig markante Fehleinschätzungen. Die Behauptung, der Schwerpunkt neo-faschistischer Aktivitäten habe sich nach der Ausweisung von Karl Polacek (FAP) nach dem Nordwesten, nach Wilhelmshaven verlegt, ist durch nichts zu beweisen. Am 20. März trafen sich in Salzgitter über hundert Neo-Faschisten unter der Leitung von **Torsten Heise** und **Axel Zehnsdorf** unter dem Banner der FAP.

In Ostfriesland haben zwei Polizeibeamte eine tolle Erfindung gemacht, sie haben die Rekrutierungsarbeit von Thorsten de Vries als Balzerei umdefiniert und gehen im Sinne polizeilicher Deeskalationspolitik mit Neo-Faschisten Bier trinken. An der Theke singen dort die DVU-Anhänger und am "runden" Tisch schnacken die Polizisten mit Fascho-Skins. Am folgenden Tag dürfen die Neo-Faschisten in der Alternativ-Kneipe ein bißchen provozieren. Alles unter den Augen der ach so fürsorglichen Polizei. Über solche politische Zuarbeit der Polizei ärgerten sich einige Norder BürgerInnen. Sie schrieben einen Brief an die zuständigen Behörden und an SPD-Minister(Innen). Wie im Chor erscholl die Antwort: das sei alles nicht so schlimm, es bestehe kein Ermittlungsbedarf oder schlicht und einfach, man wisse bisher noch gar nichts von so einer Organisation.



Getarnter Auftritt in Oldenburg: W. Juchem mit Trenchcoat und Sonnenbrille. Foto: Powerpress

Brief von Regina Beyer an den Innenminister des Landes Niedersachsen, die Justizministerin, den Regierungspräsidenten der Bezirksregierung Weser/Ems und die Staatsanwaltschaft Aurich

Norden, den 22.3.1993

Sehr geehrte Damen und Herren!

Am 10. März 1993 fand ein Gespräch des Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus mit dem Leiter der Kripo Norden, Herrn Winkler, und seinem für den Staatsschutz tätigen Kollegen, Herrn Langer, zum Thema Rechtsextremismus in Norden statt. An diesem Gespräch habe ich teilgenommen.

Als Ergebnis dieses Gespräches stehen die Erkenntnisse des Arbeitskreises über den Rechtsextremismus in Norden konträr zu denen der beiden Beamten.

Nach den Angaben der Beamten sind rechte Jugendliche nicht organisiert, es gebe keine rechtsextremistische Organisation in Norden und keine Hinweise auf Agitationen von außen.

Gegen die "Neue Deutsche Jugend" sei ermittelt worden. Genannt wurden in diesem Zusammenhang ein Gespräch mit Aldo Oldewurtel, der nicht mehr als Leitfigur der rechten Szene dargestellt werden wolle, die Sichtung von Material und die Einsichtnahme in das auf der Beitrittserklärung der NDJ angegebene Konto. Das Ergebnis der Ermittlungen sei, daß nichts dahinter stecke.

Einwendungen aus dem Arbeitskreis heraus über Beobachtungen nächtlicher Wehrsportübungen oder zu dem in der Satzung festgelegtem Redeverbot wurde von den Beamten als Räuber- und Gendarm-Spiel bezeichnet. Nach Kenntnis der Beamten komme das Material der NDJ von außen, um den rechten Jugendlichen Schaden zuzufügen, die Aldo bereits zu spüren bekomme, z.B. wolle ihm niemand mehr ein Zimmer vermieten.

Diese Beurteilung weist Aldo die Rolle des Opfers zu, und der Arbeitskreis, der das Material über die NDJ verbreitet hat (Schreiben vom 8.3.93), muß sich fragen, ob er sich verleumderisch betätigt.

Diese Verkehrung der Wirklichkeit durch die Polizei, muß widersprochen werden. Deshalb bitte ich um eine Klärung folgender Punkte:

Nach Darstellung der Beamten gibt es bei den Norder Rechten keine Bereitschaft zur Gewalt. Die wiederholte Anwesenheit des Herrn Langer im Schwarzen Roß (Treffpunkt der NDJ) diene dazu, zu sehen, welches "Gedankengut" diese Jugendlichen hätten und als vorbeugende Maßnahme zum Schutz von Asylbewerberheimen. Trotz dieser Kontakte der Kripo zur NDJ können die Beamten keinen Organisierungsgrad feststellen. Die linken Norder Jugendlichen wurden von den Beamten dagegen als organisiert bezeichnet, durch feste Treffpunkte, Absprachen und gemeinsames Handeln.

Ein Aussteiger aus der NDJ (siehe "Ostfriesen Zeitung" vom 29.1.1993) hat, so die Beamten, mit den Ermittlungen gegen die NDJ nichts zu tun. Diesem Aussteiger wurden, nach seinen Angaben mir gegenüber, von den Beamten eine Reihe rechter und linker Straftaten vorgeworfen und nahegelegt, weitere Äußerungen zur NDJ zu unterlassen, dann werde man ihn auch in Ruhe lassen.

Über diesen offensichtlichen Versuch hinaus, Veröffentlichungen über die NDJ zu verhindern, besteht nach Angaben der Beamten

- ein Stillhalteabkommen mit dem "Ostfriesischer Kurier"

- gehe ein NDR-Bericht (gesendet am 22.10.92) über ein Treffen von Rechtsextremisten in Ardorf, an dem auch Norder Jugendliche teilnahmen, eindeutig an den Tatsachen vorbei



DKB-Chef Torsten de Vries orientiert auf die Repulikaner, März 1993. Foto: Powerpress

- wurde das Zeigen dieses Videos im Hager Jugendcenter am 23.12.92 verhindert, weil, so die Beamten, in einer Phase, wo Linke Rechte aufmischen wollten, mit Ausschreitungen gerechnet werden mußte

- wurde dem Redakteur eines nicht fertigen SAT1-Beitrages Klugheit bescheinigt, wenn er den Beitrag nicht sende.

Die Teilnahme der NDJ an der "geschlossenen Saalveranstaltung" des Deutschen Kameradschaftsbundes am 31.10.92 in Petersfehn, die zum Ziel hatte, "den Aufbau einer Nationalen und Volkstreuen Einheitsfront voranzutreiben", war den beiden Beamten nicht bekannt. Dies mag richtig sein, nach Augenzeugenberichten wurde den Rechtsextremisten von der dortigen Polizei der Rükken zugedreht und keine Personalien festgestellt, die der Norder Kripo hätten übermittelt werden können.

Das mehrfache Auftreten des Vorsitzenden des DKB, Thorsten de Vries, in Hage und Norden hat für die beiden Bematen keinen politischen Hintergrund. Hier handele es sich um Liebesgeschichten, um Beziehungen zu Mädchen; Wilhelmshavener seien deshalb öfter nach Norden gekommen.

Ich will nicht behaupten, daß die Polizei den Rechtsextremismus bewußt schützt oder gar fördert, aber ihr Verhalten führt dazu, daß dieser Verdacht aufkommt. Auch dürften Versuche, Privatpersonen oder Medien zum Schweigen anzuhalten, nicht zu den Aufgaben der Polizei gehören.

In der Erwartung einer befriedigenden und schnellen Antwort verbleibe ich mit freundlichen Grüßen.

Das überaus persönliche Engagement des Herrn Innenministers...

Der niedersächsische Innenminister Gerhard Glogowski hat Renate Beyer gleich zweimal eine Antwort zukommen lassen. In der ersten kündigte sein persönlicher Referent an, daß sein Chef der Herr Minister bald antworten würde, die zweite persönliche Antwort ist ein beständiges Darumherumgerede, das die Tatsache nur dürftig verschleiert, daß der Minister keine Ahnung und wenig Interesse an Aufklärung hat. Mehr noch: der Innenminister erlaubt seinen Beamten ausdrücklich, ihre "Vernehmungen" an Treffpunkten von alten und jungen Nazis durchzuführen, bei einem Glas Bier in freundschaftlicher Atmosphäre. Geflissentlich wird übersehen, daß die Neo-Faschisten trotz des Verbots des "Deutschen Kameradschaftsbundes" weiter an ihrer Struktur arbeiten. Wenn mit der Beobachtung dieser Szenerie allerdings Beamte beauftragt werden, die sich ihre Sporen im Anti-AKW-GegnerInnen-Kampf und im Einsatz gegen HausbesetzerInnen verdient haben, muß man sich nicht wundern, daß bei entsprechendem Feindbild keine Erkenntnisse über Neo-FaschistInnen gewonnen werden. Es ist längst bekannt, daß im ostfriesischen Raum die Strukturen der "Nationalen Jugend Ostfrieslands" (NJO) vom Anfang der 80er Jahre reaktiviert werden und daß daran immer noch die NPD beteiligt ist.

Schreiben des Innenministers Gerhard Glogowski an Frau Beyer vom 26. April 1993 (Auszüge)

Sehr geehrte Frau Beyer,

(...)
Im einzelnen habe ich mir versichern lassen, daß bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine gesicherten Erkenntnisse bei der Polizei oder der Niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde vorlagen, die auf das Bestehen einer Organisation mit dem Namen "Neue Deutsche Jugend" in Norden hindeuten. Gleiches galt für sogenannte "Wehrsportübungen".

Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen in Form von Körperverletzungen und Sachbeschädigungen hat die Polizei seit Mitte des Jahres 1991 festgestellt. Dabei waren auch politische oder vorgeblich politische Motive der Täter maßgeblich.
(...)
Im Rahmen der Ermittlungen war es nötig, daß die Polizei an bestimmten Örtlichkeiten präsent war, um zum Beispiel Befragungen von Zeugen durchführen zu können. Daher halte ich auch die Anwesenheit eines Kriminalbeamten in einer von Jugendlichen frequentierten Gaststätte nicht für ungewöhnlich.

(...)

Lassen Sie mich, sehr geehrte Frau Beyer, zusammenfassend feststellen, daß die Polizei im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages und ihrer Möglichkeiten alles Erforderliche veranlassen wird, gewalttätige Auseinandersetzungen zu verhindern und Straftaten aufzuklären.

(...)

Sowohl Polizei als auch Verfassungsschutz sind jedoch auch auf die Hilfe der Bevölkerung angewiesen.

Daher wäre ich dankbar, wenn Sie auch weiterhin entsprechende Feststellungen und Beobachtungen den zuständigen Behörden melden würden.

Mit freundlichen Grüßen
Gerhard Glogowski

Gerhard Bögelein gestorben

Am 9. März 1993 starb 69jährig der antifaschistische Widerstandskämpfer Gerhard Bögelein, nachdem Mitte Dezember 1992 eine Haftverschonung durchgesetzt werden konnte. Die Prozeßgruppe Gerhard Bögelein geht davon aus, daß der Prozeß und die Verurteilung Gerhard Bögeleins zu lebenslänglicher Haft einem "Todesurteil" gleichkamen und sein Leben verkürzt haben.

Zur Erinnerung: Gerhard Bögelein war als 19jähriger mit der NS-Militärjustiz in Konflikt geraten, weil er sich geweigert hatte, an einer Erschießung von Zivilisten teilzunehmen. Nachdem er 1944 desertieren konnte, kämpfte er auf Seiten der Roten Armee gegen den Faschismus. Als Offizier der Roten Armee verhörte er auch den NS-Militärrichter Erich Kallmerten, der daraufhin ein Geständnis unterzeichnete, wonach er persönlich für 178 Todesurteile verantwortlich war. Erich Kallmerten wurde 1947 im Kriegsgefangenenlager Klaipeda erschlagen. Bereits 1949 versuchte die BRD-Justiz, Gerhard Bögelein für die Tötung des NS-Blutrichters verantwortlich zu machen. Die Untersuchungen führte seinerzeit der Hamburger Ermittlungsrichter Kurt Stekkel, der selbst bis 1945 als Staatsanwalt beim Volksgerichtshof in Potsdam tätig war. Das Verfahren gegen den bis 1989 in der DDR lebenden Gerhard Bögelein stützte sich fast ausschließlich auf Steckels Ermittlungsakten.

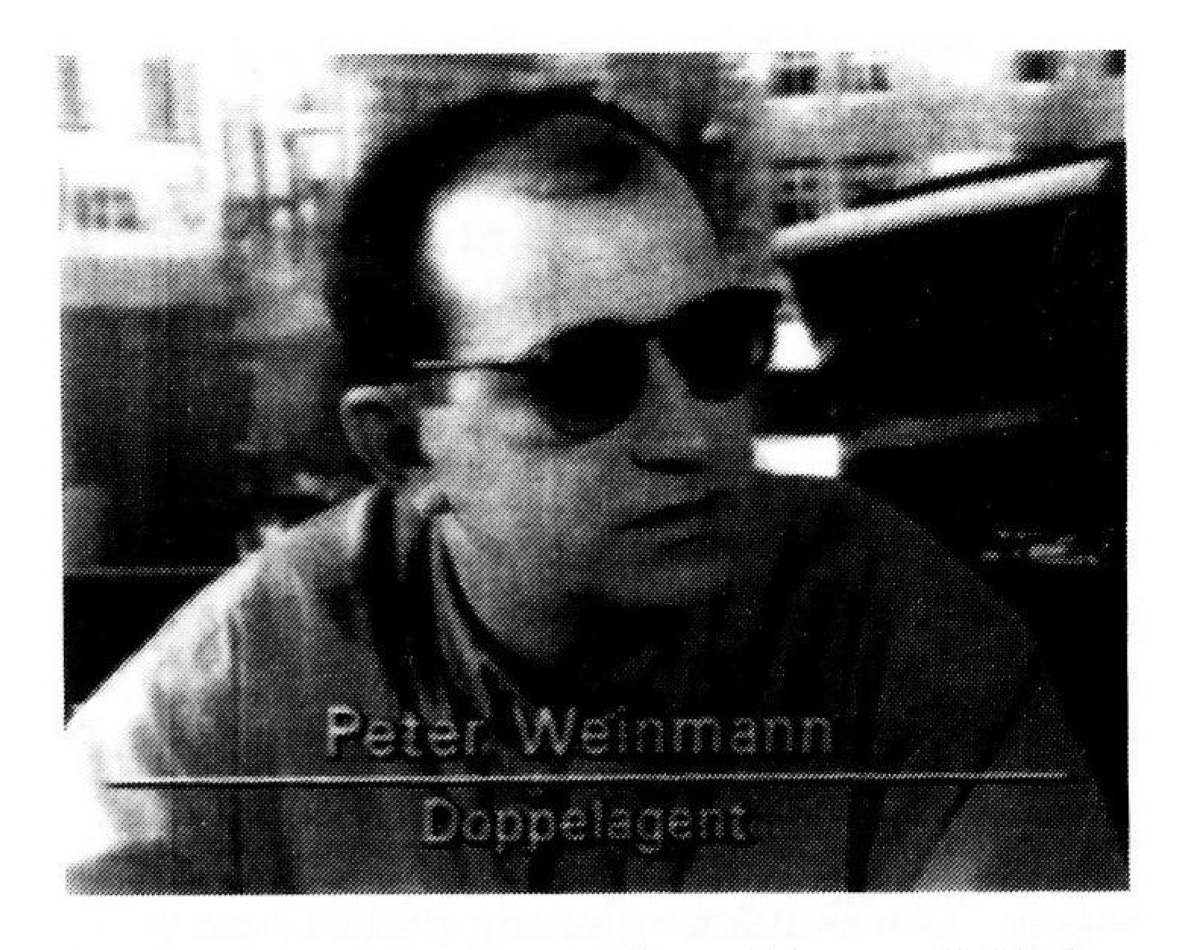
In dem Verfahren gegen Gerhard Bögelein führte der Staatsanwalt Harald Duhn (ein Schüler Steckels) die Anklage. Die 22. Strafkammer folgte dessen Vorgaben und vertauschte die Rollen. Aus dem NS-Blutrichter Erich Kallmerten wurde ein bedauernswertes Opfer, während der Antifaschist und Widerstandskämpfer Gerhard Bögelein trotz einer nur lückenhaften Indizienkette und ohne Tatzeugen zum Täter konstruiert und verurteilt wurde.

FaschistInnen

Der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Dr. Vöcking, hat die Frage der Abg. Dr. Dobberthien (SPD) "Wie viele Frauen befinden sich unter den gegenwärtig vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachteten 41.400 Rechtsextremisten in 77 Organisationen sowie unter den 6.400 militanten Rechtsextremisten, und wie viele Strafverfahren gegen Frauen wurden 1991 und 1992 wegen ausländerfeindlicher Straftaten geführt?", wie folgt beantwortet: "Die Zahlenangaben der Verfassungsschutzbehörden über Rechtsextremisten beruhen teilweise auf Schätzungen. Der Anteil der Frauen kann deshalb nicht exakt ermittelt werden. Unter den vom Bundesamt für Verfassungsschutz namentlich erfaßten Rechtsextremisten sind rd. 11% weiblichen Geschlechts. Der Anteil der Frauen an den dort in diesem Zusammenhang mit gewaltbezogenen Gesetzesverletzungen bekanntgewordenen mutmaßlichen Tatbeteiligten beträgt 9,4% ... Der Anteil der Frauen an den (..) bekannt gewordenen Gesetzesverletzungen beträgt 1991 2,76% (36 von 1.301 mutmaßlichen Tatbeteiligten) und 1992 4,33% (27 von 596 mutmaßlichen Tatbeteiligten)." A.M.

Jürgen Grewen

Geheimdienste - oder Wie kriminell dürfen V-Männer sein?



Journalist, V-Mann und Mehrfachagent. Peter Weinmann ist ein umtriebiger Mann. Seit 1992 ermittelt die Staatsanwaltschaft Koblenz wegen Spionage für das DDR-Ministerium für Staatssicherheit gegen ihn. Ins Schußfeld geriet der Bonner aber auch, weil er seit den 70er Jahren in der militanten Neonazi-Szene operierte, Jugendliche anwarb und Wehrübungen veranstaltete.

Mitte Januar berichtet das ZDF im "Studio 1" über die Unterwanderung von westdeutschen Neonazis durch Stasi-Agenten. **Peter Weinmann** wird als IM "Römer" aus Bonn vorgestellt, dem es gelang, tief in "Republikaner"-Kreise einzudringen. Knapp einen Monat später erzählt der 47jährige in einem Interview mit "Studio 1" freimütig über rechtsterroristische Aktivitäten der 80er Jahre in Südtirol. Im Untertitel wird er als Doppelagent bezeichnet.

Weinmann arbeitete erst seit 1984 für die Stasi. Nach Informationen aus Juristenkreisen hat er selbst den Kontakt mit dem Ost-Dienst gesucht und sich angedient. Seit 1976 jedoch, so weiß die "Südtiroler Illustrierte" zu berichten, ist er auch für den italienischen militärischen Geheimdienst Sismi tätig gewesen. Schon acht Jahre vorher begann nach Angaben des Blattes seine Arbeit für das Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV). Insgesamt kann der in Schwäbisch Hall geborene Weinmann somit auf eine lückenlose 25jährige Laufbahn als V-Mann und Agent verweisen. Für seine unterschiedlichen Auftraggeber operierte er hauptsächlich in der rechtsextremistischen Szene.

Vom Verfassungsschutz zur WSG-Hoffmann

Weinmanns Karriere als Neonazi begann Anfang der 70er Jahre in Bonn. Dort, wo der NPD-Aktivist **Michael Kühnen** an einer Schule gerade zum Schulsprecher gewählt worden war, hatte sich aus dem NPD-Kreisverband die bewaffnete "Wehrsportgruppe Hengst" gebildet. Nach militanten Aktionen und einem Anschlag auf das Bonner DKP-Büro hob die Polizei 1971 die Gruppe aus. Zu der Zeit lernte Weinmann nicht nur Kühnen, sondern auch den NPD-Aktivisten **Friedhelm Busse** kennen. Alle drei fanden sich in der NPD-Abspaltung "Aktion Neue Rechte" (ANR) wieder. Mit seinem Freund Busse gründete Weinmann rechtsextreme Gruppen, wie die "Partei der Arbeit" (PdA), die später in die "Volkssozialistische Bewegung Deutschlands" (VSBD) umbenannt und wegen terroristischer Aktivitäten 1982 verboten wurde. Frühen Kontakt hatte Weinmann zu **Karl Heinz Hoffmann** und seiner 1980 verbotenen Wehrsportgruppe. 1976 taucht er im Impressum eines Flugblattes vom "Freundeskreis zur Förderung der Wehrsportgruppe Hoffmann" auf. Zu der Zeit warb Mehrfachagent Weinmann auch Jugendliche an und organisierte Wehrsportübungen. Eine Kiesgrube in Sankt-Augustin Hangelar, direkt neben dem Gelände des Bundesgrenzschutzes, diente als Standort.

Michael Deutsch (Name von der Red. geändert) war einer von Weinmanns Zöglingen. Gemeinsam mit zwei Klassenkameraden radelte er 1975 bisweilen durch die Umgebung und suchte in alten Bunkeranlagen nach Munitionsresten. "Meine Freunde haben Militaria gesammelt und hatten einen starken Hang zum II. Weltkrieg und zur Hitler- Diktatur", erinnert Michael sich heute.

Irgendwann schleppten die beiden den damals 15jährigen nach Sankt-Augustin-Hangelar zur Kiesgrube. Dort lernte er Peter Weinmann kennen, der sich als Journalist ausgab. Michael: "Weinmann scharte am Wochenende 15 bis 18 Jugendliche um sich, um mit ihnen gemeinsame Arbeit zu machen". Die Schüler fanden in dem rechtslastigen Peter Weinmann auch "jemanden, der uns mehr über den II. Weltkrieg informiert hat". Vor den Jugendlichen brüstete sich der einstige Bundeswehrsoldat, Sprengstoffexperte zu sein. Gleich zu Anfang versprach er auch Michael und seinen Freunden "wenn ihr wollt, könnt ihr mit Kleinkalibergewehren schießen oder hier und da mal buddeln gehen".

Bei Geländespielen und Schießübungen allein blieb es bald nicht mehr. Die Jugendlichen bekamen nach Auskunft von Michael Anleitungen in die Hand "wie man einen separatistischen Kampf durchführt, wie man Sprengstoff bastelt und damit praktisch umgeht, oder wie man Zünder und sonstiges herstellt, um Gebäude oder Brücken oder anderes zu zerstören". Schließlich gab Weinmann Michael und seinen Freunden, die keiner rechtsextremen Organisation angehörten, Propagandamaterial der NPD und anderer Gruppen zu lesen. "Er hat versucht, uns mit rechtem Propagandamaterial zu infizieren", meint Michael heute.

Obwohl Weinmann einen schweren Eindruck bei den Jugendlichen hinterließ ("für uns war das ein Auffangbecken") blieb er vorsichtig. Michael: "Mir sagte er einmal, wir müßten uns erst mal ein bißchen näher kennenlernen, bis wir warm werden, um später in die 'rechten Kreise' eingeführt zu werden". Wer längere Zeit dabei war, dem stellte Weinmann die Eingliederung in Neonazi-Gruppen in Aussicht, die nicht nur mit Waffen und Sprengstoff üben, sondern sie gezielt einsetzen. Als Skandal empfindet Michael heute die Enthüllungen, daß Peter Weinmann ein V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz gewesen ist: "Da wurden gezielt ahnungslose, minderjährige Jugendliche für rechtsextreme terroristische Organisationen rekrutiert". Und er fragt sich: "Darf der Verfassungsschutz das überhaupt, war das überhaupt legal"?

Nach einem Sprengstoffanschlag auf Gleise der Deutschen Bundesbahn hebt 1979 die Polizei das Waffenlager eines Bonner Neonazis aus. Der später als Einzeltäter verurteilte Neonazi hatte Kontakte zu Peter Weinmann. 1980, nach dem Attentat auf das Münchener Oktoberfest, berichtete der "Stern" über eine der Wehrsportgruppe-Hoffmann angegliederte "Sturmabteilung Bonn". Auf eine Anfrage eines Bonner Stadtverordneten fühlte sich das Bundesinnenministerium verpflichtet, den Vorgang zu dementieren.

Hans Dampf in allen Gassen

Nach mehrjähriger Agententätigkeit in Südtirol ist Weinmann Mitte der 80er Jahre erneut im Rheinland aktiv. Ein Mitglied und Aussteiger der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) berichtete, daß Weinmann vom FAP-Vorsitzenden Friedhelm Busse persönlich in den Bonner Ortsverband eingeführt worden ist. Gehandelt wurde Weinmann bei den Neonazis als Sprengstoffexperte, der sich anbot, Munition und Sprengstoff von der Bundeswehr zu besorgen. Für die FAP erstellte Weinmann nach Darstellung des Informanten eine Broschüre zum richtigen Umgang mit Sprengstoff und veranstaltete ideologische Schulungen. 1987 wechselt Weinmann das Operationsgebiet. Jetzt agiert er - sicher nicht im Auftrag der Stasi - in der antifaschistischen Szene. Er versucht, sich bei Funktionären der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) anzubiedern, klopft bei engagierten WDR-Journalisten an, macht Hausbesuche bei Antifaschisten und schleicht sich in einen antifaschistischen Pressedienst ein.

Zwei Jahre später beschäftigt sich Weinmann eingehender mit den "Republikanern". Der rechtsextreme Pressedienst "DESG-Inform" vermeldet, daß Weinmann zu den Mitarbeitern der vom damaligen "Republikaner" **Manfred Rouhs** herausgegebenen Zeitschrift "Europa Vorn" gehört. In einem Brief der FAP, unterzeichnet vom Kreisvorsitzenden **Norbert Weidner**, wird außerdem mitgeteilt, Weinmann habe für den Bonner Kreisverband der "Republikaner" Pressemitteilungen verfasst und von FAP-Mitgliedern verteilen lassen.

Seit 1992 ermittelt die Staatsanwaltschaft Koblenz gegen Peter Weinmann wegen seiner Tätigkeit für den MfS (Aktenzeichen OJS 15/92). Wenn es überhaupt zu einem Verfahren kommt werden seine Aktivitäten für den Verfassungsschutz und dem italienischen Geheimdienst jedoch kein Gegenstand des Verfahrens sein. Doch gerade der Fall Weinmann

zeigt, wie wichtig eine Beschäftigung mit zwielichtiger und unkontollierter Arbeit auch von westlichen Geheimdiensten ist. Bei keiner staatlichen Institution scheint die Möglichkeit des unkontrollierten Mißbrauchs leichter. Hierzu kommt, daß alle bisher von parlamentarischen Kontrolleuren festgestellten Kompetenzüberschreitungen in der Bundesrepublik nie zu mehr Transparenz bei geheimdienstlicher Arbeit geführt haben. So scheute sich auch die Bundesregierung in der Antwort auf eine kleine parlamentarische Anfrage der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke (PDS) zu den Machenschaften Weinmanns vor klaren Aussagen: "Die Bundesregierung erklärt zum wiederholten Male, daß sie zu Einzelheiten nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes und zu Kontakten deutscher Sicherheitsbehörden zu ausländischen Nachrichtendiensten in der Öffentlichkeit keine Stellungnahme abgibt, und zwar unabhängig davon, ob der den Fragen zugrundegelegte Sachverhalt den Tatsachen entspricht oder nicht".

Ebenso bedeckt wie staatliche Stellen hält sich auch das rechtsextreme Lager. In Anbetracht der bisherigen Enthüllungen sind die Reaktionen nur dürftig. Dabei war Weinmann nicht irgendwer. Er war in fast allen rechtsextremen Gruppen zuhause, und überall gelangte er in Schlüsselpositionen. Die geringe Resonanz hat ihren Grund vielleicht darin, daß viele Neonazis Sorge haben, ihre kriminellen Aktivitäten könnten auffliegen. Eine andere Mutmaßung ist, daß die Geheimdienste mit Wissen der Neonazis die kriminellen Aktivitäten beobachten und fördern. So durfte Ende der 80er Jahre der Neonazi **Andreas Szypa** aus Witten mit Genehmigung der FAP-Führung als V-Mann für das nordrhein-westfälische Landesamt für Verfassungsschutz arbeiten. Jemand wie Weinmann hätte mit seinem Informationsstand und Wissen die Wehrsportgruppe Hoffmann schon 1976 hochgehen lassen können. ◢

Winfried Holzinger

Aus Sicht des Staatsschutzes...

Unter diesem Titel verfaßte der Leiter der Staatsschutzabteilung des LKA Niedersachsen, Hans-Wilhelm Duvenhorst, einen Artikel zum Thema Rechtsextremismus im "Polizei-Extrablatt", Nr. 1/93, einem monatlich erscheinenden Informationsblatt für die niedersächsische Polizei, herausgegeben vom Niedersächsischen Innenministerium. Sein Anliegen war es, "...das Thema aus der Sicht des polizeilichen Staatsschutzes zu problematisieren, Vorurteilen bezüglich polizeilicher Arbeit entgegenzuwirken und die wehrhafte Demokratie anzumahnen."

Gegenüber dem angeführten Leserkreis werden aus Sicht des Staatsschutzes (im Sprachgebrauch sogen. Politische Polizei) u.a. Erklärungsansätze geliefert, wieso die Polizei im Bereich der Gewalt von Rechts so schlecht abgeschnitten hat. In der Polarisierung dieses Themas wird jetzt in den Medien von einer "Kapitulation der Staatsgewalt" (siehe Hoyerswerda, Rostock, etc.) vor dem Rechtsradikalismus gesprochen.

Während Duvenhorst zu Beginn seines Aufsatzes noch Straßenkämpfe um die Kernenergienutzung, Startbahn West, NATO-Doppelbeschluß und besetzte Häuser den "...ungehindert marschierenden Rechten im Osten Deutschlands, Gewalttäter, die nicht vor einer festungsartig gesicherten Fabrikanlage Polizeibeamte angreifen, sondern Menschen in ihren Wohnungen" gegenüberstellt, wird von ihm bald linke mit rechter Gewalt gleichgesetzt. So werden z.B. die strafrechtlich nicht überführten Rechtsextremisten, die sich die "...Einsatzerfahrungen linker Gewalttäter zu eigen gemacht haben", mit den nicht gefaßten Zwillenschützen von Wackersdorf verglichen. U. a. diese Argumentation und die aufgrund "rechtlicher Unzulänglichkeiten" nicht zu erfüllenden Erwartungshaltungen der Bürger sollen vom Vorwurf, die Polizei sei nicht auf dem rechten Auge blind, ablenken. An dieser Stelle sollte erinnert werden, daß Rechtsextremisten unter Polizeischutz durch unsere Städte marschiert sind, obwohl vielfache Gründe aufgrund von Gesetzeslagen vorlagen, diesen Mob aufzulösen. Während die Einsatzkonzepte der Polizei die Versammlungen und Aufzüge aus dem linken Spektrum immer als Gefahrenherde angesehen haben (siehe sogen. Wanderkessel), konnte auch in der jüngsten Vergangenheit festgestellt werden, daß Rechtsextremisten ihre Versammlungen häufig unter dem Schutz der Polizei vor den Augen von Gegendemonstranten durchführen konnten (siehe u.a. Artikel DRR, aktuelle Ausgabe, zum Treffen des Deutschen Kameradschaftsbundes in Oldenburg). Hier waren in den meisten Fällen die Gegendemonstranten aus dem linken Spektrum die Gefahrenverursacher; ihnen gehörte in diesen Fällen die besondere Aufmerksamkeit der Polizei. Viele Polizisten kennen die von den Staatsschutzbehörden verfaßten Lagebeurteilungen zu Versammlungen und Aufzügen aus dem linken Spektrum, die häufig eher auf ein Bürgerkriegsszenario schließen ließen, als dem eigentlichen Anlaß, das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit wahrzunehmen und zu schützen. Diese Lagebeschreibungen blieben in vielen Fällen nicht ohne Wirkung auf die eingesetzten Polizisten. "...Zu allem Unglück fällt uns regelmäßig auch noch die Aufgabe zu, die Grundrechte auch der Rechtsextremisten auf Versammlungsfreiheit und freie Meinungsäußerung zu schützen". Ist es wirklich ein Unglück oder eher eine liberalere bzw. tolerantere Form des Umgangs und juristische Auslegung mit Rechtsradikalismus, als wir es sonst im linken Bereich gewöhnt sind?

Duvenhorst weist in seinem Artikel richtig auf die Schwellen zum Tätigwerden der Polizei hin. Hier muß jedoch kritisch hinterfragt werden, ob diese Schwellen in der Vergangenheit eingehalten wurden, wenn es um das Ausspionieren, die Gesinnungsschnüffelei im linken Umfeld ging. Beispielhaft sei hier auf die Ereignisse in Göttingen (Besetzerszene) und im Wendland (Gorlebener Atomfabrik) hingewiesen. Hier wurden bewußt Bürger kriminalisiert; selbst die Manipulation der Strafverfahren durch die Staatsschutzbehörden war möglich (z.B. "Bruchstellen" von U. Meffert; Ermittlungen des Kölner Staatsschutzes gegen Hans Günter Wallraff 1975/76; Schmücker-Verfahren; KOMM-Prozeß in Nürnberg; etc.). Weiter erklärt Duvenhorst, "...die Einsatztaktik orientiert sich am Phänomen (Rechtsextremismus, d. Verf.). Es ist nicht so, daß wir frei wären in der Wahl unserer Mittel. Manchmal hat man den Eindruck, Journalisten glaubten, die Polizei könne eine Gruppe von Rechtsextremisten zu Terroristen erklären und dann wie im Zusammenhang mit der RAF ermitteln.". An dieser Stelle muß jedoch erinnert werden, wie mit Personen aus dem linken Umfeld umgegangen wurde. Z.B. mit den Vorschriften der 129 und 129 a StGB entwickelte sich für den polizeilichen Staatsschutz ein wahres "Sesam-öffne-Dich", um richterliche Beschlüsse für das Abhören von Telefonen, das Öffnen von Briefen und die Durchsuchungen von Wohnungen zu erwirken, die auf andere Art und Weise nicht oder nur schwer zu erreichen gewesen wären. Massenhafte Datenabgleiche, Rasterfahndungen und Straßenkontrollen waren die Folge.

Auf Grund der schwammigen Formulierung der Tatbestände konnten die Staatsschutzbehörden das politische und soziale Umfeld der Personen ausleuchten und erfassen. Die Definitionsmacht dieser Behörden führte dazu, daß z.B. bereits Personen, die Wände mit politischem Inhalt beschrifteten, so in das Netz der Kriminalisierung gerieten. Nur selten ist es zu Anklagen (ca. 5 %) und öffentlichen Hauptverhandlungen im Sinne von 129, 129a StGB gekommen. Die Folgen für die Angeklagten in diesem Zusammenhang waren jedoch ungeheuerlich. Hier handelt es sich um kein Plädoyer für die Anwendung dieser im Bereich des Rechtsextremismus, denn die Schaffung dieser stellt ein nachhaltigen Einschnitt in die westdeutsche Rechtsgeschichte dar. Aber es ist auffallend, daß in der Vergangenheit genau diese Regelungswerke nicht zur Verfolgung des Rechtsextremismus angewendet wurden. Mit der Verharmlosung der rechtsradikalen Gewalt durch die Sicherheitsbehörden und der einseitigen Nichtanwendung aller geschaffenen Rechtsmöglichkeiten zeigt, daß für sie die "Feinde der Freiheit" im Bereich der politischen Linken ausgemacht wurden, da es ja "gegenwärtig keinen nennenswerten aktiven Rechtsextremismus" gebe (Dürig, Kommentierung zu Art. 3, Abs. 3 GG -1973-). So ist es nicht verwunderlich, wie wenige Erkenntnisse zum Thema Rechtsextremismus bei den Verfassungsschutzämtern und den Staatsschutzbehörden vorlagen. Schon die Entstehungsgeschichte der Bundesrepublik

Deutschland zeigt, daß sie nicht auf die Aufarbeitung und Bekämpfung des Faschismus ausgelegt war: Die Wiederaufrüstungspläne der Bundesregierung, die Ausschaltung der Widerstandsbestrebungen und die Integration der Bundesrepublik in das westliche Macht- und Militärsystem entwickelte schrittweise den "Kalten Krieg nach innen" und prägten das Gesamtkonzept der "Inneren Sicherheit". Der ehemalige Verfassungsschutzpräsident Nollau äußerte sich hierzu wie folgt: "Das Bewußtsein der Massen wird eines Tages reif sein zu erkennen, daß ihre Arbeitsbedingungen, insbesondere die Folgen der Arbeitsteilung - inhuman sind, daß heißt ihrer Lage als ganzheitliche menschliche Wesen nicht entsprechen. Wenn dieses Gefühl von einer politischen Bewegung umgesetzt werden kann in eine massenhafte Empörung gegen diese Ungerechtigkeit, dann wird die Lage kritisch". (G. Nollau, Wie sicher ist die Bundesrepublik?) Dieses Sicherheitskonzept ist auch an dem Aufbau, Organisation und politischer Motivation der Sicherheits- und Verfassungsschutzbehörden zu erkennen; hierbei wurde u. a. auch auf die Erfahrungen und das Personal aus dem Faschismus zurückgegriffen. Das Instrumentarium des "vorverlegten Staatsschutzes" war darauf ausgelegt, durch die Entfaltung seiner Disziplinierung- und Einschüchterungsmechanismen "kritische Lagen" bereits in den Ansätzen zu verhindern. Die Rekrutierung der Sicherheitsbehörden mit den "neuen alten Fachleuten" aus dem Dritten Reich und ihre konservativen Ausrichtungen hatten hierzu einen prägenden Einfluß und boten eine Gewähr für diese Grundhaltungen.

In der Straftatenanalyse stellt Duvenhorst u. a. fest, "...eine politische Grundüberzeugung oder strukturierte Ideologie konnte bei den meisten Tatverdächtigen nicht festgestellt werden. ...Die meisten Straftaten der Skinheads haben auch keine politischen Bezüge.". Fremdenfeindlichkeit und die übersteigerte Form durch Gewalt gegen Fremde schätze ich jedoch als ideologisch und daher auch als politisch motiviert ein. Hierbei ist es unerheblich, ob der Täter dieses durch unartikuliertes Biertischgestammel oder intellektuelle Erklärungsmuster begründet. Diese faschistischen Grundpositionen und Aussagen stehen im Widerspruch zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und bergen die Gefahr, sie abzuschaffen bzw. zu beeinträchtigen, wie es sich bereits in der aktuellen veränderten politischen Entwicklung und der Beeinträchtigung von Grundrechten gezeigt hat. "Es ist, als würde man die Leute ermuntern, mehr Brandsätze zu werfen: Täglich können sie ihre Erfolge an immer verrückteren Vorschlägen zur Asylpolitik ablesen", so Ignatz Bubis, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland (Der Spiegel 45/92). Inwieweit aus kriminaltaktischen Gründen zwischen Rechtsextremisten und Tätern, die fremdenfeindliche Straftaten begehen, unterschieden werden muß, ist hier nicht zu verstehen. Fremdenfeindliche Straftaten sind nach meiner Meinung extremistische Straftaten. Bei Gewalttaten aus dem linken Umfeld wurde nicht so fein strukturiert; Gewalttaten gegen Vertreter der Wirtschaft wurden als extremistische Taten eingestuft. Trotz der vereinbarten einheitlichen Definition zwischen der Polizei von Bund und Ländern zu fremdenfeindlichen Straftaten, räumt der BKA-Präsident Hans-Ludwig Zachert im November 1992 ein, es bestünden "...angesichts des unterschiedlichen Meldeverhaltens der Polizeidienststellen (...) berechtigte Zweifel, daß dem Bundeskriminalamt als Zentralstelle alle fremdenfeindliche Straftaten bekannt geworden" seien. Demnach werden fremdenfeindliche Straftaten nicht einheitlich als politisch motivierte Taten bewertet und dem "Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Staatsschutzsachen" zugeführt. Daher sind auch die von der Polizei vorgestellten statistischen Zahlen zum Umfang der rassistischen bzw. rechtsextremistischen Straftaten anzuzweifeln.

Die Bedeutung der rassistischen rechtsextremistischen Gewalttaten in unserer Gesellschaft läßt sich auch in jüngster Zeit anhand der staatlichen Reaktionen messen. So wurden 1992 in den Statistiken ca. 1.600 Gewalttaten von rechts, darunter 500 Brand- und Sprengstoffanschläge verzeichnet. Sie führten zu ca. 800 Verletzten und 13 Toten. Auch nach Rostock-Lichtenhagen wurden in diesem Zusammenhang ca. 10 Straftaten täglich verzeichnet. Als unvorstellbar wären die Reaktionen des Staates einzuschätzen, wenn dieses Potential von Straftaten durch Straftäter aus dem linken Umfeld in der Vergangenheit begangen worden wäre. So hilflos hätten sich die staatlichen Strafverfolgungsorgane in dieser Situation nicht gezeigt. Trotzdem wurde auch 1992 der erstarkende Rechtstrend von den Sicherheitsbehörden weiterhin ignoriert und von den PolitikerInnen verharmlost. Dieses zeigt sich beispielhaft an dem Verhalten des Generalbundesanwaltes von Stahl. Lange erklärte er sich für unzuständig: "Der Generalbundesanwalt ist nicht für jede Straftat zuständig, die politisch motiviert ist, sondern für solche, die sich gegen die innere Sicherheit richten und die durch eine terroristische Vereinigung begangen wurden. Das heißt, es muß eine Organisation geben, die hierarchisch gegliedert und auf Dauer angelegt ist." (FR v. 12.10.91) Doch schon nach Mölln sieht von Stahl die Zuständigkeitsfrage anders; nun waren für die Übernahme der Strafverfahren die von ihm bestimmten Organisationsstrukturen der Tätergruppen nicht mehr erforderlich. So war es nun der Druck der Fernsehbilder über die brandschatzenden und mordenden Nazihorden, die um die Welt gingen und unermeßlichen Schaden für das Ansehen und die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland verursachten, die nun endlich die staatlichen Sicherheitsorgane zum Handeln veranlaßt haben.

In seinem Artikel weist Duvenhorst auch auf die liberalen rechtlichen Entwicklungen, insbesondere im Bereich des Datenschutzes nach dem Volkszählungsurteil und im Bereich der Polizeigesetze hin, die es der Polizei unmöglich machen, das Phänomen Rechtsextremismus zu erfassen. "...Alle Rechte, die sich linksgerichtete Gesetzesbrecher mit ihrer Lobby erkämpft haben und die über die Regelungswerke in den polizeilichen Alltag eingeflossen sind, kommen jetzt auch ihnen zu gute: Eine Verwaltungsgerichtsentscheidung gegen eine "Punkerkartei" wirkt auch gegen die "Skinheadkartei". (...) Wir müssen akzeptieren, daß eine so weitgehende Zusammenarbeit (mit den Verfassungsschutzämtern, der Verf.) bei der Bekämpfung des Extremismus nicht mehr gewollt ist und die Aufklärungschancen entsprechend geringer geworden sind. Die Unterlagen aus der Vorfeldarbeit des Verfassungsschutzes ersetzen die eigenen nicht. (...) Der polizeiliche Auftrag im Vorfeld von Straftaten wurde im Zusammenhang mit der Neufassung des Polizeirechts angezweifelt. Unter dem Eindruck dieser Diskussion und vor dem Hintergrund von zunehmend restriktiven Datenschutzvorschriften wurden sehr viele personenbezogene Akten vernichtet. (...)". Diese Aufzählung und im Kontext negativer Umschreibung liberaler Rechtsentwicklungen läßt hier den Schluß zu, daß nun "linke Gesetzesbrecher mit ihrer Lobby" (Grüne, etc.) für die polizeiliche Situation verantwortlich sind, in der die Polizei im Bereich des Rechtsextremismus, unter Ausblendung der Vergangenheit, nicht darf was sie kann. So werden nun "die Linken" mit ihren erkämpften liberalen Rechtsentwicklungen für das Ausbreiten von hemmungslosem Rechtsextremismus verantwortlich gemacht. Duvenhorst vergißt hier einfach, daß gerade die schlechten Erfahrungen der Bürger mit Verfassungsschutz und Polizei zu diesen Rechtsentwicklungen beigetragen haben. Trotz des durch die Westalliierten mit dem Polizeibrief auferlegten Trennungsgebotes zwischen Polizei und Geheimdienste, das sich aufgrund der Erfahrungen aus dem Hitlerfaschismus ergeben hat, ist die erneute Zusammenarbeit von Polizei (insbesondere des Staatsschutzes) und Verfassungsschutz nicht auf rechtsstaatliche Bedenken gestoßen. Auch die Erfahrungen der sogen. ehemaligen DDR mit der Stasi haben in diesem Zusammenhang zu keinem Bewußtseinswandel geführt. Das Unterlaufen des Trennungsgebotes durch die Staatsschutzbehörden zu den Verfassungsschutzämtern und umgekehrt über bestimmte Hilfskonstruktionen sind an der Tagesordnung. Von zusätzlicher Bedeutung ist die organisatorische und strukturelle Etablierung der Staatsschutzdienststellen innerhalb



Hamburger Rundschau

der Polizei, in der sie abgeschottet gegenüber dem normalen Polizeibetrieb auch der öffentlichen und innerbehördlichen Kontrolle entzogen sind (Celler Loch, etc.). Die Ausweitung polizeilicher und damit auch staatsschutzbehördlicher Ermächtigungen in das Vorfeld von Straftaten - in den präventiven Bereich - führt zu einem gefährlichen Machtzuwachs. Die Ermächtigung zum Erheben von Daten mit nachrichtendienstlichen Mitteln erinnert an die Machtvollkommenheit der Gestapo im Faschismus und der Stasi in der DDR. In der Diskussion über die Auflösung des Verfassungsschutzes würde dieses schließlich auch bedeuten, daß der in der Legitimationskrise befindliche Verfassungsschutz ohne weiteres von dem polizeilichen Staatsschutz mit dem Vorteil der Verknüpfung von exekutiven Befugnissen übernommen werden kann. Es sind daher nicht in erster Linie die "rechtsgerichteten Straftäter", die "...nicht nur die Demokratie auf den Prüfstand stellen, sondern auch die liberalen Entwicklungen, speziell die im Bereich der Informationsverarbeitung bei den Sicherheitsbehörden.", sondern die Politik und die polizeilichen Berater dieser Politik, die den Rechtsradikalismus zum willkommenen Anlaß nehmen, alte Forderungen z. B. der Strafrechtsverschärfungen im Sinne einer "Wehrhaften Demokratie" neu zu beleben (s.a. DRR Nr. 19, "Ein willkommener Anlaß").

In dem angeführten Artikel erklärt Duvenhorst, daß es für die Polizei glaubhaft darzustellen ist, daß u.a. die Polizei nicht in die politische Auseinandersetzung eingreift, sondern nur polizeilich relevante Sachverhalte registriert und politisch neutral einschreitet. Nur unter diesen Vorbehalten würde die Polizei einen stärkeren Rückhalt in der Bevölkerung erlangen. Diese Notwendigkeit wird auch damit begründet, daß die Polizei den Bürger als Hinweisgeber und Zeugen dringend brauche, da die Bürger die meisten Beobachtungen machen und nicht die Polizei. Die politische Neutralität ist aber von vielen kritischen Bürgern der Polizei und ihren Staatsschutzabteilungen aufgrund der Erfahrungen mit ihr aus der Vergangenheit abgesprochen worden (Aktionen der Friedensbewegungen und Kernkraftgegner im Gegensatz zu z.B. Aktionen der Stahlarbeiter von Rheinhausen) und weil auch gerade der "Kampf nach rechts" nicht allzu ernst geführt wurde. Der Forderung nach stärkerem Rückhalt in der Bevölkerung steht der Ausbau staatlicher Gewalt und Überwachung gegenüber; die sich daraus ergebenen neuen Polizeikonzepte betrachteten den Bürger in seinem Alltag eher als Sicherheitsrisiko. Hier wäre ein politisches und polizeiliches Umdenken erforderlich, um diesen Anspruch des stärkeren Rückhaltes umzusetzen.

Bei der Frage nach der Glaubwürdigkeit der Polizei muß auch danach gefragt werden, wie es beim Thema Rassismus und Rechtsradikalismus in den eigenen Reihen aussieht und wieweit rassistische Elemente in der alltäglichen Polizeikultur vorhanden sind. Auch der Hinweis, daß die Polizei nur das Spiegelbild der Gesellschaft ist, darf nicht dazu führen, daß diese Ereignisse innerhalb der Polizei nur zur Kenntnis genommen werden. Es muß darauf hingewiesen werden, daß gerade die Polizei auf ihren grundgesetzlichen Auftrag hin ausgebildet und ausgeprägt sein sollte, in der sie zur Gleichbehandlung und Achtung aller Menschen verpflichtet ist. Trotzdem nimmt die Polizei als Institution an einer gesellschaftlichen Entwicklung teil, die auf eine Diskriminierung und Unterdrückung von Mitbürgern bzw. hier aufhältiger Menschen hinausläuft. Im Gegensatz zu England und den Niederlanden muß hier festgestellt werden, daß die Existenz von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in der Polizei tabuisiert und nicht als ein zu bearbeitendes Problem begriffen wird.

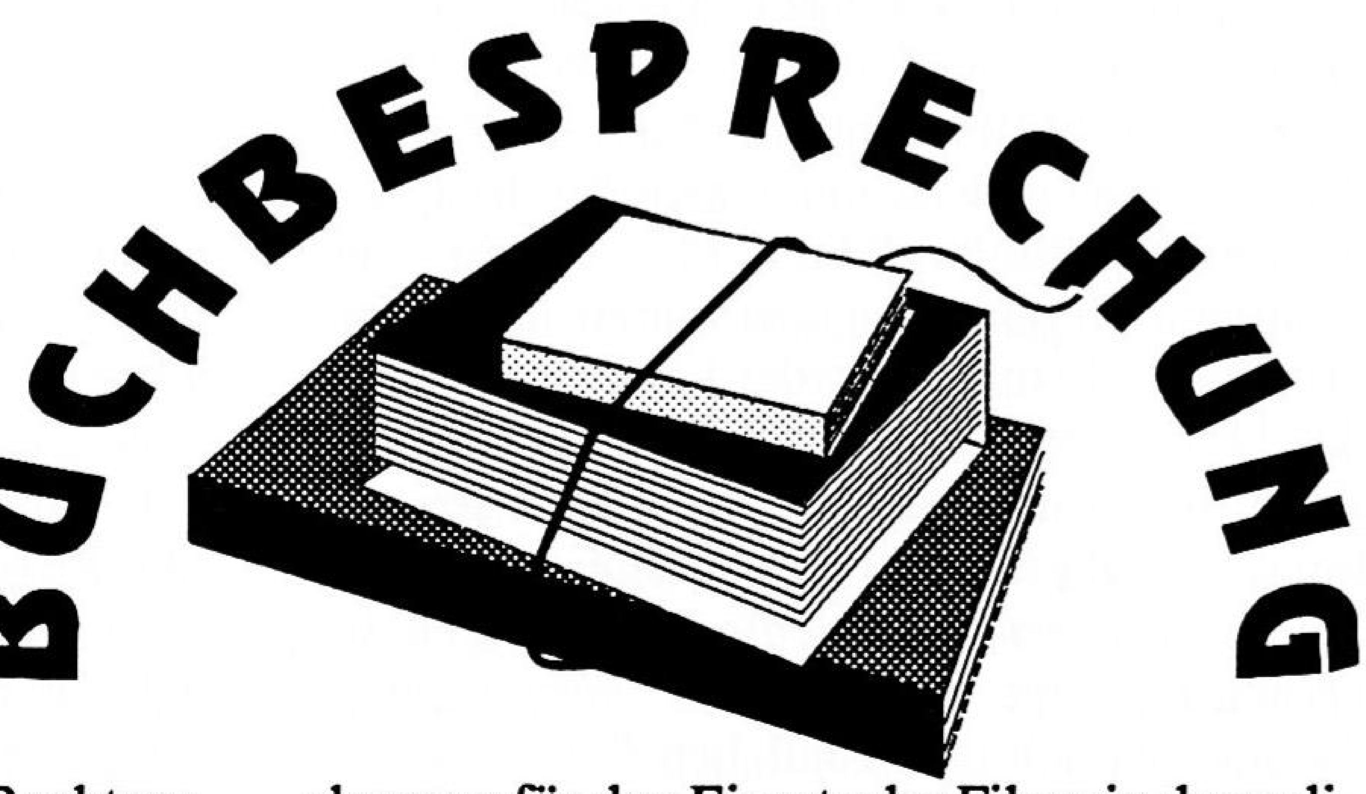
Die "wehrhafte Demokratie" anzumahnen, bedeutet meistens immer aus der Polizei heraus eine Forderung nach weiteren Ermächtigungsgrundlagen zur Einschränkung von Bürgerfreiheiten. Die neuen Polizeigesetze sind ein Ausdruck dieser Mahnungen. Der Schutz unserer demokratischen Grundordnung wird jedoch nur von einem Bürger gewährleistet, der selbstbewußt durch Zivilcourage seine demokratischen Rechte in Anspruch nimmt bzw. dessen demokratischen Rechte am wenigsten beschnitten sind. Eine Verkürzung des Problems Rechtsradikalismus auf den Begriff der "Kapitulation der Staatsgewalt" läßt einerseits den Verdacht zu, daß die Entwicklung des rechtsradikalen Mobs sich an der "Hilflosigkeit" der Staatsgewalt orientiert und nicht an den faschistischen Grundhaltungen in dieser Gesellschaft und andererseits nur Anlaß zu Forderungen nach Gesetzesverschärfungen sind, die die Freiheitsrechte aller Bürger beeinträchtigen. "Wir haben kein Gesetzesdefizit, sondern ein Vollzugsdefizit", so z.B. Hermann Lutz, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (HAZ, 11.12.92). Auch für die Staatsschutzbehörden bedeutet der Rechtsextremismus aufgrund seiner jetzigen Bedeutung nur Anlaß, sich nicht in Frage stellen zu müssen. Eine Diskussion über die Auflösung der Staatsschutzdienststellen und eine deliktspezifische Zuordnung der Straftaten zu den jeweiligen Fachdienststellen der Polizei ist weiterhin notwendig.

Droht ein neues '33?

Eine 64 Seiten umfassende Broschüre mit dem Titel "Droht ein neues '33? - Analysen zum heutigen Rechtsextremismus" kann zum Preis von DM 4,- plus Porto (gegen Vorauszahlung: Briefmarken, Verrechnungsscheck) bei der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus der PDS, Kleine Alexanderstr.28, O-1020 Berlin, Fax: 030-28409310 bestellt werden. Besonders lesenswert ist der Beitrag "Strategien gegen den Rechtsextremismus" von Christoph Butterwegge. Dieser konstatiert, daß soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und die Glaubwürdigkeit demokratischer Institutionen Gift für den Rechtsextremismus sind und plebiszitäre Partizipationsformen nicht nur eine Möglichkeit, mehr Bürgerinnen und Bürger für Politik zu interessieren, sondern auch eine Waffe im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Für immer überwinden lassen sich Rassismus und Nationalismus -so Butterwegge- aber nur in einer neuen Weltordnung, die nicht mehr auf ökonomischer Konkurrenz, Ausbeutung und Unterdrückung basiert. A.M.

Medienkatalog

In der neuen Reihe "Themenorientierter AV-Medienkatalog" hat die Bundeszentrale für politische Bildung, Referat I/5, Adenauer Allee 4-6, 5300 Bonn-1, Tel.: 0228/207348 einen 130 Seiten starken Katalog zum Themenbereich "Gewalt-Ausländerfeindlichkeit-Rechtsradikalismus" erstellt. Die Filme zu den jeweiligen Themen werden beschrieben, mediendidaktische Hinweise geben Handrei-



chungen für den Einsatz der Filme in der politischen Bildungsarbeit und unter der Verleihrubrik sind in Kurzform diejenigen Institutionen genannt, bei denen die Titel erhältlich sind. Die Anschriften einschließlich der Telefonverbindungen sind im Anhang aufgeführt. Erfreulich ist die Einstufung der selbsternannten "Republikaner" als "neonazistische Vereinigung". A.M.

Verharmlosung

In der Reihe "Texte zur Inneren Sicherheit", Themenheft "Verfassungsschutz. -Rechtsentwicklung-Bekämpfung des Extremismus", äußert sich Prof.Dr. Hans-Helmuth Knütter (Universität Bonn) zur Frage "Die Linke und der Rechtsextremismus". Knütter (9.Mai 1934 in Stralsund geboren), Autor in "Mut", der sich in der März-Ausgabe 1991 von "Europa Vorn" (damaliger Alleinherausgeber: der neonazistische Multifunktionär Manfred Rouhs) interviewen ließ, stellt in einem "vorläufigen Fazit" fest, "daß der Rechtsextremismus in Deutschland machtlos ist." Einige Zeilen zuvor ist gar von ihm zu lesen: "Der Rechtsextremismus ist organisatorisch schwach und hat seit 1968 bei Wahlen nur minimale Erfolge erzielen können. Seine Bedeutung scheint nur in den Vorstellungen seiner Gegner zu liegen, die sich aber des rechtsextremen Schreckbildes oft nur zur Ablenkung bedienen."

Die 100 Seiten umfassende Broschüre ist beim Bundesministerium des Innern, Abteilung IS, Referat IS 7, Graurheindorfer Str.198, 5300 Bonn-1 kostenlos erhältlich. A.M.

Christoph Butterwegge

13 Legenden über den Rechts-extremismus/Rassismus

Wie sie entstehen, wer sie verbreitet und warum man an sie glaubt

Rechtsextremismus besteht nicht nur zu einem Teil aus Mythen und Legenden, die seine Protagonisten benutzen, um mehr Anhänger zu rekrutieren und "Gläubige" zu mobilisieren, sondern sie werden auch von Kritikern und Gegnern - meist ohne daß diese es merken - (re)produziert und publiziert. Besonders die folgenden Lügen und Legenden über den Rechtsextremismus hindern Menschen daran, sein wahres Wesen zu durchschauen und ihn erfolgreich zu bekämpfen:

1. Bis 1989/90 herrschte in der Bundesrepublik die Überzeugung vor, der Rechtsextremismus sei ein Problem der Vergangenheit, das sich durch die Mortalität der "Altnazis" auf natürliche Weise, "von selbst" und ohne eigenes Zutun löse: Die "Ewiggestrigen", "Unbelehrbaren" und "Hinterwäldler" stürben, meinte man, schon irgendwann aus. Somit brauchte man weder die eigene Schuld zu analysieren noch den Lebensstil der Walkman-, Yuppie- und Wohlstandsgesellschaft zu problematisieren oder sich selbst zu engagieren.

2. Da man das Phänomen, mit dem wir uns hier beschäftigen, als "Rechtsextremismus" bzw. "-radikalismus" bezeichnet, liegt eine Gleichsetzung mit dem Linksextremismus bzw. -radikalismus nahe. Entsprechend der Totalitarismustheorie als Ideologie des Kalten Krieges und westdeutscher Staatsdoktrin wurden die Rechts- mit den Linksradikalen, also kritischen Intellektuellen, demonstrierenden Studenten und RAF-Terroristen, auf dieselbe Stufe gestellt. Weil sich letztere gegen den Staatsapparat, erstere aber "nur" gegen Asylbewerber/Ausländer wandten, wurde bei Gewaltanwendung im einen Fall sofort von "überzeugten Kommunisten", im anderen Fall von "unpolitischen Tätern" bzw. "gewöhnlichen Kriminellen" gesprochen.

Faschisten und Kommunisten, National- und Realsozialisten, Stasi und Gestapo mögen bei oberflächlicher Betrachtung wie siamesische Zwillinge erscheinen. Wer sich aber wissenschaftlich mit beiden Seiten der Medaille befaßt, darf die Augen nicht vor wesentlichen Unterschieden verschließen. Der Nazismus war die Verwirklichung einer menschenfeindlichen Ideologie, zu der sich Hitler in "Mein Kampf" schon Mitte der 20er Jahre öffentlich bekannt hatte, der Stalinismus hingegen die Perversion einer seit Herausbildung des Industriekapitalismus gewachsenen humanistischen Idee. Ob jemand Leichenberge (Hitler) oder Aktenberge (Erich Honecker) hinterläßt, macht - wie Friedrich Schorlemmer zu Recht bemerkt hat - durchaus einen gravierenden Unterschied.

3. Die Unterschiedlichkeit der sozialen Herkunft von Rechts- und Linksradikalen galt als Indiz für die These, daß man es im einen Fall mit Überzeugungstätern, im anderen Fall mit von "politischen Rattenfängern" Verführten zu tun habe. Demnach immunisierte eine gute (Hoch-)Schulbildung Menschen gegen rechtsextreme Ideologie. Obwohl die humanistische Bildung höherrangiger KZ-Schergen als historischer Gegenbeweis hätte dienen können, betrachtete man Rechtsextremismus in Anlehnung an Bebels Charakterisierung des Antisemitismus als "Sozialismus der dummen Kerls", womit man die Selbststilisierung des Hitler-Faschismus zum Nationalsozialismus übernahm.

Wenn es Rechtsextremisten schon nicht an Bildung fehlt, wie die "Intellektualisierung" der Szene zeigt, dann muß - zumindest nach Meinung biederer Bürger - ihre soziale Herkunft schuld sein. Die rechte Militanz wurde als Unterschicht-Syndrom abgetan, wachsende Aggresivität auf Asozialität zurückgeführt. Allerdings belegen Umfragen nicht nur, daß sich rassistische Diskurse quer durch alle Gesellschaftsschichten ziehen, sondern auch, daß Sozialdarwinismus und Wohlstandschauvinismus (als Kernbestandteile des modernen Rechtsextremismus) gerade unter Besserverdienenden grassieren.

Das Problem darf denn auch nicht auf eine kleine Minderheit von Außenseitern und Kriminellen, Pöbel und Mob reduziert werden, sonst geraten die "Skinheads in Nadelstreifen", also viel eher für gesellschaftliche Fehlentwicklungen verantwortliche Kreise aus dem Blickfeld. Ohne die Kampagnen zur Änderung des Grundgesetzes, die Verbreitung von Wörtern wie "Scheinasylanten", "Asylantenflut" oder "Wirtschaftsflüchtlinge" und eine jahrelange Stimmungsmache in den Medien hätten sich die Neonazis nicht so weit vorgewagt.

4. Eng damit verbunden ist die Vorstellung, der Rechtsextremismus sei in erster Linie ein Jugendproblem. So sprach "DER SPIEGEL" von "Nazi-Kids". Der Irrglaube, es handele sich nur um einen handfest ausgetragenen Generationskonflikt, wurde dadurch gefördert, daß sich Jugendforscher, etwa Wilhelm Heitmeyer, schon ziemlich früh mit dem Thema beschäftigten. Zwar äußert sich Rechtsextremismus bei (männlichen) Jugendlichen in besonders spektakulärer, brutaler Weise, er ist jedoch viel älter als die nachwachsende Generation und beschränkt sich keineswegs auf diese.

Während die rechtsextremen Parteien davon profitieren, daß man Wahlentscheidungen zu ihren Gunsten als "Protestwahl" verharmlost, tituliert das Feuilleton heutzutage Skinheads und Hooligans als "soziale Protestbewegung" bzw. als "neue APO". Zwischen Gewalt und Gewalt gibt es gleichwohl gewaltige Unterschiede: Wenn 1992/93 Molotowcocktails gegen Flüchtlingswohnheime fliegen, so ist dies mit der Tatsache, daß im Frühjahr 1968 nach dem Anschlag auf Rudi Dutschke mehrere Molotowcocktails gegen das Springer-Hochhaus geschleudert wurden, nur bedingt zu vergleichen, ganz gewiß aber nicht gleichzusetzen. Während damals mti dem BILD-Verlag ein Symbol der (publizistischen und politisch-ökonomischen) Macht das Ziel war, sind jetzt wehrlose Menschen die Leidtragenden. Auch wird Provokation mit Protest verwechselt, obwohl sie nur dem Zweck dient, eine konsequentere Abwehrreaktion/Repression des Staates gegenüber Asylsuchenden zu erzwingen, wobei es sich gerade nicht um eine Rebellion gegen den Staat handelt.

5. Eine verwandte Erklärungsvariante setzt die Skinheads zwar nicht mir den "68ern" gleich, macht diese aber mit der Begründung für den Aufschwung des Rechtsextremismus verantwortlich, daß sie durch die Kulturrevolution im Gefolge der APO das demokratische Wertfundament unterminiert hätten. Selbst "Antiautoritäre" wie Claus Leggewie beklagen den Mangel an Autorität. Lehrer, die sich um mehr Toleranz, Aufklärung und Gegeninformation bemühen, sollen Mitverursacher des rechten Terrors sein. Konservative Politiker und Publizisten glauben, daß sich die Pädagogik wieder auf "alte Tugenden", etwa Gehorsam, Disziplin und Ordnung, besinnen müßte. Wenn die "Alt-68er" Mitverantwortung für die Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik tragen, dann höchstens deshalb, weil sie beim "Marsch durch die Institutionen" mehr verändert wurden, als sie diese verändert haben.

Nicht Willy Brandts Antrittsversprechen, "mehr Demokratie wagen" zu wollen, sondern die Tatsache, daß seit dem sog. Radikalenerlaß der Ministerpräsidenten und des Bundeskanzlers vom 28. Januar 1972 immer weniger Demokratie gewagt wurde, hat - zusammen mit der sozialen Polarisierung (Stichwort: "Zweidrittelgesellschaft"), Modernisierung und Individualisierung - die Rechtsentwicklung begünstigt. Die Skinheads von heute sind in den 80er Jahren aufgewachsen und sozialisiert worden, weshalb sie die "geistig-moralische Wende" der liberal-konservativen Koalition viel stärker beeinflußt haben dürfte als die "Kulturrevolution" der APO-Generation.

6. Selbst in der Fachliteratur finden sich Argumentationsmuster, mit denen neofaschistische Gewalttäter - bewußt oder ungewollt - entschuldigt, etwa zu "Opfern der Risikogesellschaft" erklärt werden. Dieser "Täterentlastung in den Sozialwissenschaften" (Birgit Rommelspacher) entspreche eine Subjektorientierung und Sensationsberichterstattung in den Massenmedien. Interessant ist aber weniger die empirisch zu beantwortende Frage, ob Skinhead-Banden aus überdurchschnittlich vielen (ehemaligen) Bettnässern, Schlüsselkindern oder Trabantenstadtbewohnern bestehen, sondern die Verbindung zwischen den gesellschaftlichen Machtstrukturen, durch welche sie zur Gewalt sozial (und physisch) Schwächeren gegenüber ermutigt, sowie dem

Selektionsmechanismus, durch den ihre Opfer identifiziert und stigmatisiert werden.

Auch die ("akzeptierende") Jugend- und Sozialarbeit gerät leicht in Gefahr, das abweichende, gewalttätige Verhalten rechtsextremer Klienten zu prämieren statt negativ zu sanktionieren und sich mehr mit den Tätern als mit den Opfern zu identifizieren. Geld gibt es noch am ehesten für Projekte zur Betreuung von Jugendlichen, die z.B. durch "Sieg heil!"-Rufe, Hakenkreuze, Reichskriegsflaggen und Übergriffe öffentliches Aufsehen erregt haben.

7. Da sich die Anschläge auf Ausländer nach der Wiedervereinigung häuften und zuerst in den fünf neuen Bundesländern zu Pogromen auswuchsen, lag es nahe, Rechtsextremismus als "Randerscheinung des Vereinigungsprozesses" (Kurt Biedenkopf) und primär als Problem der Ostdeutschen zu interpretieren. Sowenig Hoyerswerda jedoch über Nacht kam, sowenig fiel die rechtsextreme Gewalt vom Himmel; außerdem liegen Hünxe, Saarlouis und Mölln, wo mit die verabscheuungswürdigsten Mord- und Brandanschläge stattfanden, bekanntlich westlich der Elbe.

8. Indem man die Xenophobie zur "anthropologischen Konstante", den Rassismus zum universalhistorischen Phänomen und globalen Problem erklärt, wird sein Vorhandensein hier und jetzt bagatellisiert. Fremde haben jedoch im Laufe der Geschichte sowohl Furcht als auch Faszination ausgelöst, Angst genauso wie Hoffnung verbreitet, und sie wurden mal als Bereicherung, mal als Bedrohung empfunden - je nachdem, wie die Aufnahmegesellschaft ihre Gäste empfing und mit eigenen "Randgruppen" umging.

Die Wiege des modernen Rassismus stand in (West-)Europa, wohin er im Zuge des Integrationsprozesses und der Abschottung gegenüber Flüchtlingen aus dem Osten des Kontinents bzw. der sog. Dritten Welt zurückkehrt. Dies veranlaßt viele Deutsche, im Fremdenhaß ein gesamteuropäisches Phänomen zu sehen. Daß der Rechtsextremismus auch in den meisten Nachbarländern existiert, darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen oder -trösten, daß er in der Bundesrepublik mit ihren preußisch-deutschen, obrigkeitsstaatlichen Traditionen besonders aggressiv, militant und organisiert auftritt.

9. Wenn Rechtsextremismus als Rudiment einer unaufgeklärten Zeit, Rassismus als "Sündenbock"-Mechanismus, als Ressentiment einzelner Individuen oder als Reaktion auf vermehrte Zuwanderung gedeutet wird, stellt sich die Frage, ob Ausländer/innen, Flüchtlinge und Arbeitsmigranten zu Recht oder Unrecht als Blitzableiter für die aus Frustration geborene Aggression dienen. Eine weitverbreitete Legende besagt, daß im Grunde nicht die Gewalttäter, sondern deren Opfer für das Wiedererstarken des Rechtsextremismus verantwortlich seien, und zwar unabhängig davon, wie sie sich verhalten: Entweder gibt es zuviele Ausländer, wie in Westdeutschland, wo angeblich die Belastungsgrenzen für die Einheimischen überschritten wurden, oder es gibt/gab zuwenig Ausländer, wie in Ostdeutschland/der DDR, wo sich die Einheimischen nicht an Fremde gewöhnen konnten. So ist die Aufnahmegesellschaft entlastet und nicht gezwungen, sich oder das Verhalten ihrer Mitglieder zu verändern. Alle Vorurteile haben jedoch eine materielle Basis, wie sich zum Beispiel daran erkennen läßt, daß mit ihrer Verbreitung meistenteils bestimmte Vorurteile (gewisse Privilegien, bevorzugter Rückgriff auf Rechte und Ressourcen) für die Träger derselben verbunden sind.

10. Rechtsextremisten und Neonazis behaupten, ihre Aversion richte sich gar nicht gegen Ausländer ganz allgemein (was ein Körnchen Wahrheit enthält, denkt man an Schweizer Bankiers oder japanische High-Tech-Experten, die willkommen sind), sondern "nur" gegen Asylbetrüger, die unser Sozialsystem mißbräuchlich in Anspruch nähmen und zu ruinieren drohten. Tatsächlich stehen hauptsächlich solche Minderheiten im Kreuzfeuer der Kritik, die "uns auf der Tasche liegen" und - wegen des Arbeitsverbotes für Asylsuchende oder aus anderen Gründen - ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten können. Gleichzeitig bilden sie jedoch das schwächste Glied in einer Kette mißliebiger Personengruppen, die sehr viel länger ist und letztlich Demokraten, Verteidiger von Menschen- und Bürgerrechten sowie Gewerkschafter umfaßt. Daß Rechtsextremismus mehr Abneigung gegen Ausländer und "Ausländerfeindlichkeit" daher ein mißverständlicher Begriff ist, zeigt auch der Umstand, daß die meisten Todesopfer des Neonaziterrors im letzten Jahr (deutsche) Obdachlose waren.

11. Viele Gegner des Rechtsextremismus/Rassismus suchen Fremdenfeindlichkeit dadurch zu verringern, daß sie die Notwendigkeit oder Nützlichkeit ausländischer Mitbürger für "unsere Volkswirtschaft" belegen. Per Rechenexempel soll den (potentiellen) Rassisten einsichtig gemacht werden, daß wir mehrere hunderttausend Einwanderer pro Jahr brauchen, weil Deutschland ohne sie auf Dauer nicht lebens- und seine Industrie auf dem Weltmarkt nicht länger konkurrenzfähig wäre.

So gut gemeint dieser Ansatz sein mag, er wirkt kontraproduktiv, weil Teufel mit Beelzebub ausgetrieben wird. Rassistischem Denken liegt nämlich dasselbe Kosten-Nutzen-Kalkül zugrunde: Hier werden Menschen in erster Linie nach ihrer Leistungsfähigkeit beurteilt, und das heißt, sie in dem Moment auszugrenzen, sobald sie dieses Kriterium nicht (mehr) erfüllen.

12. Brandstifter, Mordbrenner und Messerstecher müssen härter als bisher bestraft werden, das Problem ist aber durch Verschärfung der Gesetze, mehr Polizei und Verfassungsschutzbehörden genausowenig zu lösen wie durch mehr Sozialarbeiterstellen. Eine verstärkte Jugendarbeit kann zwar zur Entspannung der Situation beitragen, grundlegende Verbesserungen sind aber nur möglich, wenn demokratische und soziale Reformen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verändern. Dringend nötig ist eine aktive Beschäftigungs-, Wohnungsbau- und Sozialpolitik, die den Betroffenen ihre Ängste vor sozialem Abstieg, Arbeitslosigkeit und Armut nehmen könnte, auch wenn der Rechtsextremismus nicht allein durch Schaffung von Stellen und Bereitstellung preiswerter Mietwohnungen wieder aus der Welt zu schaffen ist.

13. Gegenwärtig besteht die wohl gefährlichste Legende in der Behauptung, nun sei alles ausgestanden, d.h. in der Beruhigung und in der vorzeitigen Entwarnung. Weil sich die Lage nach Mölln, nach den Lichterketten sowie anderen Protestaktionen gegen Ausländerfeindlichkeit und Gewalt scheinbar normalisiert hat, wird so getan, als sei "der Spuk vorüber". In Wahrheit hat man sich längst an rechtsextreme Politikmuster und Programmpunkte gewöhnt, die nur bei weitem nicht mehr so spektakulär wie zu Beginn der Pogromwelle sind und von den Massenmedien kaum noch thematisiert werden. Unter der Oberfläche wirken rechtsextreme Ideologien, Organisationen und Gewalttäter weiter - womöglich viel erfolgreicher, als dies früher überhaupt denkbar war.

Der Rechtsextremismus/Rassismus ist nicht am Ende, steht vielmehr dann erst am Anfang, wenn sich durch die verstärkte Konkurrenz im EG-Binnenmarkt bzw. Europäischen Wirtschaftsraum seine politischen Wirkungsbedingungen verbessern. Entscheidend dürfte daher in nächster Zukunft sein, ob die Integration Europas besser gelingt als die deutsche Wiedervereinigung, ob dabei die Kardinalfehler sozialer Deklassierung, demokratischer Legitimationsdefizite und der Ausgrenzung einzelner Völker bzw. Volksgruppen vermieden werden.

Faschistisches Regierungsprogramm

Hamburg. Wie der Tag X nach einem Wahlsieg von Rechtsextremisten aussehen könnte, ist in den monatlich erscheinenden "Staatsbriefen" (4.Jg.) nachzulesen. **Reinhold Oberlercher** (1943 in Dresden geboren), Ex-SDS-Aktivist und heute Theoretiker der Neuen Rechten, hat in der Nr. 1/1993 einen "Entwurf eines Hundert-Tage-Programms der Nationalen Notstandsregierung in Deutschland" vorgelegt. Einleitend schreibt Oberlercher in seinem 4-seitigen Horrorszenario: "Die Machtergreifung des nationalen Lagers in Deutschland wird zu einer Regierung des nationalen Notstands führen, die in kürzester Zeit das deutsche Volk von den gröbsten Übeln zu befreien hat. Die Veröffentlichung des Regierungsprogramms dieser Notstandsregierung ist als Wortergreifung des nationalen Schattenkabinetts einer der Schritte zur Machtergreifung des nationalen Lagers. Die Notstandsregierung wird in den ersten 100 Tagen kraftvolle Maßnahmen ergreifen und folgende öffentlichen Dienste dem deutschen Volke erweisen." Zu diesen "Diensten" zählen u.a. die "Beendigung der Ausländerbeschäftigung", der "Ausschluß ausländischer Arbeitnehmer aus der Arbeitslosenversicherung", die "Ausweisung aller arbeitslos gewordenen Ausländer", das "Verbot des Straßentransits für ausländische PKWs und LKWs", die "Pflicht in Deutschland lebender Ausländer, grundsätzlich öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen", der "Biotopschutz des deutschen Volkes in seiner Eigennatur und in seiner Umweltnatur", die "Brechung der Gesetzesherrschaft durch Wiedereinsetzung der Deutschen in ihr Recht", die "Wiederherstellung von Krieg und Frieden als völkerrechtlicher Begriffe wie als außenpolitischer Realitäten" sowie -selbstredend- die "Wiedereinsetzung des Deutschen Reiches". A.M.

Hartmut Power

Antifaschistische Aktion:

Nach den Lichterketten gegen die Zentren der Faschisten vorgehen.

Hinter dem Transparent "Gegen die faschistischen Zentren vorgehen. Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands!" nahmen am 20. März 1993 ca. 2000 Menschen an einer Demonstration gegen das Schulungszentrum des NPD-Funktionärs **Hans-Michael Fiedler** in Adelebsen teil. Die Polizei hatte das Gebäude mit einigen Hundertschaften abgesichert, Presse, verschiedene TV-Anstalten, der Göttinger Polizeichef Otto Knoke und Staatsanwalt Heimgärtner waren vor Ort. Die gemeinsame Aktion von Antifa(M), Grünen, Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, Antifa-Jugendfront, Jugend gegen Rassismus, Göttinger BürgerInnen und Bürger gegen Rechtsextremismus und Gewalt und VVN-lern kann als gelungen betrachtet werden.

Mit der Störung einer Wintersonnenwendfeier in Conneforde im Dezember 1992 und der Demonstration gegen das Faschisten-Zentrum in Mainz/Gonsenheim am 17. April 1993 haben Menschen, die sich das freche Auftreten der Neo-Faschisten nicht länger bieten lassen wollen, zum wiederholten Male gezeigt, daß die "Lichterketten-Aktionen" sinnvoll weitergeführt werden können. Die ungewöhnlich breiten Bündnisse lassen für zukünftige Aktionen, besonders im Wahljahr 1994, auf Gegenwehr gegen faschistisches Auftreten hoffen.

Der Staat und seine "Rechtsextremisten"

Von staatlicher Seite darf nicht viel Unterstützung im Kampf gegen Neo-Faschisten erwartet werden, auch wenn gewiefte Exponenten wie der niedersächsische Innenminister Glogowski(SPD) die Waffen gegen rechts schärfen wollen. Für seinen Untergebenen, den Sachbearbeiter im niedersächsischen Verfassungsschutz (VS) Hans-Rüdiger Hesse, ist Hans Michael Fiedler z.B. ein ganz schlimmer Rechtsextremist, gegen den im Augenblick kein Straftatsvorwurf zu machen sei. Dennoch sammelt der VS weiter Material und beobachtet, daß in den Versammlungen der NPD extrem ausländerfeindliche Parolen geäußert werden. Mehr nicht! Seit 1975 hat der niedersächsische VS "Agenten" im harten Kern der NSDAP/Aufbauorganisation, die sich -wie der Fall Gottwald aus Oldenburg gezeigt hat- aktiv beim Aufbau internationaler Strukturen der Neo-Faschisten beteiligt haben. Seit 18 Jahren sind dem VS diese Strukturen wohl bekannt. Da sollte mehr herauskommen als eine erfolglose Datensammelleidenschaft, die kürzlich im Fall der "Republikaner" so wenig bewirkt hat. Hier werden letztlich Aktivitäten vorgetäuscht, die in Wirklichkeit nicht gegen die Neo-Faschisten gerichtet sein können. Im Gegenteil, es gibt deutliche Anzeichen, daß sowohl die Polizei (Rostock) als auch der VS mit den "schlimmen Rechtsextremisten" paktieren. Wer der Öffentlichkeit ständig "Waffenfunde" präsentiert und bis auf einige schwammige Verbotsverfügungen gegen untergeordnete Organisationen nichts zustande bringt, macht sich unglaubwürdig. Bei Linken reichte schon das Mitführen einer Lackspraydose aus, um gegen sie nach 129a zu ermitteln. Solchermaßen verdächtigte Personen konnten sich einer intensiven Beschattung mittels ziviler Polizeikräfte sicher sein, ein Ansammeln von Waffen und dergleichen war da ohne Duldung der Polizei nicht mehr möglich. Das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg hat dem VS und dem Innenministerium verboten, die Göttinger Schüler- und Studentenunion Ostpreußen (SUO) als "rechtsextremistischen Zirkel" zu bezeichnen. Ihr Anführer Fiedler dankt es. In einem "Bevölkerungsflugblatt" an die BürgerInnen von Adelebsen gerichtet, kann Fiedler dann behaupten, daß ihm noch nie ein Vorwurf von seiten der Polizei gemacht worden sei. Im Falle der Demonstration am 20. März hatte es die Polizei sogar besonders eilig, Herrn Fiedler zu warnen. Bevor überhaupt eine öffentliche Bekanntmachung der Demonstrationsabsicht herauskam, suchte das Landeskriminalamt H.M. Fiedler auf. Schon einen Tag nach dem Hinweis vom Landeskriminalamt am 15. Februar sandte Fiedler ein Rundschreiben an seine Gesinnungsfreunde. Darin wies er auf eine "Demo vor unserem Adelebser Hause" hin. "Mindestens für Freitag, 19.3. bis Montag, 21.3. brauchen wir 5-6 handfeste und überlegte Kameraden ständig im Hause, die den Studienleiter unterstützen" forderte Fiedler seine jugendlichen Parteifreunde auf und weiter "Sie sollten volljährig und möglichst ledig sein und sich des Risikos bewußt sein". Die Kosten dafür, daß der "Studienleiter" nicht "allein auf Posten steht" übernahm selbstredend der Solidaritätsfonds des Studentenbunds Schlesien (SBS). Fiedler mochte seinen Zöglingen wie dem Landesvorsitzenden der Jungen Nationaldemokraten(JN) und dem Mitglied des Bundesvorstandes des SBS **Holger Apfel** nicht trauen, vorsorglich bestellte er sich den Personenschutz bei der Polizei.

Gegen die Mär von der jugendlichen Orientierungslosigkeit: Der Werdegang des sozialistischen Vordenkers Hans-Jürgen Krahl und seines Schulkameraden, des unverbesserlichen Faschisten H.M. Fiedler.

Aufgewachsen ist Fiedler in den finsteren Niederungen Niedersachsens. Sein früherer Weggefährte war der spätere Chefdenker der 68-er Generation Hans Jürgen Krahl. Der Sprecher des SDS machte in einem Prozeß, in dem er zusammen mit Günther Amendt und K.D. Wolff unter anderem wegen Rädelsführerei angeklagt war, weil er gegen die Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1968 an den Präsidenten der Republik L.S. Senghor protestiert hatte, ausführliche Angaben zur Person. Krahl entwarf eine kurze Skizze des ideologischen Hintergrunds, vor dem auch sein Schulkamerad Hans Michael Fiedler heranwuchs:"In Niedersachsen, jedenfalls in den Teilen, aus denen ich komme, herrscht noch zum starken Teil das, was man als Ideologie der Erde bezeichnen kann, und so habe ich mich, als ich meinen politischen Bildungsprozeß durchmachte, zunächst nicht anders als im Bezugsrahmen der Deutschen Partei bis zur Welfenpartei bewegen können. Ich konnte mir nicht einmal die Ideologien erarbeiten, die Liberalität und Parlamentarismus bedeuten - wenn man bedenkt, daß die Dörfer, in denen ich aufgewachsen bin, jene Nicht-Öffentlichkeit noch pflegen in ihren Zusammenkünften, die an die Rituale mittelalterlicher Hexenprozesse erinnern. Wenn man davon ausgeht, daß heute noch in vielen Teilen der Bundesrepublik, vom bayerischen Wald bis zur niedersächsischen Heide, finsterste Ideologien der Mystik stattfinden, so war es sehr verständlich, daß mich mein Bildungsprozeß zunächst einmal in den Ludendorffbund trieb, so daß ich begriffliches Denken nicht anders als aus der Mystik Meister Eckharts und Roswithas von Gandersheim erfahren habe, d.h. Ideologien, die, wenn man sie marxistisch interpretieren will, sicherlich ausgelegt werden können im



2000 AntifaschistInnen demonstrieren gegen die NPD-Zentrale des H.M.Fiedler in Adelebsen. Trotz ausdrücklicher Versicherung ,daß friedlich demonstriert werde , wurde ein massives Polizeiaufgebot präsentiert. Foto: Powerpress

Sinne eines utopischen Denkens, wie es Ernst Bloch getan hat, die aber, wenn man sie aus dem Erfahrungszusammenhang der herrschenden Klasse rezipiert, finsterste Unmündigkeit reproduzieren." Krahl machte sich auf einen Weg, dessen Ziel mit dem Wort Emanzipation am besten beschrieben ist. Hans Michael Fiedler hingegen verstrickte sich immer tiefer in das reaktionäre Netz, bis er schließlich selber zum Multiplikator faschistischen Gedankenguts avancierte. Krahl wurde der Produzent linker Theorie, operierte mit dem "Klassenkampfmodell". Fiedler hüpfte von monarchischen Ideen über die krude Gedankenwelt der Ludendorffer in das muffige Bett der NPD und in das völkisch rassistische Kasseler Thule-Seminar. Fiedlers Weg ist über Jahre hinweg in seiner Postille MISSUS dokumentiert. Der Name Missus, der an den "Königsboten" erinnern soll, stammt laut Fiedler von Krahl. Heute ist Fiedler zum Schriftleiter des "Niedersachsenspiegels" der NPD aufgestiegen und darf sich stv. Landesvorsitzender nennen. Seinen ehemaligen Klassenkameraden beschimpfte er nach dessen Tod 1970 in einem Missus-Nachruf als "pervers".

Ein Mittler zwischen Altnazis und neofaschistischen Terroristen

In der Funktion als stv. NPD-Vorsitzender von Niedersachsen und "Studienleiter" organisiert Fiedler die neofaschistische Szene. Im "Niedersachsenspiegel" bringt er die hausbackenen Alt-Nazis mit den Repräsentanten des militanten Flügels zusammen. So wie er selber früher von dem Ludendorffer **Albert Wolff** an die verschiedenen rechten Zirkel herangeführt wurde, bringt er heute den Nachwuchs via Publikationsorgane zum Führungskader. Im Niedersachsenspiegel hat der Wiking-Jugend-funktionär **Frank Rennicke** genauso seinen Platz wie der frühere Kamerad aus der gemeinsamen Zeit beim Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) und das heutige Mitglied der verbotenen Nationalistischen Front (NF), der Nazi-Anwalt **Jürgen Rieger**. Dem Pack um Christian Worch zeigte Fiedler in den Nachrichten des Studentenbundes Schlesien (SBS), wie Anti-Antifa-Arbeit auszusehen hat. Wenn er in der Ausgabe Nr. 4/1992 des Niedersachsenspiegels die Reinhaltung des Genpools einklagt, kommt das bei seinen Partei-Freunden aus Mölln einer Aufforderung gleich, Wohnheime anzuzünden und Menschen umzubringen. Der JN-ler Holger Apfel spricht auf einem Treffen des inzwischen verbotenen Deutschen Kameradschaftsbundes (DKB) am 31.10.1992 in Petersfehn bei Oldenburg. Apfel gehörte zu den wenigen "Kameraden", die Fiedler am 20. März während der "Antifaschistischen Aktion" schützten. Die ideologischen Grundlagen der NPD fördern den Terrorismus in der politischen Praxis. Fiedler schreibt und seine Zöglinge bomben, mitunter auch sich selbst in die Luft, wie Ingo Kretschmann 1987.

"Studienleiter" ist nur eine euphemistische Umschreibung für jemanden, der junge Menschen systematisch aufhetzt und sich geschickt hinter Interessen von "Vertriebenen" verbirgt, weil er so leichter an öffentliche Geldmittel gelangt. Fiedler versteht sein politisches Geschäft. Mal spielt er den aufsässigen Bauernanführer **"Florian Geyer"**, mal den Ethnopluralisten **"Michael Braga"** oder den zutiefst schnulzigen Blut- und Boden-Dichter **"Orpheus"**. Hinter seiner lyrischen Kampfmetaphorik würde Klaus Theweleit leicht die Männerphantasien des "soldatischen Mannes" erkennen, der sich sein Leben lang nicht von seiner Mutter abnabeln konnte und deshalb ständig Dämme baut, weil er sein schwaches Ich stützen muß. Psychoanalytische Erklärungsansätze vermögen über die Ichstrukturen einzelner etwas auszusagen, auf dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher Entwicklung wird jedoch deutlich, daß autoritäre Lösungsansätze für die augenblickliche Krisensituation mit neofaschistischer Schützenhilfe von allen bürgerlichen Parteien durchgesetzt werden sollen. Dem muß mit emanzipatorischen Forderungen und Handlungen begegnet werden. Schon darum ist ein öffentlichkeitswirksames Vorgehen gegen neofaschistische Zentren erforderlich. ◪

Horst Freires

Machtprobe in der DVU

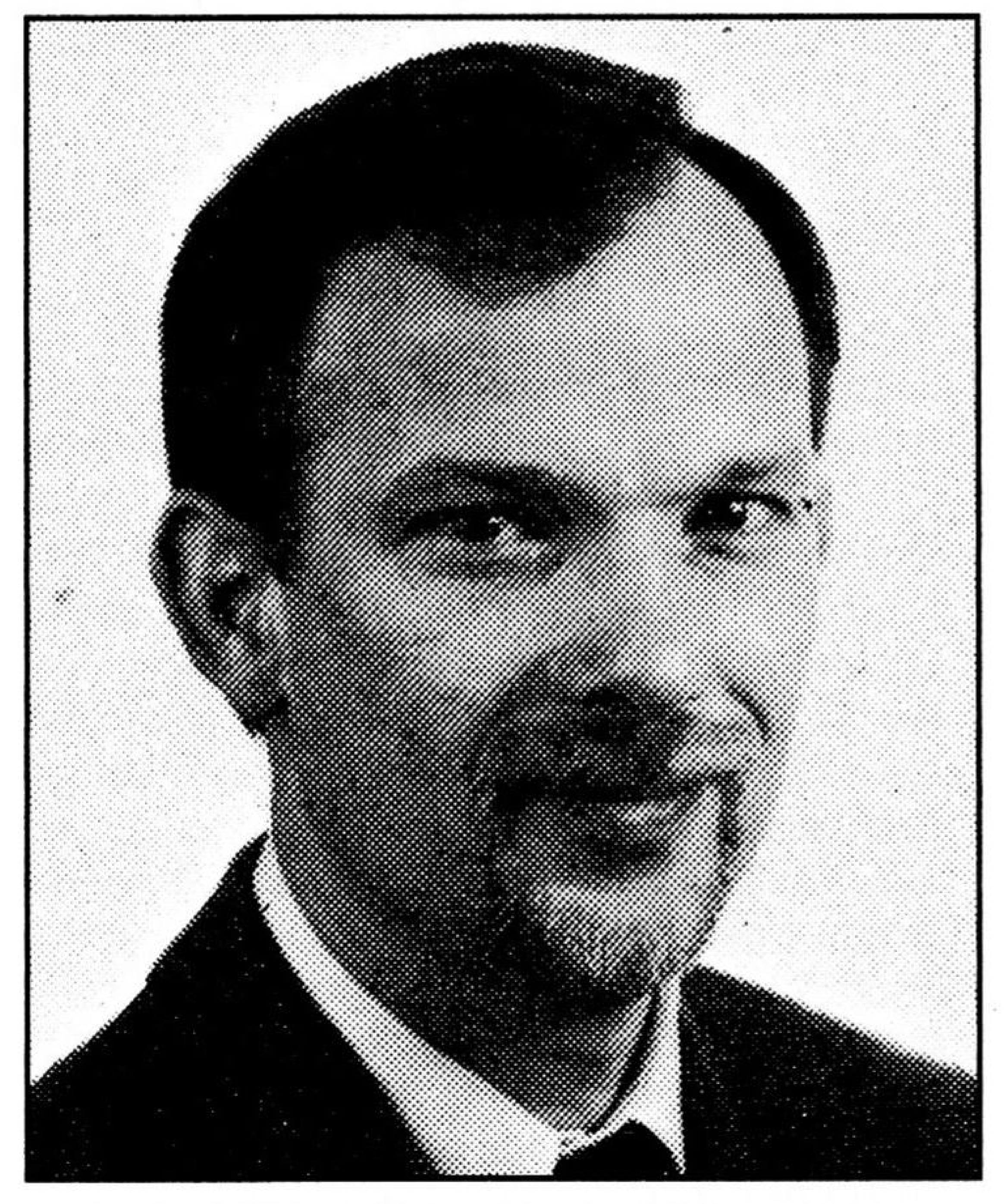
Ein handfester Streit hat sich zwischen der DVU-Parteizentrale in München und dem schleswig-holsteinischen DVU-Fraktionschef Ingo Stawitz (42) aus Uetersen entwickelt. Wie Parteichef Gerhard Frey mit seinen Parteisoldaten umspringt, wenn diese ihm zu mächtig werden, dies mußte jetzt der in Australien geborene Stawitz erfahren. Vom Posten des Landesvorsitzenden hat Frey ihn im nördlichsten Bundesland bereits entmachtet, nun bemüht er gar ein Parteiausschlußverfahren gegen den Wortführer der Rechtsextremisten im Kieler Landtag.

Frey wirft Stawitz parteischädigendes Verhalten vor. Konkret moniert der Millionär aus München, daß Stawitz NS-verherrlichende Aussagen gemacht haben soll. Korruption, einseitige Bereicherungen, Geldverschwendung und unnötigen Luxus - so die weiteren Anschuldigungen, die Frey in seiner "Deutschen Wochenzeitung" jetzt auflistete.

Stawitz könnte das gleiche Schicksal drohen wie dem damaligen Bremer DVU-Abgeordneten Hans Altermann. Erst hatte Frey ihn mit seinen Millionen im Wahlkampf praktisch aus dem Nichts hervorgezaubert, um sich dann im Streit von ihm abzuwenden. Auch Stawitz war vor der Wahl im April 1992 ein politischer Nobody, der jetzt selbstbewußt verkündete: "Ich tanze nicht nach deren Pfeife". Die DVU-Landtagsfraktion in Kiel steht nach eigenem Bekunden hinter Stawitz. Ein Ausschluß aus der Partei erscheint daher eher unwahrscheinlich, wie **Helmut Thienemann** (46) - langjähriger NPDler - aus Plön andeutete, denn im Landesschiedsgericht, das darüber zunächst zu befinden habe, würden die Stimmen aus der DVU-Fraktion überwiegen. Bei einem Parteiausschluß von Stawitz hätte die DVU-Fraktion im Kieler Landeshaus noch fünf Parlamentarier - einen mehr als für die Erlangung des Fraktionsstatus erforderlich. In der Bremer Bürgerschaft haben die Ultrarechten aus der DVU nach Kontroversen mit der Münchner (Frey'schen) Parteizentrale bereits ihren Fraktionsstatus mit allen dazugehörenden Rechten und Vergünstigungen eingebüßt.

Frey ärgerte sich über Stawitz besonders über dessen Personalpolitik in der Fraktion. Freys Gefolgsmann **Heinrich Gerlach**, der das sogenannte Referat für Kommunalpolitik besetzt hat, kam in letzter Zeit nicht mehr wie in den ersten DVU-Tagen in Kiel zum Zuge. Gerlach, rechte Hand Freys, war Vorsitzender der Jungen Nationaldemokraten in Nordrhein-Westfalen sowie später dort auch kurze Zeit NPD-Landesvorsitzender. 1979 wurde er wegen Meineids verurteilt. Er machte bei einem Prozeß in Göttingen Falschaussagen, um einen Gesinnungsgenossen zu decken.

Er zählte zur "Harting-Bande" um den Neonazi Karl-Heinz Harting, die im Februar 1978 Literaturlesungen mit dem jüdischen Schriftsteller Edgar Hilsenrath durch gewalttätiges Einschreiten zum Platzes brachte. Dabei handelte es sich um eine Gruppe von militanten



Ingo Stawitz

Neonazis aus dem Umfeld der Jungen Nationaldemokraten, der NPD-Jugendorganisation. Schon 1974 kümmerte Gerlach sich als Jurastudent in Bochum um den Aufbau eines "Nationaldemokratischen Hochschulbundes". Zitat Gerlach: Viermal standen die Türken vor Wien, viermal hat sich das deutsche Volk gegen diesen Türkenansturm gewehrt - heute sind sie mitten unter uns. Deutschland, speziell Westeuropa soll zersetzt werden von negriden und asiatischen Menschentypen und Menschenrassen. Weiteres Zitat Gerlach: Es ist nun endlich an der Zeit, daß die roten Ratten zurück in ihre Löcher getrieben werden. Es ist an der Zeit, daß der marxistische Bazillus mit Stumpf und Stiel - ohne Rücksicht auf Verluste aus unserem Land ausgerottet wird.

Gerlach trat mit dem DVU-Erfolg in Bremen wieder zurück ins politische Rampenlicht. Dort leistete er wie im vergangenen Jahr auch an der Kieler Förde viel Arbeit hinter den DVU-Parteikulissen, um im Parlament gut auszusehen.

Beobachter in Kiel vermuten, daß der aktuelle Streit nicht nur um Macht, sondern auch um Geld geht. Von den im Wahlkampf eingesetzten 2,1 Millionen Mark durch Frey erhielt man nur 675.000 Mark an Wahlkampfkostenerstattung zurückgezahlt. Im vergangenen Jahr war das Protokoll einer DVU-Fraktionssitzung publik geworden, woraus hervorging, daß ein Vertreter von Frey in der Sitzung bereits die Schaltung von Anzeigen aus Fraktionsmitteln in den Frey-Zeitungen (Dt. Wochenzeitung/ Nationalzeitung) angemahnt hatte. Zahlungen aus Fraktionskassen an Parteizentralen verbietet allerdings das Gesetz.

Andreas Speit

Der Zeitgeist tickt

Sozialdarwinismus im 'neuen' Gewande

Während 'ganz Deutschland' erschüttert ist, über die Vorfälle gegen Ausländer (wie Rassismus momentan mehrheitlich im Neudeutschen benannt wird) und sich mit Lichterketten in ein ausländerfreundliches Licht rücken möchte, ist zu befürchten, daß die hierbei von den PolitikerInnen, JournalistInnen und den Menschen auf der Straße kundgetanen Sorgen, Ängste und Betroffenheiten, den direkt Betroffenen genauso wenig helfen wird, wie die zuvor geäußerten Betroffenheiten.

Insbesondere dann nicht, wenn bestimmte sog. Randgruppen wie z.B. Behinderte, welche vom staatlichen, institutionellen, sog. wissenschaftlichen und alltäglichen Rassismus schon seit über 80 Jahren in Deutschland ins Visier genommen wurden, aber bis heute kaum erwähnt werden. Wenn es um den Themenkomplex Rassismus geht, werden sie meistens nicht einmal benannt. Das im Rassismus Behindertenfeindlichkeit/der Gedanke der 'Euthanasie'(0) immer innewohnt, beides einander bedingt, wird bei dem momentanen Antirassismusdiskurs wenig beachtet. Ebenso wird kaum berücksichtigt, daß diese Elemente des Rassismus-nach-Innen als bevölkerungspolitisches Mittel in der Gesundheits- und Sozialpolitik gerade in konjunkturschwachen Zeiten zum tragen kommen könnte, bzw. in der deutschen Geschichte schon mehrmals zum tragenden Element der Gesundheits- und Sozialpolitik geworden ist. Auch heute haben sie wieder massiven Einfluß auf die Gesundheits-/Sozialpolitik (siehe z.B. Gesundheitsreform, Eugenik/Euthanasiediskurs).

Dies ist eigentlich um so verwunderlich, da sich bereits in den Ausläufern der 68er Bewegung mit dieser Thematik beschäftigt wurde und Mitte der 80er Jahre mehrere wissenschaftliche Studien, Analysen, Veröffentlichungen intensiv mit den Verquickungen, Wechselfunktionen zwischen Rassismus, Eugenik und 'Euthanasie' auseinandersetzten. Es sei in diesem Zusammenhang nur an die Veröffentlichungen von Karl Heinz Roth, Götz Aly, Suzanne Heim, Georg Feuser, Wolfgang Jantzen, Nati Radtke, Udo Sierck und dem Spektrum des Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) erinnert, um nur ein paar zu benennen(1).

Doch bis heute spiegeln sich die einzelnen Erkenntnisse nur punktuell, wenn überhaupt, in der antifaschistischen und antirassistischen Bewegung wieder. Allein beim Betrachten von Antifazeitungen oder -broschüren wird dies, fast egal aus welchem Spektrum, sichtbar. Behindertenpolitik wird größtenteils nicht als antirassistisches, antifaschistisches 'Handlungsfeld' gesehen, oftmals nur als ein 'Nebenschauplatz'(2). Dies ist um so erschreckender, da auf diesem 'Nebenschauplatz' im 3. Reich über 120.000 Menschen unter dem Deckmantel der 'Euthanasie' getötet wurden und mindestens 400.000 Menschen zwangssterilisiert wurden. Ein biologistisches rassistisches Welt- und Menschenbild bildeten das Fundament mit, auf welchem im 3. Reich diese 'Gesundheits- und Sozialpolitischen Maßnahmen' umgesetzt werden konnten. Jenes Welt- und Menschenbild erlangte schon in den 20er und 30er Jahren mit Hilfe von Persönlichkeiten aus den Wissenschaften, der Wohlfahrtspflege und den Sozialwissenschaften eine kulturelle Hegemonie. Betrachten wir die Entwicklungen in den letzten Jahren, z.B. die 'neue Euthanasiediskussion' und die Geschehnisse in den letzten Monaten, stellt sich die Frage, inwieweit sich heute ein biologistisch-rassistisch reduziertes Menschenbild wieder manifestiert hat und auf dem Vormarsch ist.



Laut Karl Kinke, Landesbehindertenbeauftragter in Niedersachsen häufen sich die Klagen von Eltern, daß ihre behinderten Kinder von Klassenfahrten ausgeschlossen werden. Gleichzeitig mehren sich die Berichte von Behinderten, die immer häufiger auf offener Straße beschimpft, bespuckt und geschlagen werden. Im Oktober '92 begann ein behinderter Mann in Großburgwedel 'Selbstmord', da er die täglichen Beschimpfungen, Diskriminierungen und Angriffe nicht mehr aushielt und für sich, für Behinderte keinen Platz, keine Zukunft mehr sah. Es sei dahingestellt, inwieweit hier von 'Selbstmord' geredet werden kann. Solche 'Highlights' beachten die Medien sogar für einen kurzen Moment. Das einen Monat zuvor ein Flensburger Amtsrichter einer Klage von einem Ehepaar stattgab, die von ihrem Reiseunternehmer 10% Preisminderung forderten, da sie sich im Urlaub in ihrem Wohlempfinden durch eine Gruppe von 10 schwerbehinderten Rollstuhlfahrern stark beeinträchtigt fühlten, wurde kaum in den Medien erwähnt. Auch das im selben Monat in Stendal vier Neonazis eine Lernbehindertenklasse überfielen und dabei mehrere Schüler und Schülerinnen schlugen, und zwei behinderte junge Frauen dabei so schwer verletzt wurden, daß sie ins Krankenhaus mußten, war kaum eine Meldung wert.

Neben den staatlichen, institutionellen und sog. wissenschaftlichen/therapeutischen Angriffen auf das Leben Behinderter, über die kaum in den Medien berichtet wird, ist zu befürchten, daß diese Geschehnisse nicht einmal die 'Spitze des Eisberges' darstellen, sondern nur ein Teil dessen. Alleine schon diese Entwicklungen zeigen deutlich wie notwendig eine Auseinandersetzung mit diesem Themenkomplex für die antirassistische und antifaschistische Bewegung ist. Auch gerade verbunden mit der Frage, was für ein Menschenbild 'propagiert' wird, welchen Platz haben Behinderte bei uns.

Anmerkungen:

(0) (gr. leichter Tot) Unter diesem Namen verbarg sich die industrielle planmäßige Massenvernichtung von sog. 'unwerten Lebens' im 3. Reich

(1) Z.B. 'Das Risiko nicht behinderte Eltern zu bekommen' von Udo Sierck; Beiträge von Karl Heinz Roth in 'Der Griff nach der Bevölkerung, Hrsg. Heidrun Kaupen-Haas; oder in 'Beiträgen zur Nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik'; Wolfgang Jantzen in 'Lebensrecht und Menschenwürde', Hrsg. George Herrmann, Klaus von Lüpke; und in 'Aussonderungs-Sterilisierung-Liquidierung', Martin Rudidnick; Ernst Klee 'Durch Zyankali erlöst'; DISS-Texte Nr. 13; Nr. 14; Nr. 17 bis Nr. 20

(2) Hierbei sind nicht die Arbeiten berücksichtigt, die sich mit der Geschichte der 'Euthanasie' im allgemeinen und der T4 Aktion beschäftigen. Da meistens nur am Rande Bezüge zum heutigen Eugenikdiskurs und Antirassismus/Rassismus angedeutet werden. Sie spiegeln sich deshalb auch kaum in der momentanen Auseinandersetzung wieder. Aber auch bei den gesamten Diskussionen um 'neue Armut'/Umverteilung, Gesundheits- und Sozialpolitik werden diese Momente (Rassismus-nach-Innen) fast vergessen. Sieht z.B. Gewerkschaftspapiere zu diesem Thema

Die Krüppelbewegung

Ein Interview mit Udo Sierck

Manch eine/einen wird es wundern, etwas über "Behindertenpolitik" in einer antifaschistischen Zeitung zu lesen. Dies ist leider nicht verwunderlich. Denn es ist zwar in den letzten Monaten viel über "Rassismus" geschrieben worden, doch ein entscheidendes Moment des "Rassismus nach Innen" spielte dabei so gut wie keine Rolle: der Rassismus als bevölkerungspolitisches Mittel in der Gesundheits- und Sozialpolitik.
Dabei war dies im 3. Reich mit das Fundament, auf welchem über 120.000 Menschen unter dem Deckmantel der "Euthanasie" getötet und mindestens 400.000 Menschen zwangsterilisiert wurden. Zuvor hatte ein biologistisches Menschenbild mit Hilfe von Persönlichkeiten aus der Wissenschaft, der Wohlfahrtspflege und den Sozialwissenschaften in den 20er und 30er Jahren eine kulturelle Hegemonie erlangt. Bis heute wird sich kaum in der antifaschistischen Bewegung unter diesen Gesichtspunkten mit der Euthanasie/Eugenik in der Weimarer Republik, im 3. Reich und der heutigen Bundesrepublik auseinandergesetzt.

Sp: *Lieber Udo, ich möchte unser Gespräch in zwei grobe Themenblöcke unterteilen. In dem ersten sollte der "neue Euthanasiediskurs" beleuchtet werden und im zweiten sollte der Frage nachgegangen werden, weshalb in der antifaschistischen Bewegung diese Euthanasiediskussion kaum beachtet wird. Weshalb dieser Diskurs nicht in den Kontext des "Rassismus nach Innen" gestellt wird. Wo würdest Du den Beginn für den "neuen Euthanasiediskurs" sehen?*

Si: Die Euthanasiediskussion ist in der Bundesrepublik schon lange im Gange. Seit mindestens 1980 läuft diese Auseinandersetzung natürlich nicht in der Form, wie wir sie heute mit Peter Singer und Atrott von der "Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben" (DGHS) erleben. Aber schon vor 10 bis 12 Jahren ging es in Zeitungsmeldungen darum, daß Neugeborene mit schweren Behinderungen sterben sollten. Die Meldungen in der deutschen Presse berichteten zwar überwiegend über Fälle aus dem europäischen Ausland, die Botschaft war aber für die Leser und Leserinnen deutlich, nämlich, daß Behinderte nicht in der Lage sind, ein glückliches Leben zu führen. Unabhängig davon steht die "Lebensunwertdiskussion" und das Denken von "unwertem Leben" in einer Tradition, die in der Bundesrepublik seit 80 Jahren nicht gebrochen ist.

Sp: *Peter Singer versucht sich zum Faschismus im 3. Reich dadurch abzugrenzen, daß er sagt, daß "wenn die Euthanasie aus irgend einem Grund zwangsläufig zu den Greueltaten der Nazis führen würde, dann wäre das ein Grund, die Euthanasie zu verdammen". Wie siehst Du das?*

Si: Das beste Argument bietet die Niederlande, wo - je nach Quelle - zwischen 2.500 und 25.000 Menschen im Jahr durch "Euthanasie"-Maßnahmen zu tode kommen. Das passiert heute, 1992, und diese Richtung, die dort unter einem liberalen Siegel der Selbstbestimmung läuft, haben wir jetzt auch in der Bundesrepublik. Die Diskussion wird auch so geführt, daß es ein Recht gibt auf den selbstbestimmten Tod. Und dort wo der Einzelne nicht mehr selbst entscheiden kann, dürfen dann andere entscheiden. Aber alles unter dem Siegel der Selbstbestimmung. Und es scheint sich eine Perspektive zu entwickeln, wo die Leute selbst so zerstört werden, wenn sie behindert sind, wenn sie alt oder chronisch krank sind, daß sie sich überflüssig vorkommen und dann selbst um den "Gnadentod" bitten. Hier stehen natürlich Kräfte dahinter, die mit Selbstbestimmung überhaupt nichts zu tun haben. Also Ökonomie im Gesundheitswesen ist nur ein Stichwort. Singers Versuch der Abgrenzung zur Massentötung im Nationalsozialismus greift nicht, weil die "Euthanasie" nicht nur in faschistischen Staaten inhuman, brutal und lebensfeindlich ist.

Sp: *Bei der "Euthanasie-Diskussion" werden ja immer Einzelbeispiele ins Feld gezogen. Gerade diese Einzelbeispiele gehen dann durch die Medienlandschaft, siehe z.B. Spiegel, Stern, Bunte etc. und etliche Talkrunden. Mit diesen Einzelbeispielen wird eine Betroffenheit geschaffen. Dieses Gefühl der Betroffenheit, der Sorge, der Angst bleibt haften und es kommen Äußerungen in die Richtung, ja so möchte ich auch nicht leben; also wenn mir sowas passiert, dann... Auch aus dem linken antifaschistischen Spektrum komme solche Äußerungen. Man hat Angst, zur Last zu fallen und aus diesem Grund heraus möchte man sterben. Es gibt ja auch schon Forschungsergebnisse, die diesen Zusammenhang zwischen "Angst zur Last zu fallen" und den "Wunsch zu sterben" belegen.*

Si: Mit den Einzelbeispielen, so denke ich, läuft es wie folgt: Die betroffenen Menschen werden mit bestimmten Kriterien beschrieben; einmal, daß sie unästhetisch sind, sie sehen anders aus als die Mehrheit. Zweitens, daß sie anhängig sind von fremder Hilfe und daß sie drittens als Lebewesen beschrieben werden, wo man schon nicht mehr genau weiß, ob sie eigentlich noch Menschen oder schon Tiere sind. Also wenn gesagt wird, daß die Hände krallenartig geballt sind, dann ist dies ein Bild, was eine Assoziation hervorruft, aus der sich ableiten läßt, daß es sich um ein tierähnliches Monster handelt. Die ganze Inszenierung vermittelt - ohne es direkt zu sagen - die Aussage: So wollen wir nicht leben. Da gibt es eine Lösung: der Gnadentod. Und warum greift das, das ist das Entscheidende. Es wird ein Einzelfall dargestellt, doch die Botschaft ist, alle die so sind, sind Kandidaten für den Gnadentod. Und es gibt total wenig "selbstverständlichen Widerstand". Auch von Linken nicht. Und ich frage mich warum? Und ich behaupte, daß die genau solche Wertvorstellungen vom glücklichen Leben haben wie andere auch. Das heißt, der autonome Fighter oder die autonome Kämpferin ist lebendig, ist wendig, ist unabhängig, sieht mit einem Palestinänsertuch ganz nett aus und ist jederzeit kampffähig. So eine Art Person, die auf jeden Fall im Leben steht. Und dieses Bild, was sie von sich selbst machen, unterscheidet sich von dem Bild, wie wir sind.

Auch den Begriff der Selbstbestimmung haben wir sehr hoch gehalten. Gerade als Linke. Dies ist natürlich ein wichtiger und richtiger Anspruch von uns. Trotzdem haben wir zu wenig geblickt, daß dieses Wort "Selbstbestimmung" eine Strategie ist, mit der derzeit die gesamten Selektionsprogramme oder Maßnahmen anvesiert werden. Also: Selbstbestimmt geht Mann oder Frau zur humangenetischen Beratung, selbstbestimmt entscheiden die Einzelnen, ob sie sterben wollen oder nicht. Und wenn du nicht genau hinguckst, dann glaubst du sowas.

Sp: *Wie weit hat dies sich, nach deiner Einschätzung in der Gesellschaft manifestieren können? Und wieso kommt es heute so zum Tragen, denn in den Fachkreisen läuft diese Diskussion, wie du ja schon sagtest, wesentlich länger bzw. die "Euthanasie-Diskussion" und das dementsprechende Denken ist nach 1945 nicht aufgearbeitet und damit nicht unterbrochen worden.*

Si: Ich denke, daß es kein Zufall ist, daß die "Euthanasie-Diskusion" heute ausbricht. Der Hintergrund, so glaube ich, ist der, daß Handlungsspielräume im Gesundheits- und Sozialwesen geschaffen werden sollen und daß ein weiterer Hintergrund der europäische Binnenmarkt ist, der weitgehend vereinheitlichte Rechtsnormen verlangt. In der Anpassung in bezug auf die legale "Euthanasie" hat es in der Bundesrepublik - wegen der besonderen Vergangenheit - noch keinen Durchbruch gegeben. Andere europäische Länder sind da bereits weiter. Die "Euthanasie"-Diskussion hat in diesem Sinne gegriffen, daß sie nur an verdrängte Vorurteile anknüpft, die schon da waren; und was passiert ist, daß mit der Artikel-Serie z.B. in der "Zeit" das Thema "Euthanasie" plötzlich in aller Munde war; und dann zerredet worden ist, als ein quasi beliebiges Thema; und auf dieser Ebene dann auch beliebig gehandelt werden kann, - ja man könnte - ja man könnte nicht. Das Ergebnis ist, daß sich Ethikkommissionen bilden, die dann die Entscheidung fällen. Was derzeit alles läuft, bswp. die Diskussionen an den philosophischen Fachbereichen, an den Universitäten ist für mich nur ein Vorgeplänkel. Dort werden

Deckmäntelchen geschneidert für die konkrete Praxis in Krankenhäusern, Altenheimen usw. In den Kommissionen sitzen dann Ärzte, Angehörige, ein Jurist, vielleicht noch ein Theologe.

Sp: Meinst Du, daß bei jeder Geburt praktisch ein Gremium daneben steht, welches entscheidet, ob das Neugeborene lebensfähig ist, leben darf?

Si: Ich kann mir vorstellen, daß es in den einzelnen Städten Kommissionen gibt, die im Zweifelsfall hinzugezogen werden. Die dann mit Absprache der Eltern entscheiden. Wobei Fakt ist, das wenn die Eltern realisiert haben, daß sie ein behindertes Kind haben, daß sie den Rat der Kommission, alleine aus "Hilflosigkeit" heraus kaum widersprechen. Die Einbeziehung der Eltern ist also kein Akt, der die "Euthanasie"-Gefahr mindert, sondern einer, der die Bedrohung deckt. Weil alle in die Entscheidung einbezogen werden. Sowas ähnliches wird, so denke ich, in dem Bereich den chronisch Kranken passieren. Diese Kommissionen müssen über kurz oder lang auch über alte Menschen entscheiden. In Großbritanien wird ab 60 Jahren niemanden ein Dialyseapparat zur Verfügung gestellt. Das ist eine Entwicklung, die nicht gegenwärtig real ist, aber für Morgen zu befürchten ist.

Diese Entwicklung bettet sich auch ein in einen Prozess, der schon lange in Gang gesetzt ist, daß Krankheit oder Behinderung individuelle Schicksale sind, die selber zu verantworten sind. Der Gedanke einer Solidarität wird dabei bewußt unter den Teppich gekehrt. Das heißt, wenn man seine Krankheit selber verursacht, was im allgemeinen unterstellt wird, dann soll man auch selber bezahlen, wenn man gesund werden möchte. Das kann aber auch z.B. heißen, wenn Mann und Frau sich dafür entscheiden, ein behindertes Kind nicht abzutreiben, wenn dies während der Schwangerschaft festgestellt wird, daß sie evtl. in Zukunft für die Kosten selber aufkommen müssen. Welche Entwicklung damit fossiert wird, ist logisch. Behinderte sind Luxus. Und wer dies möchte, bitte, kann selber zahlen.

Sp: Vorhin erwähntes Du, daß die "neue Euthanasiediskussion" an ein bestimmtes bestehende Menschenbild anknüpft. Seit ca. 2 bis 3 Jahren gibt es ja heftige Kritik von seiten der Krüppelbewegung gegen Teile der Friedens- und Ökologiebewegung, hier insbesondere gegen die Anti-AKW-Bewegung, da sie laut der Krüppelbewegung unbewußt oder vielleicht auch bewußt ein behindertenfeindliches Menschenbild mit fossieren.

Si: Ich denke, die Ökologiebewegung hat ein Bild fossiert von einem Ideal. Der gesunde Mensch in der gesunden Natur. Sie haben dabei nicht bedacht, daß Menschen aus diesem Bild herauskippen. Die haben keinen Platz. Folglich sind wir immer die Kehrseite der Medaille, auch wenn wir nicht unbedingt erwähnt werden. Wir sind immer in der Nähe. Wir sind das Elend, was droht, wenn nicht endlich genug für die Umwelt getan wird. Diese unbewußte Logik wird in der Ökologiebewegung oft verdrängt.

Sp: Solche Tendenzen hattest Du auch bei Teilen der Frauenbewegung aufgezeigt. Als ein Beispiel soll der Aufruf zum Gebährboykott nach Tschernobyl dienen.

Nazi-Propaganda gegen Erbkranke

Si: Auch in der Krüppelbewegung gibt es unterschiedliche Positionen. Wir haben überwiegend versucht, eine solidarische Kritik zu üben. Und es hat ja auch in Kreisen der autonomen Frauenbewegung ein Nachdenken eingesetzt, was z.B. die eugenische Indikation für eine Bedeutung hat, und was es bedeutet, wenn das Selbstbestimmungsrecht der Frau mit der eugenischen Indikation vermengt wird. Ich glaube, daß da ein Denkprozeß in Gang gekommen ist. Natürlich gibt es da noch Gegensätze. Aber die Auseinandersetzung steht erst am Anfang.

Sp: Gibt es eigentlich noch die "Krüppelbewegung"?

Si: Wenn es die Krüppelbewegung gab, dann gibt es sie, wie es sie immer gab; einige wenige Menschen die sie tragen und relativ viele Menschen, die mitarbeiten. Es gibt darüber hinaus ein Anti-Eugenik-Forum. Dort treffen sich verschiedene Gruppen, Initiativen, Einzelpersonen, die nicht alle aus der Behindertenbewegung kommen. Daneben gibt es seit zehn Jahren alle paar Monate regelmäßig ein Krüppeltreffen.

Sp: Laß uns noch einmal den Punkt genauer beleuchten, weshalb die Euthanasiediskusssion als ein Themenkomplex in der antifaschistischen Arbeit kaum beachtet wird.

Si: Es bildet sich erst sehr langsam dafür ein Bewußtsein heraus, daß die Selektion von behinderten Menschen ein politischer Akt ist und kein privates Problem der Angehörigen oder der Betroffenen. Erst in den letzten Jahren hat sich die Erkenntnis herausgebildet, daß die Diskriminierung, die Ausgrenzung und die Entwürdigung die erste Stufe einer Abfolge ist, an deren Ende die Tötung stehen kann und im 3. Reich gestanden hat. Das sind Mechanismen, die genauso andere treffen, Leute die heute froh sind, daß es anscheinend "nur" um behinderte Menschen geht. Diese Erkenntnis ist aber überhaupt noch nicht verankert. Bisher werden diese Tendenzen zwar analysiert, doch sie werden als ein "behindertenpolitisches" Problem begriffen. Was meines Erachtens voll daneben geht, denn was hier analysiert wird, ist kein "Behindertenproblem", sondern sind Entwicklungstendenzen in der Gesundheits- und Sozialpolitik, die wiederum direkte Zusammenhänge auf allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen aufzeigen. Und wenn man nicht bei denjenigen anfängt, die zuerst von der Bildfläche verschwinden und dies ist faktisch so, dann haben wir den ersten Schritt schon genehmigt. Und dann kommen wir auch nicht mehr hinterher. Und die Ausgrenzung läuft. Es leben ungefähr 350 Tausend Menschen in Heimen. Das weiß kein "Schwein", und es regt sich auch niemand groß darüber auf.

Sp: Anhand von Statistiken ist belegt worden, daß wenn der Personalmangel in den psychatrischen Krankenhäusern und Behinderten-Einrichtungen steigt, auch der Verbrauch von Psychopharmaka steigt. Könnte man auch formulieren, daß mit dem immer größer werdenden Pflegenotstand einhergeht, daß die dort Beschäftigten immer mehr den Gedanken hegen, die zu "Betreuenden" von ihren "Leiden" zu erlösen, weil z.B. weder Zeit noch Kraft mehr da ist, auf den Einzelnen einzugehen.

Si: Davon gehe ich aus, wenn die Belastung für den Einzelnen größer wird. Damit die Überforderung steigt, kann es passieren, daß über solche Lösungen nicht nur mehr nachgedacht wird. Und es ist wahrscheinlich, daß erneut aus "Mitleid" getötet wird, so wie es ja schon in den letzten zwei/drei Jahren immer öfters bekannt geworden ist.

Dieser Gedanke ist da und wenn die Mittel zur Versorgung der Menschen in den Institutionen weiter gekürzt werden, dann hat das Auswirkungen auf die Menschen. Immer weniger von ihren Zielvorstellungen könne sie verwirklichen, im Gegenteil. Und da kommt ein Teufelskreislauf in Gang, der in den 20er und 30er Jahren in den Institutionen ebenso ablief. Das gesellschaftliche Klima hat sich verschärft. Es ist kein Zufall, daß die Selbstmordrate in der Bundesrepublik zur Weltspitze zählt. Fast zu spüren ist schon die Pflicht, sich bei endgültigen Krankheiten oder pflegeabhängigen Lebenssituationen freiwillig zu verabschieden. Dieser Gedanke greift um sich, gerade auch bei alten oder behinderten Menschen.

Sp: Vielen Dank für das Gespräch.

Udo Sierck, Jg. 1956. Mitinitiator der Krüppelbewegung, Lehrbeauftragter der Universität Bremen, zahlreiche Veröffentlichungen zu historischen und aktuellen Themen der Gesundheits- Sozial- und Behindertenpolitik; Autor und Mitherausgeber von: "Sie nennen es Fürsorge", "Die Wohltäter-Mafia", "Das Risiko, nichtbehinderte Eltern zu bekommen", "Tödliche Ethik".

Thomas Willms

Elemente neofaschistischer Ideologie bei Alfred Mechtersheimer

Alfred Mechtersheimer, dieser "sachliche, freundliche Herr" mit dem "väterlichen" Charisma, dem sonoren Tonfall, zudem ehemals MdB für die Grünen, ist in der Öffentlichkeit die Ausgeglichenheit in Person. Als "Querdenker", der schließlich der Bundeswehr den Rücken kehrte, erwartet man von ihm geradezu "unkonventionelle" Ideen und Konzepte. Da kann es schon vorkommen, daß "wahrscheinlich drogenabhängige Jugendliche" (so M. in einem Interview mit Radio Bremen) seine Vorschläge nicht zu würdigen wissen und ihm seine Märtyrerkrone rauben wollen. So geschehen am Antikriegstag 1992 in Bremen.

Man warf ihm vor, sich nicht von Neofaschisten distanzieren zu wollen und Ansichten zu vertreten, die denen des Neofaschismus ähneln. (So auch der Politikdozent Ch. Butterwegge.) Mechtersheimer tat dies mit einem Lächeln ab (s.o.). Erst als böse Worte gegen **Henning Eichberg** fielen, geriet M. ein wenig in Rage und gab folgende Erklärung ab:

"Ich halte Henning Eichberg für einen der kreativsten Sozialwissenschaftler. Er ist gewandert zwischem links und rechts, war Mitglied einer maoistischen Vereinigung und der NPD und ist nirgendwo einzuordnen. Es ist immer wieder anregend, ihn zu lesen. Und wenn er mit seinem volklichen Kram kommt, dann sage ich ihm: Was soll denn das?" (C)

Angesichts der tatsächlichen Biographie Eichbergs, dessen politischen Standortes (Siehe RR Nr.19) und der Widersprüchlichkeit obiger Aussage, ist die Behauptung Mechtersheimers "Ich habe keinen Kontakt zu irgendeinem Neofaschisten"(C) nicht sehr glaubwürdig. Auf den überwiegenden Teil des anwesenden Publikums, sowie auf die Diskussionsleitung, machten die Vorwürfe keinen Eindruck, denn es kann doch nicht sein, daß ein "Friedenskämpfer" und dazu noch ein solch "sympathischer" etwas mit "diesen Leuten" zu tun hat, oder?

Es soll in diesem Artikel darum gehen, Mechtersheimers Behauptung "sein Pazifismus verhindere, daß Rechtsextremisten ihn vereinnahmen könnten" (C), zu hinterfragen.

Im folgenden wird davon ausgegangen, daß die (politischen) Handlungen und Haltungen eines Menschen nur zum Teil Ergebnis eines bewußten Denkprozesses sind. Von hoher Bedeutung für das Bewußtsein sind unhinterfragte, feststehende, geregelte Redeweisen, die J. Link als "Gitter von Kollektivsymbolen" bezeichnet hat. (E) Diese nehmen dem Menschen u.U. unbequeme Denkarbeit ab und bieten ihm Entscheidungssicherheit und Handlungsorientierung. Das Prägen von Kollektivsymbolen ist also ein eminent politischer Akt.

Ich meine, daß das eigentliche Problem mit Mechtersheimer darin besteht, daß er wichtige Kollektivsymbole des Neofaschismus zu vermitteln in der Lage ist.

Wie verfährt nun Mechtersheimer - hauptsächlich im Rahmen des von ihm dominierten "Komitees Frieden 2000 - z.B. mit den Wörtern Volk, Amerika und Besetztes Deutschland?

Mechtersheimer: "Die Entwicklung in Osteuropa sollte den Linken und den Amerikanisten zeigen, daß sich Völker nicht auf Bevölkerungen reduzieren lassen..." (als Werbung für die "Junge Freiheit" 6/91)

Was heißt das? Verwendet er das im Deutschen vielschichtige Wort "Volk" im Sinne von "das einfache Volk"?

Nein, denn er erläutert ihn folgendermaßen: "Es besteht ein Zusammengehörigkeitsbedürfnis der Menschen nach Blut, Tradition und Nation, das nach Auflösung bisheriger Orientierungen (hier Kommunismus) dominant wird."(C)

Dies ist aber nicht kritisch gemeint, im Gegenteil: Leuten, die eine solche Entwicklung für schlecht halten, entgegnet er: "Diesem mit emanzipatorischer Arroganz zu begegnen ist verfehlt." (C) Dabei verbindet Mechtersheimer den Ausdruck "emanzipatorisch", also "frei, ungebunden, betont vorurteilsfrei" (Duden) mit dem Negativausdruck "Arroganz", womit er "Blut, Tradition und Nation" aufwertet. In seiner Analyse der Entwicklung in Osteuropa, kommt er zu dem Schluß, daß "alle Staaten, die den Stämmen und Völkern keinen Freiraum lassen, bedroht sind."(C) Man müsse sich "der Frage der Nation und Ethnie" stellen.

In der Tat zerbrechen die multinationalen oder übernationalen Staaten in Europas Osten, und Politik wird dort oft völkisch begründet. Es ist aber sehr die Frage, ob wirklich die "sich von unten entfaltenden Kräfte des Nationalismus" (C) Auslöser dieser Entwicklung sind.

Claus Offe listet einen ganzen Katalog von Gründen auf, warum und wie politische Eliten Osteuropas Volk und Nation für ihre politischen Zwecke instrumentalisieren. (D)

Von diesen durchaus rationalen Gründen erfährt man bei Mechtersheimer nichts. Für ihn ist das Ganze ein im Grunde natürlicher Vorgang.

"Warum sollte Jugoslawien eigentlich erhalten bleiben, wenn das slowenische und kroatische Volk doch zu 90% die Unabhängigkeit wollen?"(C) Er verschweigt, daß es für diese Massenunterstützung ganz handfeste Gründe gibt, nämlich daß genannte Teilrepubliken erheblich wohlhabender sind als der Rest der Republik, den man deshalb gerne loswerden möchte.

"Wir sind gegen einen europäischen Superstaat, der die Umwelt noch weiter ruiniert, die Macht der Bürokraten stärkt und Europa politisch und kulturell einebnet. Wir wollen die bunte Vielfalt der Völker und Kulturen."(A)

Hier wird eine Zielvorstellung formuliert: Ein Europa, dessen Reichtum in seiner kulturellen Vielfalt besteht - woran ja nichts auszusetzen ist - wobei Kultur hier aber mit Volk gekoppelt ist.

Volk ist also etwas positives und erhaltenswertes und vor allem:

Volk wird überhaupt erst einmal als eigenständige Größe eingeführt.

Feindbild ist der "Superstaat EG" und ihre Bürokratie, wobei das Problem aber nicht z.B. in dem drohenden Verlust sozialer Rechte, sondern ausgerechnet in einer Einebnung der Völker gesehen wird, was als "Vermischung" nicht zu kühn gedeutet ist. Demokratische Rechte erscheinen bei ihm ohnehin nicht positiv, sondern als ""westliche Werte" als eine perfekte Herrschaftsideologie"(B,S.7) oder als "Kombination aus westlichen Waren und westlichen Werten." (B,S. 3)

Das erste Feindbild des Komitees und Mechtersheimers ist aber ein anderes, nämlich die USA, oder besser Amerika.

Amerika ist bei Mechtersheimer grundsätzlich negativ besetzt. Er spricht von Amerikanisten und pathologischen US-Freunden (A). Die USA sind für ihn ein "abschreckendes Beispiel für gesellschaftliche und politische Entwicklungen"(A). Dies kann man kaum bestreiten, doch interessant ist die Analyse Mechtersheimers zu Zeiten der Unruhen in Los Angeles:

"Dabei hat sich im Mai 1992 in den USA nichts grundsätzlich verändert, es wurde lediglich eine neue Stufe jener Gewalt erreicht, die sich in dieser "multikulturellen" Gesellschaft seit den ersten Tagen ihrer Entstehung angehäuft hat, in der Regel aber kanalisiert in Kriegen und 200 militärischen Interventionen entlud."(A)

Dieser Satz bietet eine - milde gesagt - populistische Erklärung für die Politik der USA in einem Zeitraum von immerhin 216 Jahren. Es ist irgendwie die "Gewalt", die nach außen kompensiert werden muß, wobei der Leserin keine andere Erklärung für die Gewalt angeboten wird, als das Adjektiv zu "Gesellschaft", nämlich "multikulturell".

Das Komitee Frieden 2000 kämpft "gegen den verheerenden Einfluß der US- Politik auf alle Lebensbereiche", wobei das nebulöse "auf alle Lebensbereiche" eben in jener beklagten Einebnung der Völker liegt, auf ihrer Amerikanisierung. Das ist denn wohl auch, was Herr Mechtersheimer gemeint hat, als er davon sprach, daß "die deutsche Kultur" ja leider auch nicht mehr vorhanden ist."(B)

Das "nicht mehr" impliziert, daß es sie einmal gegeben haben muß und daß sie auf irgendeine Weise zerstört worden ist.

Die begriffliche Unklarheit des Wortes "Antiamerikanismus" schlägt zu Buche. Darauf ist zurückzuführen, daß auch linke Blätter das Pamphlet "Antiamerikanisch - warum eigentlich nicht? " gebracht haben. Dieses Schrekkensgemälde pinselt Mechtersheimer in blutigen Farben: Praktisch alle Übel der Welt werden hier auf den "universellen, egalisierenden zivilisatorischen Trend" (B,S.11), den Amerikanismus zurückgeführt. Die "bunte Vielfalt der Völker" droht hier auf "US-amerikanisches Niveau planiert" (B,S.13) zu werden. Angeblich ist es den USA gelungen "alle Macht auf sich zu konzentrieren"(B,S.2) und die UN zu einem "Kartell gegen die ökonomisch erstarkten Kriegsgegner von 1945 als auch gegen die früheren Kolonien" (B,S.4) zu machen.

Man merke: Deutschland ist Opfer dieser Politik und zwar nicht erst seit heute, denn der Bogen "blutiger amerikanischer Expansion" reicht "von der Ausrottung der Indianer, über die Dauerintervention in Lateinamerika, die Kriegsverbrechen Dresden und Hiroshima, über Vietnam" (B,S.9) bis zum Irak. Mal davon abgesehen, daß Dresden 1945 im wesentlichen von den Engländern bombardiert wurde: Die politisch Maßgebenden der BRD tauchen im Mechtersheimers Szenario nicht als eigenständig Handelnde auf, sondern nur als Erfüllungsgehilfen der USA. Das wundert auch nicht, denn seiner Meinung nach haben in Deutschland "westliche Truppen Rechte... wie sie nur in besetzten Ländern üblich sind." (A2)

Aus all dem folgt, jetzt nicht weiter überraschend, daß Mechtersheimer sich rundweg als Antiamerikaner bezeichnet und dafür öffentlich eintritt. Er kann sich dabei sicher sein, daß diese Selbstbezichtigung innerhalb der Linken und der Friedensbewegung auf große Sympathie und Zustimmung stößt. Ist der Vorwurf des "Antiamerikanismus" doch eine der häufigsten Denunziationsformeln der Bundesregierung während der Nachrüstungsdebatte gewesen.

Einen Ausweg aus der Bedrohung zeigt das Friedenskomitee schon in seinem Namen an: "Selbstbestimmung" und "Truppenabzug". Es wird nicht gesagt, wer oder was sich denn da selbst bestimmen soll. Wer meint, es könnten vielleicht die "Ausgebeuteten und Entrechteten" gemeint sein, wird eines besseren belehrt.

Es sind "selbstverständlich" Völker und Nationen, deren Hauptproblem in der "Besetzung" durch ausländische Truppen zu liegen scheint, entsprechend liegt die Lösung im "Truppenabzug". Als "Zeichen der Hoffnung" wertet es denn auch das Komitee, daß die Anzahl der Deutschen, die "den Totalabzug der amerikanischen Truppen" befürworten, gestiegen ist. (A)

Als Propagandamaterial bietet das Komitee Postkarten an mit der Aufschrift: "Keine fremden Truppen in Deutschland"- "Keine deutschen Truppen im Ausland" (A)

Der implizierte Kausalzusammenhang beider Forderungen ist keiner. Vorallem fehlt eine Aussage darüber, zu welchem Zweck und unter welchen Umständen sich Truppen irgendwo aufhalten oder nicht. Es macht doch einen Unterschied, ob amerikanische Truppen bei ihrem mächtigsten Bündnispartner BRD oder in einer armen, mittelamerikanischen Diktatur stationiert sind, ob amerikanische Truppen eine antikolonialistische Bewegung bekämpfen wie in Vietnam, oder an einen weltweiten Krieg zur Niederringung des Faschismus beteiligt sind.

Nach alldem hier zitierten versteht sich Mechtersheimer nach wie vor hauptsächlich als Vertreter der Friedensbewegung. Was er als solcher aus seinen Analysen folgert, faßt er wie folgt zusammen:



Kopf der Mechtersheimer-Zeitschrift

Es sei die "historische Aufgabe der Friedensbewegung eine Symbiose mit dem Nationalgedanken einzugehen", um "auf der Ebene des Nationalstaats" Fortschritte für den Frieden zu erzielen. (C)

Mechtersheimer beklagt das Gerede vom Rechtsextremismus, der ja nur ein "rechtsradikales Rinnsal" sei, dem ständige "linksradikale Übergriffe auf Ausländer", z.B. auf "den Philosophen Alain de Benoist" (!) gegenüberständen. (A2) Diese Äußerung ist - im Zusammenhang gesehen - nicht "nur" als ein Zeichen für Realitätsverlust zu deuten, sondern als vorsätzliche Verharmlosung.

Situationsbeschreibungen, Analyse und Folgerungen Mechtersheimers sind sachlich indiskutabel, weil oberflächlich, schief, verworren, oder schlicht falsch. Von diesem Mann Impulse für die Weiterentwicklung der Friedensbewegung zu erwarten, ist schon aus diesem Grunde kurios.

Die "Schiefheit" seiner Argumente ist aber nicht Ausdruck eines wirren Geistes, sondern einer bestimmten Interpretation der Welt, in der der Mythos des "bedrohten Volkes" bestimmend ist.

Worte wie Volk, Amerika und Besetztes Deutschland verwendet er unhistorisch und geschichtsrevisionistisch. Sie dienen ihm nicht als analytische Begriffe, sondern zur emotionalen Einpeitschung.

Im neofaschistischen Lager werden diese Worte als eigene Kollektivsymbole und die damit verbundenen Handlungsorientierungen verstanden. Außerhalb dieses Lagers tragen sie nichts zur Klärung der Sachlage bei, knüpfen aber an diffuse Gefühle von Ablehnung an. Aus einer Kritik an der US-Politik wird eine Kultur- und letztlich völkische Kritik. Dies liegt auch in der Logik der Argumentation, denn wem das Volk zum zentralen Bezugspunkt wird, sind über- oder unnationale Staaten wie USA oder Jugoslawien ein Greuel.

Auffallend ist die Diffamierung demokratischer Rechte und der "Emanzipation", was sich schlecht verträgt mit seiner Arbeit in einer "neuen sozialen Bewegung", ebensowenig wie sein "Guru" -Auftreten.

Quellen:

A: Frieden 2000. Sprecher A. Mechtersheimer, Frieden 2000 - Entmilitarisierung - Selbstbestimmung - Truppenabzug, Starnberg, 5/6 1992 und A2: 1/2 1993

B: Mechtersheimer, Alfred. Antiamerikanisch - weshalb eigentlich nicht. Von der Pflicht, dem weltweiten verheerenden Einfluß der USA zu widerstehen. Argumentationspapier 2/1991 des Komitees

C: Mechtersheimer, Alfred. Referat und Diskussionsbeiträge, Stefani-Gemeinde Bremen, 1.9.1992 (Notizen T.W., nach bestem Wissen und Gewissen)

D: Offe, Claus. Ethnic Politics in East European Transitions, Manuskript, Uni Bremen, Juli 1992

E: Jäger, Siegfried. Text- und Diskursanalyse, DISS-Texte Nr. 16, Duisburg 1991

Neuer HNG-Schriftleiter

Christian Scholz, Aktivist der "Nationalen Liste" (NL), ist neuer Schriftleiter und presserechtlich Verantwortlicher (ab Februar d.J. Nr.147) für die Nachrichten der "Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V."(HNG). Der Neonazi-Postille vom Februar ist zu entnehmen, daß der Berliner Skinhead **Carsten Szczepanski**, selbsternannter "Grand Dragon" der "White Knights of the Ku Klux Klan" (Berlin) als HNG-Gefangenbetreuer in "Mitteldeutschland" arbeiten will. Veröffentlicht ist auch eine "Abhandlung für inhaftierte Kameradinnen und Kameraden", die sich u.a. mit den Themen "Von dem Umgang mit Wächtern" oder "Wie verhalte ich mich in der Gesinnungshaft am besten?" beschäftigt. Verfasser der Abhandlung ist **Thomas Lemke** (geb. 31.7.1968), ehemals Mitglied von DVU, NL und DA. A.M.

Neugründung

In Bayern hat sich die neonazistische Organisation "Nationaler Block" (NB; Sitz:München), die am 6 Juli 1991 in München auf Initiative der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF) hin gegründet wurde, als Partei konstituiert. Der Vorstand des NB setzt sich aus dem Vorsitzenden **Fred Eichner** (ehemals Führungskader der Bereichsleitung Süd der GdNF), seinem Stellvertreter **Günter Kursawe** (ebenso GdNF-Aktivist) und dem Schatzmeister **Oliver Rahn** zusammen. Der NB "versteht sich als eine Partei des modernen Nationalismus", die alle "radikal-nationalen Kräfte" in ihren Reihen vereinen möchte. Im Programm des NB wird ein Deutschland "Von der Maas bis an die Memel - von der Etsch bis an den Belt!" gefordert. A.M.

Gudrun Pischke

Menschen in Lagern

Deutsche und Ausländer, Freiwillige, Dienstverpflichtete, Zwangsverpflichtete, Kriegsgefangene, Häftlinge, DPs, Flüchtlinge in den Lagern Salzgitters von 1937 - 1950

Am 1. September 1989 wurde im Stadtarchiv Salzgitter das Forschungsvorhaben "Zwangsarbeit und Lagersystem in einer nationalsozialistischen Neustadt" begonnen. Ziel dieses Projektes ist die Erfassung sämtlicher Lager im Gebiet der Stadt Salzgitter und Aufklärung über die darin untergebrachten Menschen: Wann und woher kamen sie; wie waren ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen; wie lange blieben sie?

Dieses Vorhaben wird über drei Jahre vom Land Niedersachsen finanziert und von der Stadt Salzgitter fortgesetzt. Zunächst wurde in Archiven in Salzgitter, Wolfenbüttel, Hannover, Potsdam, Koblenz, Freiburg und London Material gesammelt, das noch ausgewertet und für die Veröffentlichung zusammengestellt wird.

Weder in Salzgitter, wo nahe der Erzlagerstätten auf der grünen Wiese das Hüttenwerk aufgebaut wurde, noch in der Region gab es die erforderliche Menge an Arbeitskräften: Schächte mußten geteuft und Wohnungen gebaut werden. So entstanden ab Ende 1937 die Lagerunterkünfte; zunächst nah der Erzlagerstätten Finkenkuhle, Hannoversche Treue und Haverlahwiese; in Lager 6 bei Watenstedt fanden die ersten Arbeiter für den Bau des Hüttenwerkes Unterkunft. Sie kamen zuerst aus allen Gegenden des Deutschen Reiches; Bergarbeiter besonders aus dem Saarland, dem Rheinland und aus Oberschlesien. Denjenigen, die bleiben wollten, wurden Wohnungen in Aussicht gestellt. Diese waren bei ihrer Ankunft oftmals noch nicht begonnen worden. Manch einer, der bleiben sollte, schlug die Wohnung aus, um nach Ablauf seiner Verpflichtung in die Heimat zurückkehren zu können.

Bald konnte der weiter steigende Bedarf an Arbeitskräften nicht mehr im Deutschen Reich gedeckt werden. Es wurden Danziger, Italiener und Niederländer angeworben; nach dem Anschluß Österreichs Österreicher, die nun Reichsdeutsche waren, verpflichtet; nach dem Einmarsch in die Tschechoslowakei und der Bildung des Protektorats Böhmen und Mähren waren es Tschechen, bezeichnet als Protektoratsangehörige.

Mit Kriegsbeginn und Ausweitung des Krieges 1940 nach Westen und 1941 nach Südosten standen mit den Kriegsgefangenen neue Arbeitskräfte zur Verfügung. Daneben wurden in den zumeist nach Blitzkriegen besetzten Ländern Polen, Dänemark, Niederlande, Belgien und Frankreich Arbeitskräfte noch auf weitgehend freiwilliger Basis - jedenfalls in Westeuropa - für einen Zeitraum bis zu einem Jahr angeworben. Mit verbündeten und befreundeten Staaten wie Italien, Spanien, Rumänien, Bulgarien und Ungarn sowie den Satellitenstaaten Slowakei und Kroatien wurden auf Regierungsebene Verträge über die Gleichstellung von Arbeitskräften für das Deutsche Reich abgeschlossen. Aus allen genannten Ländern kamen auch Arbeiter nach Salzgitter. Hier beanspruchten der Ausbau der Hüttenwerke und die zunehmende Stahlerzeugung sowie der Aufbau der Stahlwerke Braunschweig ständig Arbeitskräfte, sowohl im Austausch für abgelaufene Arbeitsverhältnisse, als auch neue für den Ausbau der Industrieanlagen und die Produktion. Mit der Zunahme der Arbeiter stieg auch die Anzahl der Lager. Es gab die Reichswerkelager; dazu zählten die der Hütte Braunschweig, vom Erzbergbau und der Wohnungs-AG, sie waren numeriert von 1 bis 52. Die Stahlwerkelager waren mit Buchstaben von A bis M versehen. Außerdem gab es über das ganze Stadtgebiet verteilt noch Firmenlager.



"Kaufhaus" der Versorgungsbetriebe (Stadtarchiv Salzgitter)

Nach Ausweitung des Krieges nach Osten kam es ab Herbst 1941 zum Einsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen und ab Frühjahr 1942 von sogenannten Ostarbeitern. Weder die einen noch die anderen sollten innerhalb der Reichsgrenzen zur Arbeit herangezogen werden. Das Scheitern der Blitzkriegsstrategie ließ jedoch den Bedarf an Arbeitskräften weiter steigen: Deutsche Arbeiter wurden verstärkt und langfristig als Soldaten gebraucht, gleichzeitig stieg der Bedarf an Kriegsmaterial. Im August 1941 sollte die Verwendung sowjetischer Kriegsgefangener in der deutschen Kriegswirtschaft noch auf ein Mindestmaß (etwa 100.000) beschränkt bleiben. Ende Oktober galt dies nicht mehr. In Salzgitter waren seit Anfang Oktober sowjetische Kriegsgefangene aus den Kriegsgefangenenstammlagern (Stalags) Fallingbostel und Bergen-Belsen bei der AG für Erzbergbau und Eisenhütten der Reichswerke Hermann Göring. Sie gehörten zu den ersten sowjetischen Kriegsgefangenen, die im Reichsgebiet arbeiten mußten. Weit über hundert haben den Winter 1941/42 in Salzgitter nicht überlebt. Sie starben im Lager 24 bei Reppner an Erschöpfung, Körper- und Herzschwäche, Lungenentzündung, Durchfall; sie wurden auf dem in Lagernähe angelegten Friedhof begraben, der als "Heldenfriedhof" geführt wurde. Einige der Todesanzeigen sind in der stadtgeschichtlichen Abteilung des Städtischen Museums Schloß Salder in Salzgitter zu sehen.

Im März 1942 wurde das Lager 24 vom Landesarbeitsamt Niedersachsen übernommen. Es wurde vorübergehend Durchgangslager für russische Zivilarbeiter, den Ostarbeitern. Das waren Männer und Frauen aus dem "altsowjetischen Gebiet"; Balten, Ukrainer und Weißrussen zählten nicht dazu. Vom Lager 24 aus wurden die Frauen und Männer - Anfang März waren dort 1.200 Personen untergebracht - auf ihre Arbeitsstellen im Bereich des Landesarbeitsamtes Niedersachsen verteilt. Auch nach Fertigstellung des Durchgangslagers in Lehrte verblieb Lager 24 beim Landesarbeitsamt. Es war nun Auffanglager für nicht mehr Einsatzfähige, besonders Ostarbeiter, aber auch Franzosen und Niederländer; Lager 24 wurde zum Sterbelager.

Durch die Berufung des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz verschärften sich in allen besetzten Ländern die vordergründig noch freiwillige Verpflichtung zur Arbeit im Deutschen Reich über eine Dienstverpflichtung hin zum zwanghaften Arbeitseinsatz. Den einzelnen Ländern wurde für einen mehrmonatigen Zeitraum eine Sollzahl an Arbeitskräf-

ten vergeben, die ins Deutsche Reich in Marsch zu setzen waren. Die Verträge - auch die bestehenden - galten nun "bis Kriegsende".

Jedoch reichten - auch in Salzgitter - die eingesetzten Arbeitskräfte immer noch nicht aus. Der weiter steigenden Nachfrage wurde mit dem Einsatz von KZ-Häftlingen begegnet. Deren Heranziehung als Arbeitskräfte hatte 1938 begonnen, und zwar in der Baustoffindustrie. Neue Konzentrationslager wurden nahe Ziegeleien (Buchenwald), Klinkerwerken (Neuengamme) oder Steinbrüchen (Flossenburg, Mauthausen) errichtet. Unter dem Druck des ständigen Arbeitskräftemangels wurden KZ-Häftlinge 1942 auch für Rüstungs- und Kriegsproduktion vorgesehen, darunter in der Munitionsfertigung wie bei den Reichswerken. Die Häftlinge wurden bei den Industriebetrieben in Außenkommandos untergebracht.

Allerdings verfügte die SS noch gar nicht über so viele Häftlinge, wie als Arbeitskräfte benötigt wurden. Sie wurden sozusagen erst durch Verhaftungswellen im In- und Ausland beschafft. Nach kurzem Aufenthalt im Hauptlager wurden sie in eines der Außenkommandos zum Arbeitseinsatz transportiert. In Salzgitter gab es drei Außenlager des KZ Neuengamme mit jeweils etwa 3.000 Häftlingen in Drütte und Watenstedt/Leinde sowie 500 in Salzgitter-Bad. Die Häftlinge arbeiteten in der Munitionsfertigung in der Hütte, bei den Stahlwerken und bei der AG für Bergbau- und Hüttenbedarf.

Die Reichswerke in Salzgitter gehörten mit der Beschäftigung von KZ-Häftlingen wieder - wie schon beim Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener - zu den ersten Unternehmen, bei denen ein KZ-Außenkommando eingerichtet wurde, und zwar das Außenkommando Drütte im Oktober 1942 auf dem Werksgelände.

Vor dem Heranrücken amerikanischer Truppen waren die KZ-Häftlinge aus den Außenlagern in Salzgitter, zusammengepfercht in Eisenbahnwaggons, evakuiert worden und gerieten noch in den tödlichen Sog des Krieges, als der Zug auf dem Celler Bahnhof von Bomben getroffen wurde.

Von 1937 bis zum Kriegsende war die Bevölkerung in Salzgitter von ca. 20.000 auf etwa 110.000 Personen angestiegen. Die Zahl der Einwohner wuchs zwar stetig, doch unterlag die Zusammensetzung einem ständigen Wandel. Befristete Arbeitsverhältnisse und Dienstverpflichtungen, auch Umsetzungen erforderten Ersatzkräfte, Ausbau und steigende Produktion ein Mehr an Arbeitern und Arbeiterinnen. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen waren hart: Zusammenleben auf engstem, im Winter schwer heizbarem Raum, an Menge und Qualität abnehmende Verpflegung, lange und schwere Arbeit, die größtenteils erzwungenermaßen zu leisten war. Wer sich dem Arbeitsprozeß entzog, murrte oder einfach irgendwie auffiel - auch durch menschliche Gesten den Gefangenen und Häftlingen gegenüber - lief Gefahr, für einige Zeit ins Lager 21 zu kommen, dem Sonderlager der Gestapo. Es war Anfang 1940 auf Betreiben der Reichswerke im Zusammenwirken mit der Gestapo für "arbeitsunwillige" Polen ("Bummelanten") errichtet und 1942 um ein Frauenlager erweitert worden. Das Lager hatte eine Art Vorbildfunktion für die bei anderen Werken errichteten "Arbeitserziehungslager (AEL)"; als solches wird Lager 21 ab 1941 geführt. Es diente nicht nur den Reichswerken zur Disziplinierung der Arbeitskräfte sondern der gesamten Region. Für etliche Eingewiesene war es Zwischenstation auf dem Weg ins Konzentrationslager. Fast 30.000 Männer und Frauen - Polen, Russen, Franzosen, Belgier, Niederländer, Dänen, Deutsche, später auch Italiener - waren im Lager 21 inhaftiert.

Mit Kriegsende begann eine neue Phase in der Geschichte der Lager in Salzgitter. Es ist die, die vielen in der Stadt am ehesten noch in Erinnerung ist. Kriegsgefangene und viele Zwangsarbeiter aus den westlichen Ländern kehrten aus den Lagern in Salzgitter bald in ihre Heimat zurück. Einige Lager wurden zeitweise Kriegsgefangenenlager für deutsche Soldaten in alliierter Kriegsgefangenschaft. Die aus dem Osten und dem Südosten herbeigeschleppten Arbeitskräfte blieben z.T. noch etliche Jahre, nun DPs (Displaced Persons) genannt, in einem Teil von Salzgitters Lagern. In anderen Lagern wurden Flüchtlinge und Heimatvertriebene untergebracht. Einige Lager zwischen Watenstedt und Immendorff wurden zum Flüchtlingslager Immendorff zusammengefaßt. Hier kamen die Transporte an, hier wurden die Menschen registriert, von hier aus wurden sie weitergeleitet in ihre Bestimmungsorte. Für viele war Salzgitter Endstation von Flucht und Vertreibung und der Anfang in einer neuen Umgebung, in der sie heimisch wurden.

Aktionspartei gegründet

Die GdNF-Organisation "Aktionsfront Nationaler Kameraden" (ANK) mit Sitz in Heidelberg hat sich am 23.März 1993 als "Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden" konstituiert. Bundesvorsitzender der ANK ist **Michael Petri**, ehemaliger rheinland-pfälzischer Landesvorsitzender der verbotenen "Deutschen Alternative". Dem vierköpfigen Parteipräsidium gehören neben Petri noch **Manfred Huck**, Ludwigshafen, als Organisationsleiter der Partei, **Rodriguez Teufer** als Schatzmeister und **Christian Hehl**, Ludwigshafen, an. Hehl, ein neonazistischer Skinhead und Hooligan ("The Firm") des Fußball-Zweitligisten SVW Mannheim, gehörte bis Anfang der 90er Jahre der zwischenzeitlich ebenfalls verbotenen "Nationalistischen Front" an. Organ der ANK bleibt "Der Kampf", dessen erste Ausgabe vom Juni 1992 vergangenen Dezember indiziert wurde. Das dritte Heft von "Der Kampf" ("jung national bissig parteiisch") liegt trotz wiederholter Ankündigung von Manfred Huck bislang nicht vor.

Nationales Infotelefon

Nachdem **Stefan Cumic** vom "Deutschen Hessen" seinen Ausstieg aus der neonazistischen Szene und den Rückzug in das Privatleben über das von ihm betriebene "Nationale Infotelefon" kundgetan hatte, war das NIT über Wochen vakant. Ende April war unter der Wiesbadener Nummer dann der neue Anschluß des NIT zu erfahren. Der Standort Mainz läßt den neuen Betreiber in den Reihen der ehemaligen Mainzer "Deutschen Alternative" vermuten. Gleich wer dem Projekt der militanten Neonazis seine Stimme verleihen wird, Änderungen des Konzeptes sind nicht zu erwarten. Spendenaufrufe, Termine von Veranstaltungen und Treffen sowie Bestelladressen von Publikationen des rechten Lagers füllten bislang das Ansageband des zwischendurch auch mal beschlagnahmten Anrufbeantworters. Was Cumic - Kader der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" vom "Bereich Mitte, Gau Hessen, Stützpunkt Wiesbaden" - letztlich dazu veranlaßt hat, das NIT abzugeben, bleibt unklar.

Revisionistentreffen

Rudbol/Kollund (Dänemark) - Der im "Arbeitsbericht 12/92 - 1/93" des "Förderwerk Mitteldeutsche Jugend" (FMJ) angekündigte Revisionistenkongreß vom 17. - 22.Mai 1993 findet in Rudbol, westlich von Tondern, statt. Zu den im "Arbeitsbericht" des FMJ für den Kongreß angekündigten Revisionisten gehören u.a. **Ernst Zündel** (Kanada), **Bent Erikson** (Belgien), **David Irving** (Englang) und **Robert Faurisson** (Frankreich). Anmeldungen für den Kongreß nahm das FMJ bis zum 15.Februar entgegen. Beim FMJ handelt es sich um die Vorfeldorganisation der "Sozialrevolutionären Arbeiterfront (SrA), einer Abspaltung der am 27.November 1992 verbotenen neonazistischen "Nationalistischen Front" (NF). Im Programm der zeitgleichen und wahrscheinlicherweise identischen "Nordischen Dichtertage" des einstigen SS-Sonderführers und Revisionisten **Thies Christophersen** findet sich zahlreiche Prominenz des rechtsextremistischen Lagers. Neben den Geschichtsverfälschern und ehemaligen NPD-Funktionären **Udo Walendy**, "Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung" und Herausgeber der "Historischen Tatsachen", und **Wilhelm Stäglich**, Mitarbeiter des "Institute for Historical Review", sind auch der Rechtsterrorist **Manfred Roeder**, der Spanier **Pedro Varela** vom CEDADE, der Österreicher **Gerd Honsik**, Herausgeber von "HALT", **Wolfgang Juchem**, pensionierter Bundeswehroffizier von der "Aktion Freies Deutschland", **Roland Bohlinger**, "Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur" und Verleger von "NATION", dem militant-rechtsextremistischen "politischen Magazin für Deutsche", geladen. In Dänemark wird derzeit landesweit zu einer Gegenveranstaltung mobilisiert.

Reader

Vom 27.-29. März 1992 fand in Hannover ein Jugendkongreß gegen Rassismus und Faschismus statt. Jetzt ist ein Reader erschienen, der Texte, Arbeitserbegnisse und Materialien dieses Kongresses zusammenfaßt (u.a. Rassismus, Multikulturelle Gesellschaft?, europäische Abschottungspolitik, Eugenik und Euthanasie, Antifa-Perspektiven). Der Reader ist gegen 4,- DM in Briefmarken zu beziehen über: Junge Linke im "Gleisdreieck, Borriesstr. 28, 3 Hannover 81

Horst Freires

Walter Ochensberger in Auslieferungshaft

Am 20. Februar ging den Grenzbeamten in Kiel ein in der Neonazis-Szene "großer Fisch" ins Netz. Der in Österreich seit Oktober 1992 per Haftbefehl gesuchte **Walter Ochensberger** (51) mußte seine Reise vom Fährschiff "Mercury I" aus dem lettischen Riga kommend beenden, denn er wurde festgenommen. Seitdem läuft vor dem Oberlandesgericht in Schleswig das von Österreich begehrte Auslieferungsverfahren. Inhaftiert ist Ochensberger in der Haftanstalt Kiel. Er befand sich bei seiner Festnahme in Begleitung einer Frau, pikanterweise nicht mit seiner Frau.

Ochensberger ist Herausgeber und Verleger der antisemitischen und revisionistischen Heftchen "Sieg" und "Nachrichten-Austausch-Dienst". Bei Herausgabe dieser faschistischen Lektüre bedient er sich regelmäßig auch der Unterstützung von deutschen Neonazis bzw. er druckt Artikel aus in Deutschland erschienenen Neonazi-Druckwerken noch einmal ab.

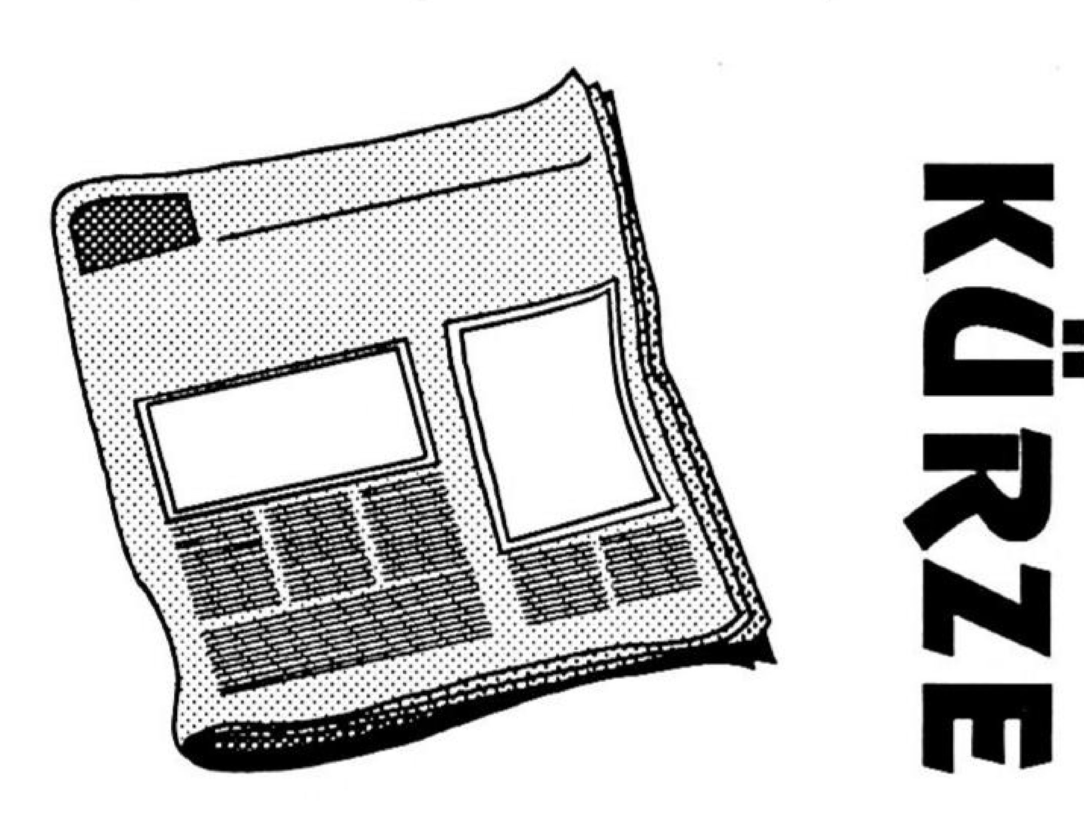
Angeklagt und verurteilt vom Landesgericht Feldkirch war er zuletzt in Österreich wegen der Verherrlichung und Verharmlosung von Gewalttaten. Seiner Festnahme entzog er sich dann durch Flucht. Zuletzt war es ihm nicht mehr möglich, seine Pamphlete in seiner Heimat drucken zu lassen. Also wich er aus nach Spanien, konkreter nach Barcelona zu Gesinnungsgenossen von "Nothung Publications". An gleicher Stelle wird auch die vom ebenfalls per Haftbefehl gesuchten Österreichers **Gerd Honsik** erstellte Periodika "Halt" hergestellt. In den Druckwerken Ochensbergers kommen aus Deutschland u. a. **Michael Swierczek** (von der jetzt verbotenen Nationalen Offensive), **Rolf Plewka** (Recklinghausen), **G. Sichelschmidt, Helmut Brückmann** (Ludendorffer aus Satrup) und **Wolfgang Wilkening** (Berlin) zu Wort.

Der Holocaust-Leugner bekam jetzt Unterstützungsaufrufe von **Thies Christophersen**, dem 75jährigen Herausgeber der "Bauernschaft", der seit 1987 im dänischen Kollund nahe der deutschen Grenze lebt. Auch Christophersen entzog sich damals seiner Verhaftung und Verurteilung durch Flucht. Ein deutsches Auslieferungsbegehren wurde allerdings von der dänischen Justiz abgelehnt. Christophersen rief jetzt dazu auf, Ochensberger Sympathiepost zu schicken und ihn in der Zelle zu besuchen. Auch Ochensberger setzte sich in seinen Schriften immer wieder für Christophersen ein, als dieser mit seinen faschistischen Publikationen die deutsche Justiz auf den Plan rief.

Ochensberger engagiert sich auch führend für das Deutsch-Österreichische Institut für Zeitgeschichte. Zuletzt rief er in dessen Namen zu einer Spendenkampagne bzw. dem Kauf von Anteilsscheinen für eine in Königsberg (heute Kaliningrad) einzurichtenden Druckerei auf.

Ochensberger befand sich bei seiner Festnahme in Kiel auf dem Rückweg aus Kaliningrad. Eine direkte Fährverbindung zwischen Kiel und Kaliningrad bestand zum Zeitpunkt der Festnahme noch nicht, so daß er den Weg über Riga wählte. Er hat nach eigenen Angaben einen "Hilfsgütertransport" dorthin begleitet.

RECHTS IN KÜRZE



CDU-Mittelstandsvereinigung

Günter Stammes, Inhaber des strammrechten SINUS-Verlages (Krefeld), in dessen Reihe "Gegenwart und Zeitgeschichte" u.a. Werke von Armin Mohler ("Vergangenheitsbewältigung") und Hans-Dietrich Sander ("Der nationale Imperativ, Ideengänge und Werkstücke zur Wiederherstellung Deutschlands") erschienen sind, wurde jüngst einstimmig zum Vorsitzenden der CDU-Mittelstandsvereinigung im Kreis Viersen gewählt. A.M.

Unterschlupf

In Hannover wurden Proteste gegen die rechtsradikale "Staats- und wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V." laut. Die Antifa AG des AStA hatte in einer Presseerklärung nachgewiesen, daß es sich bei der Gesellschaft um ein Bindeglied zwischen dem rechten Flügel der CDU, den rechtsextremistischen "Republikanern" und führenden Vertretern der Neuen Rechten handelt.

Kurzfristig distanzierte sich der Vorstand des Sportvereins Hannover 96, in dessen Vereinshaus bis dahin die Gesellschaft getagt hatte, und sagte eine angekündigte Veranstaltung kurzfristig ab. Doch die CDU bot den obdachlos gewordenen Rechten Unterschlupf. In ihrem Parteihaus konnte die Veranstaltung trotz Protestes stattfinden. Organisator dieser CDU-Hilfe war der Kreisvorsitzende der "Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung" der CDU, **Felix Schecke**, der in der Vergangenheit mehrfach durch rechtslastige Leserbriefe in der Lokalpresse in Erscheinung getreten ist und gleichzeitig als hannoverscher Koordinator der "Staats- und wirtschaftspolitischen Gesellschaft" fungiert.

Während einerseits die Gründungsversammlung des "Deutschland-Forums" (einer rechten CDU-internen Gruppierung) im Bonner CDU-Parteizentrum untersagt worden war, sah die hannoversche CDU keine Probleme darin, einer Organisation Räumlickeiten zur Verfügung zu stellen, die u.a. **Emil Schlee**, den Hauptverantwortlichen für das rechtsextremistische Parteiprogramm der "Republikaner" zu ihren Vorstandsmitgliedern zählt. Als Referenten der hannoverschen Sektion sind für die nächsten Monate **Horst-Rudolf Übelacker** (ehemaliger Spitzenkandidat der REP-Bayern) und der Osnabrücker Soziologieprofessor **Robert Hepp** vorgesehen. Über Hepp stellten 1985 137 WissenschaftlerInnen der Uni Osnabrück fest: "Wissenschaftlich gesehen halten wir Hepps Äußerungen für pseudoakademisch verbrämte Ansammlungen hetzerischer Klischees. Unter politischem Aspekt vertreten wir die Auffassung, daß Hepp jener Richtung in die Hände arbeitet, die durch Forcierung der sogenannten Überfremdungsdiskussion eine Massenbasis für den Neofaschsimus zu finden hofft. Moralisch betrachtet widert die menschenverachtende Einstellung Hepps uns an."

Offensichtlich erhofft sich die CDU, auch in diesem rechtsradikalen Spektrum Wähler zu rekrutieren. Von einer Distanzierung gegenüber der "Staats- und wirtschaftspolitischen Gesellschaft" wurde bisher nichts bekannt.(Ht)

Ebert-Stiftung unterstützt Rechtsradikale

Im Oktober 1992 reiste der Redakteur **Stefan Vartiade** der rumänischen rechtsextremen Tageszeitung "Renasterea Banateana" (Banater Wiedergeburt) durch die Bundesrepublik. Die Kosten für diese Reise übernahm die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung.

Auch die Begegnung einer deutschen Journalistendelegation mit den Redakteuren der "Banater Wiedergeburt" im Dezember 1992 wurde von der Stiftung organisiert.

Der stellvertretende Vorsitzende der rumänischen sozialdemokratischen Partei, Traian Novac protestierte empört gegen die Unterstützung einer Zeitung, die die Rehabilitierung des faschistischen Diktators **Ion Antonescu** betreibe, der über 300.000 Juden ermorden ließ.

In einer Stellungnahme erklärt dazu die Ebert-Stiftung: "Auch der Teilnehmer, der ... Zeitung Renasterea Banateana arbeitet, machte auf uns eher den Eindruck eines maßvollen, an ökologischen und Minderheitenfragen interessierten Journalisten".

Der Vize-Chef der rumänischen Sozialdemokraten forderte indessen unter Verweis auf rassistische Äußerungen des Herausgebers der "Banater Wiedergeburt", **Josif Constantin Dragan**, die Friedrich-Ebert-Stiftung auf, die Kontakte zu der rechtsradikalen Zeitschrift einzustellen.

Hermann-Wirth-Gesellschaft

Die "Gesellschaft für Europäische Urgemeinschaftskunde e.V./Hermann-Wirth-Gesellschaft", die nach Eigenangaben die "Urgemeinschaftskunde" von Hermann Wirth, Gründer des SS-Instituts "Deutsches Ahnenerbe", "fortführen und möglichst vielen Menschen näherbringen möchte", veranstaltet v. 7.-10.Mai d.J. im niederrheinischen Xanten eine öffentliche Vortragsreihe. Geworben wird dafür u.a. im deutsch-österreichischen Heidenblatt "Pen Tuisko". Pressebeauftragter der Wirth-Gesellschaft ist **Walter Drees**, der auch schon beim alljährlich stattfindenden Rassistentreffen im niedersächsichen Hetendorf als Referent teilgenommen hat. A.M.

Videos

15 Videofilme zum Themenkomplex Rechtsradikalismus, u. a. "Wahrheit macht frei" bietet die Medienwerkstatt Freiburg zum Verleih bzw. zum Verkauf an. Eine ausführliche Auswahlliste kann gegen 2 DM in Briefmarken bezogen werden.

Medienwerkstatt Freiburg e.V., Konradstr. 20, 7800 Freiburg, Tel. (0761) 709757, Fax: (0761) 701796

Gegen den rechten Alltag

"Linke Ideen gegen den rechten Alltag" ist das Motto, unter dem Hauis Factory antifaschistische und antirassistische Aufkleber, Stoffaufnäher, Postkarten, T-Shirts etc. vertreibt. Bei Interees kann ein Katalog angefordert werden: Hauis Factory, Finkenstr. 9, 8500 Nürnberg 70, Tel. u. Fax: (0911) 6588410

Holocaust-Leugner

Das dem Tübinger Verlagsimperium "GRABERT" nahestehende "Institut für deutsche Nachkriegsgeschichte" -unter Führung von **Rolf Kosiek** (geb. 23.September 1934 in Herford/Westfalen), v.1968-1972 NPD-MdL in Baden-Württemberg, heute Bundesvorsitzender der "Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP)- hat im April das ca. 350 Seiten umfassende Buch "Vorlesungen über Zeitgeschichte. Strittige Fragen im Kreuzverhör" eines **Ernst Gauss** veröffentlicht. Pseudowissenschaftlich wird darin der industriell betriebene Holocaust an Juden, Sinti und Roma geleugnet. Neu ist bei diesem revisionistischen Hetzwerk der Stil der Buches in Form von Vorlesungen, der "dieses schwierige und brisante Thema dem Leser möglichst wirklichkeitsnah, nachvollziehbar und lebendig" näherbringen soll, "um die bei vielen verständlicherweise vorhandenen Berührungsängste abzubauen." (Einleitung des Verfassers). A.M.

Ausschluß

Gegen den in der FDP Baden-Württembergs seit längerer Zeit umstrittenen Ortsverbandsvorsitzenden von Stuttgart-Bad Cannstatt und Autors der "Jungen Freiheit", **Hans-Manfred Roth**, wird ein Parteiausschlußverfahren eingeleitet. Das kündigte der Stuttgarter FDP-Kreisvorsitzende Ekkehard Kiesswetter nach Roths Erscheinen auf dem kürzlich stattgefundenen baden-württembergischen REP-Landesparteitag an. Kohn erklärte, nach der von Roth organisierten "Jubelveranstaltung" für den FPÖ-Vorsitzenden, Jörg Haider, nach Roths "unakzeptabler Äußerung" zur Beschäftigungspolitik der Nazis und nach seinem Besuch eines Republikanerparteitages, sei "das Maß jetzt endgültig voll". A.M.

Wetzlarer Forum

Der "Konservative Arbeitskreis Gießen/Mittelhesssen", der u.a. in der "Jungen Freiheit" mittels Anzeigen auf sich aufmerksam gemacht hat, hat sich in "Wetzlarer Forum" umbenannt. Auf der ersten Veranstaltung des "Wetzlarer Forums", eines neokonservativen Gesprächskreises, der eng mit der neurechten Postille "Criticon" zusammenarbeitet, sprach der NPD-Funktionär und "Rechts"-Anwalt **Thor von Waldstein** zum Thema "Im Kampf mit Weimar und Bonn. Zur Bedeutung der Konservativen Revolution im liberalistischen Elend". A.M.

Neonazi umgekommen

Der Februar-Ausgabe der Nachrichten der "Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." ist zu entnehmen, daß nach Angaben des europäischen Top-Neonazi Michel Faci, sein Fahrer, der Münchner Neonazi **Roland Schwarz**, Mitglied der "Brigade Condor", im "kroatischen Befreiungskampf gefallen" ist. A.M.

Suspekter Autor

In der Beilage "Aus Politik und Zeitgeschichte" (APUZ) zur Wochenzeitung "Das Parlament", die von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegeben wird, kann sich der Historiker **Karlheinz Weißmann** (Jahrgang 1959) auf 8 Seiten zur "Wiederkehr eines Totgesagten: Der Nationalstaat am Ende des 20.Jahrhunderts" äußern. Den biographischen Angaben in APUZ ist nicht zu entnehmen, daß Weißmann u.a. ständiger Autor im neurechten Intelligenzblatt "CRITICON" ist, der "Jungen Freiheit" im Oktober ein Interview gab und Referent bei den "Bogenhausener Gesprächen" der rechtsextremen Burschenschaft Danubia war. A.M.

Holocaust-Leugner

Bad Kissingen (Bayern). Zu einer neuelichen Offensive hat der Revisionist und Altnazi Otto Ernst Remer (80) gebalsen. In den vergangenen Wochen hat der Generalmajor a.D. Remer ein 114-seitiges pseudowissenschaftliches Gutachten, das sogenannte "Rudolf-Gutachten", an zahlreiche Adressen verschicken lassen. In einem Begleitschreiben leugnet Remer zum wiederholten Male den Holocaust an den europäischen Juden und spricht von den "behaupteten Gaskammern von Auschwitz". Seit Oktober 1992 wird das Pamphlet an verschiedene Zielgruppen wie die Medien oder Professoren für Anorganische Chemie sowie für Zeitgeschichte verschickt. Bei der Danksagung im letzten Kapitel des revisionistischen Machwerks erwähnt Remer nicht nur die einschlägigen Rechtsanwälte Klaus Göbel, Hajo Herrmann, Oberst a.D. und Strafverteidiger von Remer im vergangenen Oktober vor dem Schweinfurter Landgericht, Günter Herzogenrath-Amelung, Jürgen Rieger und Herbert Schaller für "ihre Unterstützung in juristischen Fragen". Gedankt wird auch Dr. Rainer Zittelmann, Lektor beim Ullstein Verlag, und den Professoren Ernst Nolte, Werner G. Haverbeck, Hellmut Diwald und Emil Schlee.

Deutscher Arbeitnehmerverband

Dem NPD-nahen "Deutschen Arbeitnehmerverband" (DAV) hat der zuständige nordrhein-westfälische Arbeits-und Sozialminister Müntefering (SPD) das Vorschlagsrecht für ehrenamtliche Arbeits-und Sozialrichter -mit sofortiger Wirkung- aberkannt. A.M.

Antifa-Comic-Wettbewerb

Einen Antifa-Comic-Wettbewerb hat der hannoversche Verein kunst, kultur, kommunikation e.V. gestartet. Das Ziel dieses Wettbewerbs ist es, "graphische Arbeiten, mit denen antifaschistische/antirassistische und antipatriachale Inhalte transportiert werden, zu sammeln, zusammenzufassen und für die tagtägliche antirassistische und antipatriachale Arbeit verfügbar zu machen (als Layoutmaterial für Publikationen, für Flugblätter, Plakate usw.)."

Als Preise werden Bücher, Zeichenmaterial usw. unter den Teilnehmern verlost.

Eine möglichst umfassende Auswahl der eingehenden Arbeiten soll anschließend in zwei Sammelbänden zusammengefaßt und somit für alle interessierten Gruppen und Einzelpersonen zu einem möglichst günstigen Preis verfügbar gemacht werden. Eventuelle Gewinne will der Verein an Antifa-Gruppen, bzw. feministische Gruppen weitergeben.

Einsendeschluß ist der 1. Juli 1993!

kunst, kultur, kommunikation e.V., Schwarzer Bär 6, 3000 Hannover 1, Tel. (0511) 762-5061

Greift ein, schaut nicht länger weg - Aktion Gelber Punkt

Eine Initiative von mutigen Menschen in dem Nauwieser Viertel von Saarbrücken setzt ein Zeichen gegen rassistische und sexistische Gewalt. Mit dem Gelben Punkt, einem PVC-Aufkleber, wollen sie den Opfern in der Bedrohungssituation zeigen, wo sie Hilfe finden können. Sie organisieren einerseits die direkte Hilfe in Form von Fluchtmöglichkeiten für bedrohte Menschen und versuchen andererseits darüberhinaus, das Verantwortungsbewußtsein durch die Auseinandersetzungen über diese praktische Solidarität bei den Mitbürgern zu entwickeln.

Die Fluchtmöglichkeiten sind so organisiert, daß beteiligte Geschäfte und Gasthäuser sich einen Gelben Punkt - von außen gut sichtbar - an eine Scheibe oder die Eingangstür kleben, der mit "Wir bieten AusländerInnen Schutz vor rassistischen Übergriffen" beschrieben ist. Mit dieser Form von "Erster Hilfe" soll den verfolgten und bedrohten AusländerInnen eine Fluchtmöglichkeit geschaffen werden; der Gelbe Punkt soll ihnen verdeutlichen, hier befinden sich Leute, die bereit sind, Schutz vor rassistischer und sexistischer Gewalt zu bieten. Zusätzlich wurden Handzettel in verschiedenen Sprachen verteilt, die wichtige Punkte enthalten, die im "Ernstfall" zu berücksichtigen sind und praktische Anregungen geben, um auf diese Bedrohungssituationen vorzubereiten. Für die Initiatoren gilt es, langfristig das politische und soziale Klima in der Stadt zu verändern, denn wir alle sind verantwortlich dafür, "daß sich eine Stimmung breitmacht, in der Rassisten und Faschisten jeden Tag und an jedem Ort mit dem Zorn derer zu rechnen haben, die weder einen Herrn über sich noch einen Knecht unter sich haben wollen".

Nähere Informationen sind über die "**Blattlaus-Druckerei, Försterstr. 22, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/372175**" zu erhalten.

Kalter Krieg in Niedersachsen

"Mit dieser Publikation soll in Erinnerung gebracht werden, was den Opfern der niedersächsischen Innenpolitik des Kalten Krieges von den Verantwortlichen in Landesregierung, Justiz-, Polizei-, Geheimdienst- und Verwaltungsorganen angetan wurde... Wir, die Autoren dieser Dokumentation, sind Antifaschistinnen und Antifaschisten, darunter Gesinnungsverfolgte im Kalten Krieg, auch Widerstandskämpfer gegen den Hitler-Faschismus, die noch einmal Strafjustiz, Bespitzelung und Ausgrenzung erfahren mußten...", so eine Passage aus dem Vorwort.

Was den AutorInnen mit dieser Broschüre gelang, ist mehr als ein historisch-zeitgeschichtliches Dokument: Sie ist Anprangerung persönlich erfahrenen Unrechts, Anklage, Forderung nach bisher nicht erfahrener Rehabilitation und Entschädigung, aber auch Hilferuf um öffentliche Unterstützung zugleich.

Die sorgfältige Arbeit entlarvt - überwiegend anhand von Einzelschicksalen - ein die Menschenrechte und Menschenwürde verachtendes politisches Nachkriegssystem in den "alten" Bundesländern. Im Westen des heutigen Gesamtdeutschlands wurden im Zeichen des Kalten Krieges nach dem Verbot der KPD etwa 150.000 politische Gesinnungsprozesse unter anderem gegen Kommunisten, Pazifisten und Gewerkschafter initiiert. Unrechtsopfer, die sich in der vorliegenden Dokumentation zu Wort melden, haben aus eigener leidvoller Erfahrung Erstaunliches, Erschreckendes und nahezu Unglaubliches über die bundesdeutsche Nachkriegs-Justiz und -Politik zu berichten und zeigen Kontinuitäten auf, die bis in die Gegenwart reichen (so Berufsverbotepraxis, Verfassungsschutzakte über den hannoverschen Kabarettisten Dietrich Kittner, "Kostproben" aus Schriftwechsel mit noch amtierenden Landes- und Bundespolitikern usw.).

Eine gleichermaßen beachtens- wie empfehlenswerte Dokumentation für alle AntifaschistInnen in Niedersachsen und anderswo, besonders auch in den "neuen" Bundesländern. (FJS)

Kalter Krieg in Niedersachsen Akteneinsicht - Rehabilitierung politisch Verfolgter - Sondergericht Lüneburg - VVN-Verbotsprozeß - Radikalenerlaß, 127 Seiten, broschiert, 6,00 DM

Bestellungen/weitere Informationen:
Otto Hans, Martin-Luther-Str. 50, W-3200 Hildesheim, Tel. 05121/55794

Lauter Einzeltäter?

Eine 24-seitige Broschüre mit dem Titel "Lauter Einzeltäter. Das rechte Netz in der Rhein-Neckar-Region" liegt seit einigen Wochen aus Mannheim vor. Das Werk enthält Informationen über neonazistische Gruppen wie die "Aktionsfront Nationaler Kameraden" und die verbotene "Nationalistische Front", aber auch über die Braunzone. Die örtliche "Junge Union", der "konservativste Kreisverband in Baden-Württemberg", findet sich dort ebenso wieder wie der NPD-nahe "Deutsche Arbeitnehmer-Verband" oder der "Lebensschützer" Dr. jur. **Wolfgang Philipp**, ein ehemaliges Mitglied der CDU. Zu beziehen ist die illustrierte Broschüre ausschließlich gegen Vorkasse beim Infoladen c/o Jugendzentrum "Friedrich Dürr" in Selbstverwaltung, Postfach 12 19 65 in 6800 Mannheim 1. Ein Einzelexemplar kostet 4 DM (inklusive Versandkosten), ab 10 Exemplaren 2,50 DM pro Heft zuzüglich 4 DM Versandkosten.

Unterricht gegen Rechts

Beim baden-württembergischen Landesverband der "Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft" (GEW) ist die beispielhaft gestaltete Broschürenreihe "Die Würde des Menschen ist unantastbar" erschienen. Das Leitmotiv der Beiträge ist ein Unterrichtsansatz, der die Verständigung mit Minderheiten zum Ziel hat. Die Beiträge sollen helfen, eine schulische Auseinandersetzung anzuregen, die Vorurteile gegenüber Ausländern, Flüchtlingen, Asylbewerbern und anderen gesellschaftlichen Randgruppen abbaut, Verständnis für Fremdes und Andersartiges weckt sowie auf ein gewaltfreies Zusammenleben hinwirkt. Die Hefte (u.a. Vorurteile, Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus) können bei der GEW, Landesverband Ba.-Wü., Lazarettstr.1O, 7.OOO Stuttgrat-1 bezogen werden. A.M.